

*J. 664 ent. R.*

*Star*

*26*

— Fünfzehnter Jahrgang. —

Nr. 18.

## Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

18. Woche für die Zeit vom 27. April bis 3. Mai 1906.

Posen, den 8. Mai 1906.

### Mitglieder des „Strazvereins“.

#### Veränderungen.

(14. Liste.)

##### 1. Hauptvorstand.

An Stelle des Abgeordneten, Rittergutsbesitzer Dr. Witold von Skarzynski = Splanwie, Kr. Schmiegel, ist  
Rechtsanwalt Adam Wolinski = Posen  
gewählt worden.

##### 2. In der Mitgliederliste sind gestrichen:

1. Pierzchalski, Razimierz, Schmied, Görlitz i. S.
2. Skora, Franzjzet, Kaufmann, Posen, St. Adalbertstr. 21 I.
3. Smelz, Franzjzet, Ackerwirt, Jatzewo, Kr. Flatow, Westpr.



— Zweigblätter —

Die 1.

Verständlich ist, dass die Folgerungen

aus der ersten Annahme

folgt, dass die

Ergebnisse

die 2.

aus der zweiten Annahme

folgt, dass die

Ergebnisse

aus der dritten Annahme

folgt, dass die

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100



Posen, den 30. April 1906.

## Bericht

über den Verlauf der am 29. April 1906 im Apollosaale zu Posen abgehaltenen Generalversammlung des Strazvereins.

Zu der Versammlung hatten sich ungefähr 300 Personen, darunter 15 Damen, die auf der Gallerie Platz genommen hatten, eingefunden. Soweit es sich übersehen ließ, war etwa  $\frac{1}{3}$  der Versammlungsteilnehmer aus Posen Stadt, während sich die anderen  $\frac{2}{3}$  auf die Provinz Posen, Westpreußen, Oberschlesien und die Emigration verteilten.

Während die Geistlichkeit ganz fehlte, waren von der Intelligenz u. a. vertreten:

Der Vorsitzende des Strazvereins, Herrenhausmitglied v. Roscielski-Posen,

Konsistorialrat v. Mizerski-Posen,

Besitzer des Dziennik Berlinski Karl Rose-Berlin,

Redakteur am Dziennik Berlinski Krysiak-Berlin,

Kaufmann v. Rzepecki-Posen,

Redakteur am Lecz Teska-Gnesen,

Bureauleiter des Strazvereins Dr. v. Jaworski-Posen,

Dr. Rydlewski-Posen,

Rechtsanwalt Dr. von Dziembowski-Posen,

Rechtsanwalt Dr. Wolinski-Posen,

Zahnarzt Kaniasty-Posen,

Rechtsanwalt Dr. v. Mieczkowski-Posen,

Bankdirektor Dr. Honcia-Posen,

Rittergutspächter v. Bogdanski-Orzeszkowo, Kreis Birnbaum,

Dr. Kubacki-Mleschen,

Kaufmann Pfitzner-Posen,

Kaufmann v. Brodnicki-Posen,

Redakteur an der Praca Switala-Posen,

Redakteur Dr. v. Ulatowski-Graudenz,

Buchdrucker Czyszewski-Danzig,

Buchhändler Rowinski-Ostrowo,

Rentier Dr. v. Szuldrzynski-Posen,

Rechtsanwalt v. Ormenci-Posen,

Generalagent Swientek-Posen,

Apotheker Wituski-Posen,

Gutsbesitzer Slawojzewski-Slawojzewo, Kreis Znin.

Rittergutsbesitzer v. Plucinski-Swadzim, Kreis Posen-West.

Außer fast der ganzen polnischen Presse in Posen-Stadt waren auch Vertreter der polnischen Presse aus Berlin, Bochum und Dortmund anwesend. Der Vorsitzende des Strazvereins Herr

v. Roscielski eröffnete um 12,20 Uhr mittags die Versammlung mit folgender Ansprache:

Gelobt sei Jesus Christus! Ich eröffne hiermit die zweite Generalversammlung des Strazvereins! Obwohl jetzt Saatzeit ist, tritt der Strazverein doch mit seiner Ernte vor Sie. Sie entspricht zwar nicht den gemachten Anstrengungen, doch muß hierbei berücksichtigt werden, daß unsere Arbeit zu Anfang schwer ist und später leichter werden wird. Zu Anfang mußten wir den Acker, auf dem wir vor nicht ganz einem Jahre zu arbeiten angefangen haben, erst ausroden, wir mußten die Stämme und Wurzeln aller Borurteile und die Steine des Hasses und der Unlust entfernen. Wenn wir auch mit keiner anderen Frucht vor Ihnen ständen, so haben wir doch den Fortschritt zu verzeichnen, daß es uns gelungen ist, diesen Acker zu lockern und zu reinigen, damit er bessere und reichere Früchte hervorbringe. In seiner einjährigen Tätigkeit hat es der „Straz“ verstanden, die Kräfte zu vereinigen, den Haß zu mildern und alle gemeinsam Bedrückten zu versöhnen. Dies kann nur segensreiche Früchte für unsere Volksgesamtheit hervorbringen. Bei dieser unserer Arbeit hatten wir sowohl sonnige Tage als auch unfreundliche Tage, der Himmel verfinsterte sich und Blitze aus heiterem Himmel fuhren auf unsere Mitarbeiter hernieder. Sonnige Tage waren die zahlreichen Versammlungen im ganzen Lande; wir fühlten die wärmenden Strahlen der Sonne, als wir vor dem begeisterten Auditorium standen, das von uns Worte der Hoffnung und des Trostes hören wollte. Dabei hatten wir das Empfinden, daß über unsere ganze Arbeit die Sonne scheint, und daß unsere Arbeit die erwünschten Früchte zeitigen muß.

Der Himmel hatte sich verfinstert, als wir auf verschiedene Schwierigkeiten gestoßen sind, die unter dem Deckmantel des Gehezes gezwungener Anordnungen in sich bargen, die von uns bekämpft werden mußten. Es gab auch Tage, wo Blitze auf uns herniederfuhren, doch zum Glück töten nicht alle Blitzschläge, sondern sie reinigen die Luft.

In dem Bericht über die Tätigkeit des „Straz“ kann aber nicht ein Unwetter verschwiegen werden, das unverhofft kam und das für uns um so schmerzlicher war, als es von einer Seite gekommen ist, von der wir es nicht erwartet hatten. Aber wenn man schon bei gutem Wetter darauf achten muß, das Schiff im Gleichgewicht zu halten, so muß man es um so mehr



bei schlechtem, stürmischem Wetter tun. Es wäre unverständlich, der Gewitterwolke zu drohen, weil sie auf uns Blitze herabgeschossen hat, denn der Blitz verdankt seine Entstehung dem gleichzeitigen Zusammenwirken verschiedener Elemente. Der Anlaß dazu ging nicht von der Seite aus, von wo der Blitz gekommen ist, sondern wir wissen, welche Faktoren dieses Unwetter herbeigeführt haben. Deshalb haben wir es ruhig mit angesehen, weil wir wissen, daß der Blitz das was leben soll nicht töten kann. Gerade in unserer Geschichte hatten wir so oft Beweise davon, daß wir ein Werkzeug in fremden Händen gewesen waren. Wir schmähten seinerzeit nicht unsere verwirrten Brüder, als ihnen von fremder Seite das Messer in die Hand gedrückt wurde. Sehr richtig sang damals der Dichter Ujejski in seiner hehren Hymne „Z dymem pożarów“ (Mit dem Rauch der Feuersbrünste), **die wir alle auswendig kennen**, „O, strafe die Hand und nicht das blinde Schwert!“ Ebenso auch heute, wo wir von verschiedenen Seiten gereizt werden, sagen wir mit Ujejski: „O, strafe die Hand, und nicht das blinde Schwert.“ Wir haben jetzt umsomehr Ursache eifriger zu sein, weil, wie ich schon erwähnt habe, der Blitz uns nicht erschlagen hat, im Gegenteil, wir haben uns mit doppelter Kraft zur Arbeit aufgerafft. Diese Blitze haben uns diejenigen zugeführt, die sich von der Arbeit ausgeschlossen hatten, und haben die Reihen der aufgeklärten Bürger vermehrt. Diese Aufklärung trägt dazu bei, daß wir in den Reihen einen größeren Zusammenschluß zeigen, daß es keine Lücken gibt, und daß für einen Ausfall sich 10 andere hinstellen. (Bravo!) Bei uns bewahrheitet sich die Erzählung von dem Satan, der die Saat, die Gott für die Menschen gesät hatte, vernichten wollte. Deshalb fing er an mit den Hörnern und den Hufen den Acker aufzuwühlen, um das Getreide zu vernichten. Aber schon nach einigen Tagen schossen die Halme empor und gaben eine reiche Frucht. Deshalb erzeugt manchmal eine Kraft, die vernichten will, gute Früchte, und die töten will, wecket auf. Wenn wir alle lebendigen Samenförmer in unserer Volksgeamtheit zum Erwachen bringen, dann können wir davon überzeugt sein, daß sie reiche Früchte bringen werden. (Bravo!)

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen werden Vertreter des Hauptvorstandes und die Vorsitzenden der 4 Sektionen über unsere Tätigkeit Bericht erstatten. Aus dieser Berichterstattung werden Sie ersehen, daß wir soviel es in der kurzen Zeit möglich war getan haben, denn sie beweist, daß in unserer Volksgeamtheit das Selbstbewußtsein und das Pflichtgefühl immer mehr Platz greift. Es handelt sich jetzt nur um die Ausdauer, denn ausdauern heißt leben und leben heißt der Wahrheit Zeugnis geben.

Indem ich an die einzelnen Mitarbeiter erinnere, spreche ich von dieser Stelle allen den Männern den Dank und die Anerkennung aus, die sich mit großer Hingabe in den Dienst des Strazvereins gestellt haben. Die Anerkennung, die wir in der Provinz finden, beweist, daß diese ihre Arbeit zur Wiedergeburt führen wird, nach der wir alle lechzen und die wir alle erstreben. (Bravo!)

Und jetzt noch eine Bemerkung, die ich an die Gegner unsrer Sache richte. Fast in jeder Strazversammlung präzisieren wir den Standpunkt des Strazvereins, und zwar aus dem Grunde, weil unsere Gegner sagen, wir seien ein Verein der Unfriedenstifter, der den Umsturz anstrebe, der sich außerhalb des Rahmens des Gesetzes bewege. (Das ist nicht wahr!) Aus diesem Grunde erklären unsere Redner in jeder Versammlung, daß das nicht wahr sei. Deshalb wiederhole auch ich hier, daß sich der Strazverein auf dem Boden des Gesetzes bewegt und er

weiter nichts anstrebt, wie Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, wie sie jedem gebührt. (Bravo!)

Der Strazverein will nicht aus dem Rahmen des Gesetzes heraustreten, er will nur daran arbeiten, daß es allen ohne Ausnahme gut gehe. (Bravo!)

Es ist ganz merkwürdig: unsre Feinde, unsre Gegner, die ganz offen auf ihre Fahne die Vernichtung des Polentums geschrieben haben, die schon seit 10 Jahren den HRT-Verein organisiert haben, die von der Regierung und ihren Organen unterstützt werden, die ihre Organisation geschaffen haben, um die bestehenden Gegensätze zu verschärfen und um unsere Traditionen und uns moralisch und materiell zu vernichten, die haben es nach 10 Jahren auf 30 000 Mitglieder gebracht. Und wir haben nach einjährigem Bestehen schon die Hälfte davon. Wir wollen hoffen, daß, wenn wir das 10 jährige Jubiläum feiern, an diese Zahl verschiedene Nullen anfügen können. Wir können uns mit diesem Verein nicht vergleichen, denn er strebt Unruhestiftung an und wir Ordnung, er will Ausnahmegeetze, wir wollen Gerechtigkeit für alle.

Fällt uns hierbei nicht allen die Geschichte aus der Bibel von den beiden Müttern ein, die vor König Salomo erschienen, um von ihm entscheiden zu lassen, wem das mitgebrachte Kind gehöre? Als der König sagte, man solle das Kind teilen, da war die falsche Mutter damit einverstanden, aber die rechte Mutter sträubte sich dagegen und sagte: gebt ihr das Kind, damit es am Leben bleibe; ich liebe es, denn es ist das meinige. Dieses Urteil des Königs Salomo trifft auch hier zu; die wirkliche Mutter (Polen) will auch ihre Landeskinder nicht dem Verderben preisgeben. (Bravo!)

Damit schließe ich meine Eröffnungsrede und fordere Sie auf, einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

Zum **Vorsitzenden** schlage ich vor den Herrn Administrator **Tomasz Rozłowski aus Plawinek bei Hohenjajza**, zu stellvertretenden Vorsitzenden die Herren Professor Dr. Drygas-Posen und Phillip Skoraczewski-Bogatka, Kreis Breschen. Die Versammlung erklärte sich mit den Vorschlägen einverstanden. Zum Schriftführer wurde Dr. Karwowski-Posen und zu Beisitzern u. a. Thomasz Zabikowo, Szumski-Mogilno, Krysiak-Berlin, Zablocki-Posen, Rechtsanwalt Wolinski-Posen, Walcerz-Pleschen und Plucinski-Swadzim, Kreis Posen-West, berufen. Auch damit erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Der zum Vorsitzenden gewählte Administrator Rozłowski-Plawinek dankte der Versammlung für das ihm durch die Wahl zum Vorsitzenden erwiesene Vertrauen und erklärte, die Versammlung im Sinne der Rede des Herrn von Koscielski leiten zu wollen, woran er die Hoffnung knüpfte, daß die Versammlung einen ruhigen Verlauf nehmen möge. Er teilte ferner der Versammlung mit, daß sich die Herren von Chlapowski-Kopaszewo, von Cegielski-Posen und **Geistlicher Smorawski-Wronczyn** entschuldigt hätten, und verlas dann nachstehende Tagesordnung:

1. Eröffnung.
2. Wahl des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden, des Schriftführers und der Beisitzer.
3. Bericht des Bureauleiters des Strazvereins.
4. Bericht des Hauptkassierers und der Revisionskommission.
5. Bericht der Vorsitzenden der 4 Sektionen.
6. Ersatzwahl für die sieben ausgestiegenen Mitglieder des Hauptvorstandes.
7. Statutenänderungen des Strazvereins.
8. Rede des Dr. Paul Gantkowski-Posen.
9. Verschiedenes.

Auf Antrag des **Redakteurs Teska** von dem in Gnesen erscheinenden *Lech* wurde beschlossen, nach



Punkt 5 der Tagesordnung „Bericht der Vorsitzenden der vier Sektionen“ eine Diskussion eintreten zu lassen.

Auf Wunsch des **Krajna-Posen** teilte der Vorsitzende mit, daß nachstehende Herren des Hauptvorstandes des Strazvereins ausgelost seien: Stefan Cegielski, Martin Kaniaſty, Abgeordneter Dr. v. Mizerſki, Abgeordneter Dr. v. Kiegoslewski, Karl Rose-Berlin, Dr. Göſtin Rydlewski und Dr. Witold von Starzynski.

3. **Dr. v. Jaworski**, Bureauleiter des Strazvereins, las den Bericht über die Tätigkeit des Bureaus des Strazvereins vor, aus dem Folgendes zu entnehmen war. Die Tätigkeit des Bureaus hat am 1. Mai 1905 begonnen. Das Bureau ist mit dem Informationsbureau des Zentralwahlkomitees vereinigt worden, wodurch sich eine bedeutende Kostenersparnis ergeben hat, auch haben sich die beiden Bureaus in ihren Arbeiten gegenseitig ergänzt. Die Bureaustunden sind wochentags von 10—1 Uhr vormittags und von 4—6 Uhr nachmittags, an den Sonn- und Feiertagen von 12—1 Uhr mittags. Kleinere Rechtssachen erledigt auch der Hilfsarbeiter Leo Formanski, der früher in einem Rechtsanwaltsbureau beschäftigt war. Die Tätigkeit des Bureaus erstreckt sich erstens auf mündliche Information und Belehrung von ratfuchenden Strazmitgliedern, Kandidaten und auch gewöhnlichen Interessenten, so z. B. auch der aus dem Königreich Polen vertriebenen Landsleute und der auf Arbeit gehenden Galizier. Wenn täglich nur 10 Personen gerechnet werden, so wird das Bureau jährlich von ungefähr 3000 Personen besucht.

Es sind auch eine Anzahl von Gesuchen geschrieben worden, sogar bis an den Kaiser, und zwar mit Erfolg. Am meisten sind jedoch mündliche Sachen erledigt worden und zwar für die ökonomische und rechtspolitische Sektion. Soweit die Sachen vom Bureau nicht erledigt werden konnten, wurden die Leute an die betreffenden Sektionsvorstände gewiesen. Rentenangelegenheiten sind von einem Referenten der rechtspolitischen Sektion erledigt worden, ebenso auch die Schiedsgerichtsangelegenheiten. Auch in dieser Beziehung sind einige glückliche Fälle zu vermerken.

Im ganzen sind 4690 Schriftstücke eingegangen und 5000 Schriftstücke zur Versendung gekommen. Alle Anfragen sind in spätestens 2 Tagen beantwortet worden.

Darlehen haben sehr viele Personen nachgesucht, von denen nicht einmal alle Polen waren. Im ganzen **sind im Laufe des Jahres Darlehen in Höhe von 1/2 Million Mark**, davon im letzten Monat 19 750 M. **nachgesucht worden**. Ferner führt das Bureau die Mitgliederverzeichnisse, von denen es Abschriften an die Polizeidirektion in Posen einreicht. Außerdem werden zum Gebrauch für die Abgeordneten in Berlin Akten geführt über die verschiedensten Angelegenheiten. Auch werden vom Bureau Elementarbücher zum Gebrauch für Kinder und das Volk und den Strazverein betreffende Drucksachen kostenlos zur Verteilung gebracht.

Der Leiter des Bureaus nimmt an allen Sitzungen des Hauptvorstandes teil und ist Mitarbeiter der kulturellen Sektion.

4. **Aus dem Berichte des Hauptkassierers des Strazvereins, Pfigner**, ergab sich folgendes.

Die Einnahmen haben im Berichtsjahre betragen 18 429,77 M., und zwar aus dem Großherzogtum Posen 11 353 M., aus Westpreußen 1476,90 M., aus Oberschlesien, das erst vor kurzem organisiert worden ist, 47 M., aus dem Westen Deutschlands 1068 M. Die außerordentlichen Einnahmen haben betragen 2886 M., die bei Gelegenheit von Hochzeiten, Taufen, Treibjagden usw. gesammelt worden sind. Vom

Bureau unmittelbar sind von Dr. von Jaworski 1597 M. abgeliefert.

Die Ausgaben haben betragen: 1. für Drucksachen, Broschüren usw. 3563 M., 2. für Gehälter und Gratifikationen 2526,50 M., 3. für Unterhaltung des Bureaus 1051 M., 4. für Porto 820 M., 5. für Reisen 1197 M. und 6. für Verschiedenes 363 M., zusammen 9794,59 M.; es bleibt ein Bestand von 8635,18 M. Nach Kassenabschluß sind noch verschiedene kleine Beträge eingegangen, darunter auch 90 Mark von dem **Geistlichen Smorawski-Bronezyn**.

Kedner bemerkte zum Kassenbericht, daß in Posen Gerüchte laut geworden wären, daß der Bureauleiter eine zu große Entschädigung bekäme. Das sei aber nicht der Fall. Er habe für das ganze Jahr eine Entschädigung von 1454 M. erhalten, das mache pro Tag 4 M. aus, also weniger als ein Maurergefelle verdiene. Ebenfalls liquidierten die auswärtige Versammlungen besuchenden Delegierten sehr geringe Beträge, so seien z. B. für weite Reisen nach Westpreußen nur Beträge von 8 bis 11 M. liquidiert worden.

Im Namen der Rechnungsprüfungskommission beantragte Zahnarzt Kaniaſty Entlastung der Rechnung, die erteilt wurde. Von dem Kassenbestande von 8635,18 M. sind 8630 M. in der Bank Przemyslawow untergebracht.

5. **Kaufmann von Rzepecki erstattete über die Tätigkeit der Organisationskommission folgenden Bericht**. Der Organisationskommission gehören an die Herren: Pfigner, Cegielski, Dr. Kubacki-Pleichen, Chociszewski, Komendzinski, Otmianowski, Teodor Krause, Chmielewski, Jaworski, Stolpe, Switala, Zielinski, Koskowiez und Zeitgeber. Die Mitgliederzahl des Strazvereins beträgt ungefähr 16 000. Das Großherzogtum Posen ist in 40 Starosten nach den bestehenden Kreisen eingeteilt, außerdem sind für Posen-Stadt 4 Starosten und für die Städte Bromberg, Gnesen, Hohenjalza und Ostrowo je 1 Starost ernannt, so daß die Provinz Posen im ganzen in 48 Starosten eingeteilt ist. Durch den Abgang verschiedener Starosten namentlich aus den Kreisen der Geistlichkeit, und weil sich in einigen Kreisen keine Starosten haben finden lassen, sind von diesen 48 Stellen nur 35 besetzt.

In Westpreußen sind von 29 Starostenstellen 23 besetzt. U. a. haben germanisierte Kreise wie Schlochau usw. keinen Starosten.

In Oberschlesien sind von 49 Starostenstellen 27 besetzt.

Für die ganze Emigration Berlin, Pommern, Provinz und Königreich Sachsen ist nur 1 Starost ernannt. Weil der Polenbund in Westfalen mit uns nicht zusammen gehen will, haben wir von einer weiteren Agitation in Westfalen abgesehen und eine abwartende Stellung eingenommen, bis die Landsleute von selbst an uns herantreten werden.

Das Großherzogtum Posen hat 1276 Kommissare, Westpreußen 264, Oberschlesien noch keinen und die Emigration 15. Während hier im Posenischen die Mitgliedsandidaten gleich während der Versammlung aufgenommen werden, wird die Aufnahme der Kandidaten in Westpreußen außerhalb der Versammlungen bewirkt, weil es dort viele Leute gibt, die von der Behörde oder von der Kundschaft abhängig sind.

Im Mai wird in Oberschlesien eine Starostenversammlung stattfinden, in der über die Art der Organisation beraten werden soll, damit den Mitgliedern kein Schade daraus entsteht. Wir haben schon heute Mitteilungen darüber, daß die Regierungsbehörden und Grubenbehörden unsere Mitglieder verfolgen und sie mit dem Verlust der Arbeit bedrohen.



Im ganzen sind bis jetzt 95 Versammlungen abgehalten worden und zwar im Posenischen 55, in Westpreußen 28, in der Emigration 11 und für Oberschlesien 1, die in Oswiencin in Galizien abgehalten werden mußte, weil die Polizei, die Landräte, Kommissare und Bürgermeister in Oberschlesien einen Druck auf die Wirte ausübten, damit sie den Saal nicht hergeben sollten. Verschiedene Versammlungen kamen wegen durch die Behörden gemachten Schwierigkeiten nicht zustande und 4 Versammlungen wurden nach der Eröffnung aufgelöst.

Zu den auswärtigen Versammlungen hat der Hauptvorstand 23 Redner entsendet. Es haben gesprochen: Chociszewski 12 mal, Chrzanowski 1 mal, Gzartorski 1 mal, Dziembowski 6 mal, Gantkowski 1 mal, Kos(?) 6 mal, Korfanty 2 mal, Jaworski 9 mal, K. (?) 1 mal, Lebinski 4 mal, Mielzynski 3 mal, Miczkowski 2 mal, Niegolewski 3 mal, Pfigner 3 mal, Rose 1 mal, Runowski 1 mal, Rydlewski 3 mal, Switala 1 mal, Seyda 1 mal, Rechtsanwalt Seyda 1 mal, der Vorsitzende 15 mal, Zielinski 12 mal und Starzynski 1 mal.

In der Provinz Posen sind in Bomst, Bromberg Stadt, Kolmar, Gostyn, Kempen, Koshmin, Meseritz, Birnbaum, Rentomischel, Adelnau, Samter, Schroda, Schrimm, Schwerin a. d. W. und Fraustadt bisher keine Versammlungen abgehalten worden, und zwar aus verschiedenen Gründen; entweder befinden sich dort keine Säle in polnischen Händen, und wenn dies der Fall war, dann wurde auf die betreffenden Polen ein Druck ausgeübt, damit sie den Saal nicht hergeben sollten. Ich erinnere nur an Schroda, wo der Landrat selbst dem Wirt ein 20-Markstück gegeben hat, damit er den Saal nicht hergeben sollte. (Pfu!) In Westpreußen ist in 7 Kreisen, u. a. in Schlochau, keine Versammlung abgehalten worden.

Die Presse hat fast ohne Ausnahme ihre Spalten dem Strazverein bereitwilligst zur Verfügung gestellt, nur ein Posener Blatt hat einmal geschrieben, daß die Mitglieder der Organisationskommission zum Vergnügen reisten und ihre Privatgeschäfte erledigten. Die Sache ist von der Kommission untersucht und in Güte beigelegt worden. Es gibt noch ein Blatt (Damit ist der Gnesener „Lech“ gemeint. Der Berichtstatter), das schon von Anfang an dem Straz gegenüber nicht freundlich gesinnt war, doch will ich lieber darüber schweigen.

An Formularen sind verschickt worden: Instruktionen für Kommissare 30 000, Aufrufe „Was ist der Straz“ in verschiedenen Ausgaben 98 000, Einladungskarten für Kommissare 9000, Nuntungsbücher 10 000, Kandidatenlisten 12 000, Mitgliederlisten 1500, Diplome für Starosten 300, Diplome für Kommissare 2000, Briefumschläge 5000, verschiedene Zettel 4700, Kandidatenzettel 200 000, die gedruckten Reden der ersten Strazversammlung 50 000.

Über die Tätigkeit der kulturellen Sektion hat der Abgeordnete von Chrzanowski berichtet. Er führte aus: Der Sektion gehören vom Hauptvorstande an die Herren Dr. von Niegolewski, Dr. Karwowski, Prälat Stychel und von Koscielski, außerdem die Herren Dr. Jastrzewski, Dr. Schröder aus Posen, Dionisius Chlapowski, Leitgeber, ich und Dr. von Jaworski. Die Tätigkeit der kulturellen Sektion ist bisher aus verschiedenen Gründen sehr bescheiden gewesen. Zum Teil ist die Tätigkeit dieser Sektion abhängig von der Organisierung des ganzen Strazvereins, dann auch abhängig von den ihr zur Verfügung stehenden Fonds; ferner herrschte noch Ungewißheit über ihren Wirkungskreis, und außerdem fehlte den Mitgliedern der Sektion der nötige Eifer. Deshalb kann ich nicht von

einer Ernte der Sektion sprechen, sondern nur das Programm für die Zukunft entwickeln.

Die erste Aufgabe der Sektion ist die Feststellung des Standes der nationalen Aufklärung und der nationalen Bildung. Zu diesem Zwecke ist eine Unterkommission gebildet worden, die die Lebensfähigkeit unserer Vereine feststellen soll. Sie hat Formulare versendet, und zwar an die Vereine, die am besten organisiert sind, und das sind die Sokolvereine. Bis jetzt sind die Antworten sehr knapp eingegangen. Auf Grund dieser Formulare wird die Kommission eine Zusammenstellung ausarbeiten, und wenn sie sehen wird, daß sich das durchführen läßt, wird sie an alle polnischen Vereine des preussischen Anteils diese Formulare versenden.

Als zweite Aufgabe hat sich die Sektion die Erziehung der polnischen Jugend gestellt. Da sich im preussischen Anteil schon eine ganze Reihe von Vereinen mit der Aufklärung befaßt, soll sich die Sektion nur auf dem Gebiete betätigen, die außerhalb des Rahmens dieser Vereine liegt. Das erste Mittel zur nationalen Aufklärung der polnischen Jugend ist die Verbreitung des polnischen Elementarbuches. In Westpreußen besteht ein Verein, der sich damit befaßt; dagegen nicht im Großherzogtum Posen und in Oberschlesien. Seit Gründung des Vereins haben erst wenig Personen um Zusage von Elementarbüchern ersucht.

Auch betrachtet die kulturelle Sektion als ihre Aufgabe die Einrichtung von Kinderbibliotheken. Es wird jetzt ein Katalog für kleinere und für größere Bibliotheken ausgearbeitet, der nach Fertigstellung in den Blättern zum Abdruck gelangen wird.

Ebenso ist eine Unterkommission gebildet worden, die sich mit der Herausgabe von Büchern für Kinder befaßt. Es sind bis jetzt noch keine Bücher zur Ausgabe gelangt, weil die Kommission erst vor kurzem gebildet ist und ihre Mitglieder die Bücher erst schreiben.

Als dritte Aufgabe betrachtet die Kommission die Veranstaltung von Ausflügen der polnischen Jugend. Bis jetzt hat sich noch kein Verein mit der Veranstaltung von Ausflügen der polnischen Jugend befaßt. Die polnische Jugend aus Berlin hat einen Ausflug nach Krakau unternommen, und ebenso im vorigen Jahre die polnische Jugend aus Westpreußen. Der Strazverein war damals noch nicht organisiert, er hat aber solche Ausflüge unterstützt. In diesem Sommer wird beabsichtigt, einen Ausflug der polnischen Jugend von Westpreußen nach Krakau zu veranstalten, und von der Emigration nach dem Großherzogtum Posen. Diese Ausflüge sind auf 4 Wochen berechnet.

Außerdem hat die kulturelle Sektion vor Weihnachten ein Verzeichnis von polnischen Spielen veröffentlicht.

Hinsichtlich der nationalen Aufklärung hat ein ober-schlesischer Geistlicher eine Broschüre in deutscher Sprache ausgearbeitet, — weil er der polnischen Sprache nicht ganz mächtig ist — in der er empfiehlt, für Leute, die keine Zeitungen lesen, polnische Zeitungen zu abonnieren. Er sagt, wenn für die Leute die Zeitung auf 1 Jahr abonniert wird, dann werden sie sich so daran gewöhnt haben, daß sie dann von selbst weiter abonnieren werden. Bis jetzt haben wir in einem bedrohten Kreise für 400 Personen Zeitungen abonniert, um festzustellen, inwieweit die nationale Aufklärung dadurch gefördert wird. Den Namen des betreffenden Kreises verschweige ich absichtlich.

Die Sektion erteilt den Vereinen Ratsschläge bei der Aufführung von Theaterstücken, bei der Veranstaltung von Versammlungen zc. durch Zurverfügungstellung von Rednern, von Lichtbilderapparaten zc.



Außerdem sollen gedruckte Vorträge herausgegeben werden. Es besteht dafür eine besondere Unterkommission, die sich mit der Veröffentlichung solcher Vorträge befaßt. Der erste Band befindet sich im Druck und der zweite befindet sich in Arbeit.

Das wäre die Tätigkeit und das Programm der Sektion für die Zukunft. Die Sektion wäre zufrieden, wenn sie im Laufe des Sommers die projektierten Ausflüge veranstalten könnte. Die Kosten sind ziemlich bedeutend. Ein Knabe kostet 30 M. Die Ausführung dieser Aufgabe wäre schon eine sehr segensreiche Arbeit. Man könnte ja der kulturellen Sektion den Vorwurf machen, welchen Vorteil bringe denn das, wenn 12 Knaben nach Krakau führen. Nun, der Vorteil wird sich in der Zukunft zeigen. Denn dorthin soll nur eine ausgewählte, befähigte Jugend hingeschickt werden, von der die Straz erwartet, daß sie nachher **Führer der Volksgeamtheit** werden soll. Mitunter wird ein ganzer Kreis nur von einem einzigen eifrigen Manne geleitet. Also diese Knaben sollen nachher Führer der polnischen Volksgeamtheit werden. Dann wird auch gesagt, was haben wir davon, wenn fremde Kinder hingeschickt werden. Der Strazverein soll aber nicht persönlichen Interessen dienen. Wer dem Strazverein beiträgt, der muß es als ein Opfer ansehen für die geistig Armen. Sie sollen beitragen zur Verbreitung des geistigen Reichtums. (Bravo!)

**Über die Tätigkeit der ökonomischen Sektion erstattete Konfistorialrat von Mizerski folgenden Bericht.** Der Sektion gehören die Herren Rydlewski, Raniastry, Mizerski, Dr. Honcia, Adamski, Zablocki und Leitzgeber an. Die Aufgabe der Sektion besteht darin, statistisches Material über die landwirtschaftlichen, kaufmännischen, industriellen Verhältnisse und über die Verhältnisse des Gewerbes und der Arbeiter zu sammeln, die Volksgeamtheit über diese Punkte zu informieren, die Lösung „Jeder zu den Seinen“ zu unterstützen und günstigen Kredit nachzuweisen.

Um eine Übersicht über die Lage des Handwerks zu bekommen, wird eine Statistik über die verschiedenen Gewerbe ausgearbeitet, die in einer Broschüre niedergelegt werden wird. Ferner werden die Berufe festgestellt, die überfüllt sind und die für unsere Jugend zu empfehlen sind. **Dann werden weiter Artikel an die ganze polnische Presse versandt, um auf die Öffentlichkeit einzuwirken.** An uns gerichtete Gesuche um Erteilung von Kredit mußten wir ablehnen, weil teils keine genügende Sicherheit geboten war und die Straz den Mitgliedern den Kredit nur erleichtern kann. Zu diesem Zwecke hat die Straz die entsprechenden Schritte getan, und in kurzer Zeit werden alle in dieser Beziehung schwebenden Angelegenheiten erledigt werden. Unterstützungen, wie es das Deutschtum in den Ostmarken bekommt, werden wir niemanden erteilen, da das zur Demoralisierung führt, unser Verein aber auf gesunder Grundlage ruht. (Bravo!)

**Über die Tätigkeit der rechtspolitischen Sektion berichtete Abgeordneter Rechtsanwalt Dr. von Dziembowski.** Er führte aus: Die Sektion hat ihre Tätigkeit im Oktober 1905 begonnen. Ihr gehören an die Herren Mielzynski, Wolinski, Komocki, Seyda und Mizerski. Bei dieser Gelegenheit möchte ich meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß sich nicht alle Posener Rechtsanwälte an der Arbeit dieser Sektion beteiligen, denn die Arbeit kann von den der Sektion angehörenden Herren nicht mehr bewältigt werden. Es sind im ganzen 451 Sachen geführt worden, über die Akten angelegt sind, darunter 63 Ansiedlungssachen. Außerdem ist in 480 Fällen Rat erteilt worden. Wenn diese Arbeit auf 1 Jahr verteilt wird, dann muß doch jeder sagen, daß sie einen Rechtsanwalt ganz allein beschäftigen könnte. Außerdem haben die Delegierten

der Sektion in vielen Angelegenheiten die Verteidigung geführt. Zum Schluß wurde die Sache eines Mitgliedes geführt, das für eine in Wöngrowitz gehaltene Rede von jüdischer Seite aus angegriffen wurde. Wir haben die Sache bis jetzt geführt, und werden sie auch weiterführen.

Nach meiner Meinung ist es Pflicht eines jeden Menschen, seine Rechte zu verteidigen. Ein berühmter Professor hat einmal gesagt, daß jeder Mensch nur soviel Recht besitze, als er zu verteidigen imstande sei. Wir müssen uns verteidigen, wir sind moralisch dazu verpflichtet, unsere Rechte zu erkämpfen durch alle Instanzen hindurch. Deshalb ist die Rechtssektion von besonderer Bedeutung für unsere Verteidigung. Früher haben verschiedene Rechtsanwälte die Verteidigung in unseren Angelegenheiten geführt, aber das ganze Material war zerstreut. Doch die Sachen, die wir heute führen, sind in unseren Akten geordnet, das ist unsere Geschichte, das sind Urkunden unserer Leiden. (Bravo!)

In Berlin sind wir in diesem Jahre mit so großem und wichtigen Material aufgetreten, daß die Herren nicht sagen konnten, das sei alles nicht wahr. Meine Rede hat, wie alle sagten, großen Eindruck gemacht. Diese Rede ist an die Behörden zum Bericht geschickt worden, ob das alles wahr sei, was ich gesagt habe. Die Ansiedlungsnovelle streifend, führte Redner aus: Gestern habe ich einen Landmann vor dem Bezirksausschuß verteidigt. Der sagte zu dem Regierungspräsidenten: „Was soll ich machen, ich bekomme im ganzen Dorfe keine Wohnung, jetzt geht es noch, aber wenn es im Februar wäre, dann möchte ich mal sehen, wie es Ihnen im Stalle gefallen würde.“ (Bravo! Heiterkeit!)

Am schlimmsten sind die Schulverhältnisse, weil wir überhaupt kein Schulgesetz haben. Deshalb ist das Gesetz, was der Minister, was die Schulinspektoren, was die Direktoren usw. anordnen. Wenn wir nach ein oder zwei Monaten um eine Antwort auf ein Gesuch bitten, dann erhalten wir die bekannte Antwort: „Ich bin nicht in der Lage, die durchaus begründete Verfügung aufzuheben.“ Das ist doch keine Antwort, das ist nur eine Bestätigung über den Empfang des Briefes.

Einen Fall will ich Ihnen erzählen, um zu zeigen, was bei uns geschieht. Der Sohn eines Bürgers in Kosten, der schon 14 Jahre alt war, wurde aus der Schule nicht entlassen, nicht aber etwa, weil er schlecht lernte, nein, aber was fehlte ihm? Die sittliche Reife. Daß er ein rechtgläubiger Bürger des Staates würde, um immer zu gehorchen — das fehlte ihm. Um ihm die gute staatliche Gesinnung beizubringen, haben sie ihn über das 14. Lebensjahr hinaus in der Schule behalten. Der Vater sagte, das ist nicht möglich. Dann wurde der Junge mit Gewalt in die Schule gebracht, aber der Vater wollte das nicht. Eines Tages im Februar dieses Jahres kommt die Polizei und nimmt den Sohn mit. Der Vater ersucht um einen Ausweis, der war nicht vorhanden. **Der Junge wurde nach Schubin gebracht, wo die Kinder der Hallunken, der Verbrecher hinkommen, wo Fäulnis herrscht, da brachten sie ihn hin!** (Schande! Das ist preussische Kultur!) Nach Schubin können Kinder gebracht werden, die moralisch heruntergekommen sind. Hier wurde gesagt: Nichtachtung vor dem Gesetze, und Nichtachtung vor dem Staate. Ich habe gesagt, es gibt kein Schulgesetz. Aber ihm fehlte die Achtung vor dem Staate. Sie nehmen die Kinder nach Schubin, weil ihnen das fehlt, was der Minister gesagt hat: „Wir befehlen und Ihr habt zu gehorchen.“ Wie sehr ist in einem solchen Falle Rechtshilfe erforderlich. Nun



sitzt er dort bis zum 18. Lebensjahre in Schubin, das gleich einem Gefängnis zu erachten ist.

In Berlin sagte der Minister auf die Beschwerden und auf die Rede des Herrn von Mizerski, „ich bin nicht dagegen, daß sich die polnischen Frauen mit „a“ schreiben“. Kommt man aber auf das Standesamt, dann sagt der Beamte, alle Namen, auch die der Frauen werden mit „i“ geschrieben, und das Gericht stellt sich auf den Standpunkt, daß es ganz gleich sei, ob „a“ oder „i“, das sei keine falsche Beurkundung. Ich möchte aber sehen, ob es auch keine falsche Beurkundung wäre, wenn jemand statt mit „a“ mit „i“ einen Wechsel unterschreiben würde. (Bravo!) Kommt man zum Regierungspräsidenten, dann sagt er, wenn das Gericht entschieden hat, daß es ganz gleich sei und es nichts falsches sei, so kann sich die Verwaltungsbehörde nicht auf einen anderen Standpunkt stellen.

Ich gebe Ihnen den Rat: wenn der Standesbeamte den Namen mit „i“ schreiben will, dann sagen Sie ihm einfach, bemühen Sie sich nicht weiter, für mich ist die Sache erledigt, wenn Sie es besser wissen, dann schreiben Sie das Protokoll allein. (Bravo!) In solchen Fällen kann der Standesbeamte das Protokoll nicht verlesen, denn den 4 Wänden kann er es doch nicht vorlesen. Wenn dann die Behörde kommt und sagt, die Sache sei nicht gemeldet, so muß man sagen, ja ich war da, aber der Beamte wollte die Meldung nicht entgegennehmen. Man muß aber gleich nachher eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten richten, daß der Standesbeamte die gemachten Angaben nicht niederschreiben wollte.

Die Strazversammlungen sind den Behörden ein Dorn im Auge. Verschiedene Versammlungen sind deshalb verboten worden, weil sie angeblich die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden sollten. Sie haben ja gehört, wieviele Versammlungen abgehalten worden sind; ist irgendwie die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört worden? (Nein!) Unser Verein steht auf gesetzlichem Boden, und deshalb kann uns die Behörde nichts anhaben. Von vornherein kann die Behörde keine Versammlungen verbieten. Wenn das vorkommen sollte, so bitte ich Sie, mir das unter Übersendung des vorhandenen Materials mitzuteilen. Ich werde mich mit der Sache befassen, und zwar nicht nur auf dem Verwaltungswege, sondern ich werde auch den Minister darüber informieren. Denn als ich und Korsanty im Landtage verschiedene Sachen vorbrachten, da stand der Minister auf und sagte, ich weiß von alledem nichts, an mich sind nur 2 Beschwerden gelangt. Darauf antwortete ich, daß ich ihn gerne informieren würde. Und jetzt wird es so gemacht. Die Sache geht an die Verwaltungsbehörde und zu gleicher Zeit an den Minister ab. (Bravo!) Ein zweites mal wird der Minister nicht mehr sagen, daß er nicht informiert sei, denn er hat schon einen großen Stoß Briefe von mir zugeschießt erhalten. Wenn Cholera herrscht, dann ist ja das Verbot einer Versammlung begründet, aber daß der Saal nicht geeignet sein soll, während sich der Kriegerverein darin amüsieren kann? (Bravo!) In Tuchel war im Januar großer Frost, es waren 14 Grad Kälte und deshalb wurde die Versammlung aufgelöst. Der Kommissar erklärte, die Versammlung dürfe nicht stattfinden, weil es zu kalt sei. Also dem Kommissar war es zu kalt und deshalb konnte die Versammlung nicht stattfinden; unsere Brüder aus der Tucheler Heide mußten wieder nach Hause fahren. Nach einer Stunde fand aber eine Damenversammlung statt. In einer Stunde konnte es doch nicht so warm werden. Aber jedenfalls hat die Anwesenheit der Damen den Saal so erwärmt, daß die Versammlung stattfinden konnte. (Heiterkeit.)

Jetzt muß ich noch eine Sache von einem Schornsteinfeger erzählen. Es werden jetzt Schornsteinfegerbezirke eingeführt, und zwar derart, daß aus 4 Bezirken 2 Bezirke gemacht werden. So haben sie es z. B. in Gnesen gemacht, und die beiden Bezirke Deutschen gegeben. Und der Schornsteinfeger Szymanski, dessen Vater und Urgroßvater dort Schornsteinfeger gewesen waren, ist jetzt überflüssig geworden und kann nun Arbeit suchen. Er hat heute absolut keine Existenzmittel. Also der Kampf wird auch mit Schornsteinfegern geführt.

Jetzt beginnt aber auch schon der Kampf gegen die Strazmitglieder. Sie wissen, daß die Mitgliederlisten des Strazvereins nicht nur Herr von Jaworski führt, sondern auch die Posenener Polizei. In der Leseshalle des Abgeordnetenhauses befindet sich eine interessante Schrift, und zwar „die Mitglieder des Strazvereins“, in der alle Geistlichen fett gedruckt sind. (Heiterkeit.) Dadurch erfahren die Abgeordneten, daß nicht nur die Agitatoren zum Strazverein gehören, sondern daß ihm die ganze Volksgeamtheit angehört, auch die Arbeiter und die ganze polnische Armut. Es ist ganz gut, daß dieses Verzeichnis gedruckt ist, ich bin der Posenener Polizei sehr dankbar dafür. Diese Verzeichnisse sind aber nicht nur nach Berlin geschickt worden, sondern an alle Behörden. Vor kurzem habe ich von dem Starosten aus Königs- hütte einen Brief bekommen, in dem er mir schreibt, daß, wenn er noch weiter Starost bleibt, ihm die Erlaubnis entzogen werde, Lehrlinge zu halten. Das ist nicht gesetzmäßig, das ist nicht legal, ich werde es ihm sofort heute mitteilen. Ich bitte alle Strazmitglieder, mir alles Material zur Verfügung zu stellen, wenn sie deswegen verfolgt werden sollten, daß sie Strazmitglieder sind. Ich werde diese Angelegenheiten bearbeiten und sie dem Minister hinschicken, damit er mir im nächsten Jahre bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern darauf Antwort gibt. (Bravo.)

Nachdem der Vorsitzende den Rednern, die die Versammlung durch Aufstehen von den Plätzen ehrte, für ihre Ausführungen gedankt hatte, wurde zu Punkt 6 der Tagesordnung, Ersatzwahl für die 7 ausgelosten Mitglieder des Hauptvorstandes, geschritten, die mittelst Akklamation vorgenommen wurde.

Mit Ausnahme des Abgeordneten von Skarzynski-Splawie, der eine Wiederwahl auf telegraphischem Wege entschieden abgelehnt hatte, wurden die anderen 6 ausgelosten Vorstandsmitglieder Rose-Berlin, Abgeordneter Dr. v. Riegolewski-Posen, Rentier Cegielski-Posen, Dr. Rydlewski-Posen, Konsistorialrat Dr. von Mizerski-Posen und Zahnarzt Raniastry-Posen wiedergewählt.

Für Skarzynski wurde Rechtsanwalt Wolinski und Redakteur Chociszewski in Vorschlag gebracht.

Rechtsanwalt Wolinski bat mit Rücksicht darauf, daß er **Vorsitzender des Schiedsgerichts** sei, von seiner Wahl Abstand nehmen zu wollen.

Doch Redakteur Krysiak-Berlin führte aus, daß man sich in Berlin gewundert hätte, warum Rechtsanwalt Wolinski nicht schon im Hauptvorstande des Strazvereins sitze, denn er habe die Arbeit des „Straz“ schon früher verrichtet, z. B. bei der Verteidigung in der Angelegenheit des Opalenizker und des Breschener Krawalls. **Der Breschener Krawall** — führte Redner aus — **habe eine große Bedeutung erlangt und das preussische System geschändet.** Er bitte, Rechtsanwalt Wolinski einstimmig in den Hauptvorstand des Strazvereins zu wählen und ihn von kleinen Arbeiten im Vorstande zu befreien, denn es genüge, wenn er dem Verein mit seinem Räte zur Seite stehe.



Hierauf wurde Rechtsanwalt Wolinski fast einstimmig gewählt. Hinsichtlich des in Vorschlag gebrachten Redakteurs Chociszewski erklärte Rechtsanwalt von Dziembowski, daß der Vorstand bei einer im Laufe des Jahres etwa erforderlich werdenden Neuwahl auf die Person des Redakteurs Chociszewski zurückkommen werde. Als dann wurde in die **Diskussion** eingetreten, in der **Redakteur Teska-Gnejen** sich darüber beklagte, daß (es war ungefähr 2 1/2 Uhr) nur etwa 1/2 Stunde zur Diskussion zur Verfügung stände, weil der Saal vom Hauptvorstande nur bis 3 Uhr gemietet sei. Es mußte — führte Redner aus — sehr viel besprochen werden, (Redner wird durch Zwischenrufe wie: Das ist unmöglich, ganz kurz, ganz kurz! unterbrochen.) doch wolle er nur eine persönliche Angelegenheit zur Sprache bringen. Der Bureauleiter des Strazvereins, Dr. v. Jaworski, habe ihm gelegentlich einer Strazversammlung in Klesko das Wort entziehen wollen, weil der „Lech“ in scharfer Weise gegen den Erzbischof aufgetreten sei. Der Strazverein sei doch kein Rosenfranzverein und er dürfe die bürgerlichen Rechte nicht beschränken, und deshalb verlange er von dem Hauptvorstande eine Erklärung, ob er das Vorgehen des Dr. v. Jaworski billige.

Der Vorsitzende des Strazvereins, Herr von Koscielski, erwiderte hierauf, daß Dr. v. Jaworski in dieser Beziehung keinerlei Sonderinstruktionen gehabt und seiner Handlungsweise nur eine gute Absicht zu Grunde gelegen hätte. (Während dieser Ausführungen rief jemand aus der Versammlung: Herr Jaworski wollte einen Orden vom Erzbischof haben!)

Nachdem sich noch Dr. v. Jaworski in ähnlichem Sinne geäußert hatte, wurde die Angelegenheit für erledigt angesehen.

Hierauf wies der **Landwirt Rubiat aus Zabikowo** auf die Notwendigkeit der erweiterten Tätigkeit des Strazvereins auf dem Lande hin. Er meinte, daß in Zabikowo eine Strazversammlung abgehalten worden wäre, in der 3 Redner gesprochen hätten, dann seien sie weggefahren und hätten die Versammlungsteilnehmer wie die Affen sitzen lassen (Heiterkeit); es sei durchaus notwendig, daß sich an die Reden eine Diskussion anschließe.

Rechtsanwalt Dr. von Dziembowski dankte dem Vorredner für die gegebene Anregung und bemerkte, daß der **Strazverein im kommenden Winter dazu kommen werde, Redner auszubilden**, und daß dann der Vorstand nicht nur 5 oder 6, sondern **100 Redner in auswärtige Versammlungen werden schicken können.** (Bravo!)

Auf Antrag des Herrn v. Skoraszewski-Bagatella wurde Schluß der Diskussion beschlossen.

7. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. v. Mieczkowski wurde § 2 der Vereinsstatuten, der bisher gelautet hat:

„Zweck des Vereins ist der Schutz der volkswirtschaftlichen und sozialen Interessen durch

- a) Sammlung und Verwendung von Material zur Erkenntnis der bezüglichen Verhältnisse im Inlande;
- b) gegenseitige materielle und geistige Unterstützung;
- c) Schutz der bürgerlichen Rechte.“

wie folgt abgeändert.

## § 2.

Zweck des Vereins „Straz“ ist der Schutz der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und nationalen Interessen des polnischen Elements im Königreich Preußen und im Deutschen Reiche.

Diese seine Aufgabe erfüllt der Straz mit Hilfe folgender Sektionen:

1. der rechtlich-politischen,
2. der kulturellen,
3. der ökonomischen Sektion.

Alle Sektionen unterziehen sich nur solcher Aufgaben, die ausdrücklich eine öffentliche nationale Bedeutung haben.

Weitere Vorschläge, den § 3 der Vereinsstatuten dahin abzuändern, daß die Starosten in den Generalversammlungen und die Mitglieder des Hauptvorstandes in der Generalversammlung der Starosten zu wählen seien, wurde in anbetracht der noch nicht genügend straffen Organisation des Strazvereins bis zur nächsten Generalversammlung vertagt.

8. In einer kurzen Rede forderte **Dr. Santkowski** mit warmen Worten zur weiteren Opferwilligkeit und zur weiteren Arbeitsfreudigkeit für den Strazverein auf. Redner erinnerte daran, daß sich früher das Volk in den schweren Zeiten in den Kirchen versammelt und die Hymne „Heiliger Gott“ gesungen hätte. Wer habe nicht — führte Redner weiter aus — von den Anwesenden die Kraft empfunden, mit der das polnische Volk zu Gott betet.

Wir streben heute danach — sagte Redner weiter — daß wir Brot für unsere Kinder haben, und daß wir ihnen das hinterlassen können, was wir als Erbteil der Väter übernommen haben.

Wir sind auf die Landwirtschaft angewiesen, und hier im Posenischen befindet sich mehr als die Hälfte des Grund und Bodens in deutschen Händen; darum können wir auch nicht mit verkränkten Armen stehen bleiben und warten, bis der deutsche Ansiedler die letzte Furche der polnischen Erde durchpflügt. Ein Verrat wäre es von unserer Seite, wenn wir uns nicht verteidigten und wenn wir nicht Schulter an Schulter ständen. Heute ist die polnische Kultur bedroht; wir stehen auf der Wacht der polnischen Kultur. Bisher hat hier die polnische Presse auf der Wacht gestanden, wofür ihr Ehre gebührt. Heute strebt der „Straz“ danach, die Presse abzulösen. Diese polnische Presse, die weder nach links noch nach rechts sieht, sondern dreist nach vorwärts strebt, verdient unterstützt zu werden.

Weiter führt Redner aus, daß die Intelligenz für die Volksgesamtheit das mit Worten tun müsse, was die Presse mit der Schrift tue. Die größte Beachtung müßte man den Grenzmarken schenken, wo der Kampf um die polnische Sprache geführt werde, deren sich die Polen so oft entäußerten.

Schon heute erhoben sich Stimmen des Zweifels, ob es nicht ratsam wäre, das Schlachtfeld zu räumen, doch solche Leute brandmarkte die Geschichte als Verräter. Dagegen sei denen Ehre, die mutig weiter kämpfen. 15 000 Mitglieder seien für den Strazverein zu wenig, da jeder Pole Mitglied des Strazvereins sein müsse.

Redner schließt seine Ausführungen mit den Worten:

Gebe Gott, daß es unseren Kindern nicht an Brot fehle und nicht an Erde für ihr Grab! (Bravo!)

9. Unter Verschiedenes richtete der **Arbeiter Franz Berger-Thorn, Schriftführer des polnischen landwirtschaftlichen Verbandes**, die Bitte an den Hauptvorstand des Strazvereins, eine an den preussischen Landtag gerichtete Resolution zu fassen, daß die ländlichen Arbeiter das Koalitionsrecht erhalten und nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. (Bravo!)

Diese Anregung wurde vom Hauptvorstande mit Stillschweigen übergangen.

Nach einigen Schlußworten, die in die Devise „Einigkeit macht stark“ auslauteten, erklärte der Vorsitzende die Versammlung um 3 1/2 Uhr nachmittags für geschlossen.

Wegen der Wichtigkeit der Versammlung ist diese von 2 Beamten der politischen Polizei überwacht worden, außer dem Berichterstatter von dem Kriminalkommissar Böhmer.

Wietusch,  
Königlicher Polizeisekretär.



Posen, den 29. April 1906.

# **Bericht**

**über die am 29. April d. J. von nachmittags 5 Uhr ab im Hotel de France in Posen abgehaltene Versammlung der Starosten des Strazvereins.**

Erschienen waren mit Einschluß des Hauptvorstandes und zahlreicher Vertreter der Presse etwa 100 Personen.

Herr v. Roscielski eröffnete die Versammlung mit der Erklärung, daß Berichte nicht würden erstattet werden. Seien doch die Versammelten sämtlich gewissermaßen Räder im Uhrwerk und mit den Vorgängen vertraut. Er bitte, die Verhandlungen nicht allzusehr in die Länge zu ziehen und lade die Anwesenden hiermit ein, sich sämtlich nach der Versammlung bei ihm in seiner Wohnung einzufinden, um dort bei einem Glase Bier und einem Imbiß gemütlich und vertraulich über alles, was sonst noch interessiere, zu plaudern.

Punkt 2 der Tagesordnung: „Die Angelegenheit des Garantiefonds“ wurde abgelehnt und sofort zur Beratung über die Änderung des Vereinsreglements geschritten.

Der Vereinschriftführer Rechtsanwalt Dr. v. Mieczkowski wies darauf hin, daß besonders die letzten Paragraphen des Reglements, welche die Funktionen der einzelnen Sektionen näher bestimmten, wichtig seien, damit endlich den uferlosen Anschauungen, welche nach dieser Richtung hin unter den Massen verbreitet seien, ein Ende gemacht und nach dieser Richtung hin bei allen Beteiligten Klarheit geschaffen werde. Redner verlas nunmehr die einzelnen Paragraphen des nachstehenden, vom Vorstand vorgelegten

## **Reglementsentwurfs.**

### **Hauptvorstand des Strazvereins.**

#### **§ 1.**

Der Hauptvorstand wählt 1. unter sich den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, den Schriftführer und den Schatzmeister; er

verwaltet 2. die Kasse und stellt das Budget für die einzelnen Sektionen sowie für die allgemeinen Bedürfnisse des Strazvereins auf; er

wählt 3. die Vorsitzenden für die einzelnen Sektionen, delegiert in jede sowie in den Organisationsausschuß je 3 Mitglieder aus seiner Mitte und ernennt die Starosten und Kommissare; er

prüft 4. und bestätigt die Beschlüsse der Sektionen und kontrolliert die Ausführung dieser Beschlüsse; er

wählt 5. drei Kassenrevisoren; er

beruft 6. einmal im Jahre eine Generalversammlung des Strazvereins ein und erstattet in derselben Bericht über dessen Entwicklung, die Tätigkeit der Sektionen und den Kassenstand.

Sitzungen des Hauptvorstandes, die der Vorsitzende einberuft, finden mindestens einmal vierteljährlich statt. Auf den Antrag von 5 Mitgliedern des Hauptvorstandes beruft der Vorsitzende eine außerordentliche Sitzung ein.

### **Organe des Strazvereins.**

#### **§ 2.**

Organe des Hauptvorstandes sind:

1. das Präsidium,
2. das Bureau,
3. der Organisationsausschuß,
4. die Starosten,
5. die Generalversammlung des Vereins.

### **Das Präsidium.**

#### **§ 3.**

Der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassierer des Strazvereins bilden das Präsidium, welches die Pflicht hat,

1. sich über die Arbeiten der Sektionen, des Organisationsausschusses und der Starosten zu informieren,
2. das Bureau zu leiten und die Aufsicht darüber zu führen,
3. die Beschlüsse des Vorstandes auszuführen,
4. die Aufsicht über die Kasse zu führen.

### **Das Bureau.**

#### **§ 4.**

Das Bureau verwaltet der Bureauvorsteher. Er hält die Papiere in Ordnung, empfängt und öffnet die Briefe, welche unter der Adresse des Strazvereins eingehen, händigt sie den Sektionsvorsitzenden bzw. dem Vorsitzenden ein, erledigt die Korrespondenz und Expedition des Strazvereins, nimmt an den Sitzungen des Hauptvorstandes und der Sektionen teil und teilt die Beschlüsse derselben andererseits den einschlägigen Organen des Hauptvorstandes mit.



## Der Organisationsauschuß.

### § 5.

Der Organisationsauschuß sucht

1. Mitglieder zu gewinnen, und er wacht
2. über die Organisation in den Kreisen.

## Die Starosten.

### § 6.

1. Die Starosten machen in ihren Kreisen die entsprechende Zahl Kommissare ausfindig; sie suchen
2. in ihren Kreisen Mitglieder zu gewinnen, nehmen Mitgliedschaftskandidaten an und geben ihre Namen dem Bureau an; sie nehmen
3. von den Kommissaren die Beiträge der Mitglieder ihrer Kreise entgegen und senden sie an den Schatzmeister des Strazvereins ab; sie senden
4. dem Präsidium Informationen über alle Bedürfnisse und Mängel in wirtschaftlicher, kultureller und rechtlich-politischer Hinsicht ein.

## Die Kommissare.

### § 7.

Den Kommissaren stehen die gleichen Rechte und Pflichten in den Bezirken zu, wie den Starosten in den Kreisen. Die Kommissare haben sich nach den Weisungen der Starosten zu richten und sich mit ihnen zu verständigen.

## Aufgabe der Sektionen.

### Die rechtlich-politische Sektion.

#### § 8.

Aufgabe der rechtlich-politischen Sektion ist die Verteidigung bei Angelegenheiten betreffend

1. Vereine und öffentliche Versammlungen,
2. Schule und Erziehung,
3. Vor- und Zunamen,
4. das Ansiedelungsweisen,
5. alle anderen Rechtsfragen, welche nach ihrem Urteil öffentliche, nationale Bedeutung haben.

### Die kulturelle Sektion.

#### § 9.

Aufgabe der kulturellen Sektion ist:

1. die Herausgabe und Verbreitung von öffentlichen Vorträgen,
2. die Verbreitung von Fibeln, hauptsächlich in den Grenzgebieten,
3. die Verbreitung von Büchern und Zeitungen für die Saisonarbeiter in der Fremde,
4. die Prüfung des Standes des Nationalbewußtseins und der nationalen Aufklärung, besonders in den bedrohten Gegenden, sowie auch die Anwendung von Vorbeugungsmitteln.

### Die wirtschaftliche Sektion.

#### § 10.

Aufgabe der wirtschaftlichen Sektion ist:

1. das Sammeln von statistischem Material betreffend die Landwirtschaft, das Kaufmannsgewerbe, die Industrie, das Handwerk und die Arbeiterverhältnisse,

2. das Informieren der Gesamtheit über die wirtschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und des Handwerks zwecks Hebung der Produktions- und Erwerbskraft der Volksgesamtheit,
3. die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in obigen Angelegenheiten, besonders hinsichtlich der Lösung „Der Landsmann zum Landsmann“,
4. die Erteilung von Fingerzeigen und die Erleichterung des Kredits für Einzelpersonen, wo dies das Interesse der Allgemeinheit erheischt.

Die Diskussion über diesen Reglementsentwurf nahm folgenden Verlauf:

Bei § 6 wies der Starost v. Dziembowski-Sohnis darauf hin, daß die Starosten mit Arbeiten überlastet seien und daß es darum schwierig sei, geeignete und bereitwillige Kandidaten für das Amt zu finden. Wenn der Starost einmal auf längere Zeit zu verreisen gezwungen sei, dann sei der Kreis ganz ohne Hut. Im Interesse der pünktlichen Erledigung der Vereinsgeschäfte sei es nötig, die Starosten durch Anstellung von Substarosten zu entlasten. Letzteren wäre ein Teil der Obliegenheiten der Starosten zu übertragen.

v. Koscielski meinte, es stehe jedem Starosten ja frei, einen seiner Kommissare mit der ständigen Vertretung zu betrauen.

Starost v. Chlapowski-Bonikowo unterstützte den Antrag v. Dziembowski, dessen Durchführung besonders für die ländlichen Verhältnisse durchaus nötig sei. Die meisten Kommissare wohnten von dem Starosten weit entfernt, sodaß eine Kontrolle schwer auszuführen sei; ein Teil von ihnen sei unzuverlässig, ja, hier und da mache sich eine Art passiver Obstruktion bemerkbar. Es sei durchaus nötig, daß in jedem Polizeidistrikt eine Art Oberkommissar ernannt werde, welchem bestimmte Aufsichtsbefugnisse des Starosten zu übertragen wären. Trete hier keine Änderung ein, so werde bald ein Teil der Starosten unlustig werden und das Amt niederlegen.

Starost v. Blucinski-Lusowko fragte an, ob die Starostenversammlung die Verteilung der Vorstandsämter vornehmen werde.

v. Koscielski wies darauf hin, daß in der Generalversammlung beschlossen worden sei, bei dem bisherigen Modus zu verharren. Demnach werde in Zukunft wie bisher die Generalversammlung den Vorstand wählen und der Vorstand die Ämter unter sich verteilen.

Starost Dr. Kubacki wies darauf hin, daß schon in der letzten Starostenversammlung die Notwendigkeit einer Entlastung der Starosten anerkannt worden sei. Er sei nicht für die Ernennung von Substarosten, sondern von Oberkommissaren.

v. Koscielski hatte im Prinzip nichts gegen den Vorschlag einzuwenden; doch könnten die zu bestellenden Substarosten nicht gleich den Starosten das Recht erhalten, der Starostenversammlung vollberechtigt beizuwohnen. Da

Starost Korajewski-Dppeln hinsichtlich Oberchlesiens Bedenken bezüglich der Durchführbarkeit der Ernennung von Oberkommissaren wegen Mangels an geeigneten Personen äußerte, meinte

v. Koscielski, es wäre das Beste, man lasse darin jedem einzelnen Starosten freie Hand. Wer Entlastung nötig habe, der solle sich Oberkommissare



bestellen und ihre Namen zwecks Bestätigung dem Hauptvorstand mitteilen.

Starost v. Chlapowski-Bonikowo wünschte, daß die Bestimmung über die Ernennung von Oberkommissaren in das Reglement aufgenommen werde und daß diese Oberkommissare offiziell vom Hauptvorstand bestätigt würden, damit sie den Kommissaren und Mitgliedern gegenüber auch die erforderliche Autorität besäßen.

Der stellvertretende Vorsitzende Mizerski und Starost Kubacki machten entsprechende Vorschläge hinsichtlich der Ergänzung des Reglements.

Starost Radzizewski-Schildberg forderte, daß dem Starosten das Recht zugestanden werde, im Behinderungsfalle in die Starostenversammlung seinen ständigen Vertreter zu entsenden.

v. Koscielski hatte nichts gegen diesen Vorschlag, nur dürften nicht etwa alle Oberkommissare in die Starostenversammlung entsandt werden, nur der vom Starosten mit seiner ständigen Vertretung betraute.

Dr. Mizerski meinte, es wäre das Beste, jedem Starosten völlige Autonomie zu belassen; er könne ja eine Arbeitsteilung in der Weise vornehmen, daß er einzelnen seiner Kommissare je ein bestimmtes Dezernat zuweise.

Starost v. Chlapowski verlangte demgegenüber schematische und gleichmäßige Durchführung des Systems der Oberkommissare bzw. Substarosten, sonst werde in den einzelnen Kreisen die Sache zum Schaden des Ganzen verschieden gehandhabt werden. Es müßte ein neues Reglement für die Substarosten ausgearbeitet werden.

Starost Krysiak-Berlin bat, doch nicht in die Fußtapfen des Schematismus der preussischen Bureaukratie zu treten. Man solle nicht allzuviel Ämter und allzuviel Titel freieren; habe doch die Titulatur der jetzigen Beamten des Strazvereins bereits verschiedentlich Lachen und Kopfschütteln hervorgerufen. Eine Mehrung der Beamten würde auch eine Vermehrung des Schreibwerks zur Folge haben; besonders dem Redner, der wohl den ausgedehntesten Kreis zu verwalten habe, werde das Schreibwerk über den Kopf wachsen. Er suche überall tüchtige Kommissare ausfindig zu machen, und diese täten schon das ihre, um Mitglieder zu werben und den Starosten über alles Wichtige auf dem Laufenden zu erhalten.

Nach unwesentlichen, bereits Gesagtes bestätigenden Bemerkungen der Starosten v. Kozłowski-Plawinek, Dr. v. Slaski-Babcz, Cichocki-Zapłuskowenski wies Starost Dr. v. Trzcinski-Gocanowko gleichfalls darauf hin, daß die Starosten überbürdet seien. Sie hätten außer den Geschäften für den Strazverein doch noch andere Pflichten, die ihnen der Beruf, die Stellung in Gemeinde und Kreis, die Zugehörigkeit zu anderen Vereinen auferlege. Was die Titelfrage betreffe, so gebe er zu bedenken, ob es sich nicht empfehle, den Titel Starost, der mancherlei Kommentare hervorgerufen habe, durch einen anderen zu ersetzen.

v. Chlapowski-Bonikowo stellte gleichfalls wiederholt die Tatsache der Überbürdung der Starosten fest, die, besonders in einem Kreise wie der Kosterer mit seinen 1700 Mitgliedern, unmöglich die Arbeit bewältigen könnten. Aufopfern könne man sich doch allein für den Strazverein nicht. Auch könne der Starost unmöglich wissen, wer in einer mehrere Meilen von ihm entfernt belegenen Ortschaft sich am besten als Kommissar eigne. Das könnte nur der für jeden Polizeidistrikt zu bestellende Oberkommissar, der, was das wichtigste sei, sich in der Lage befinde, in seinem kleinen Be-

zirk mit den einschlägigen Personen unmittelbar und nach Bedarf persönlich zu verkehren; mündliche Agitation von Mund zu Mund aber sei doch stets die beste.

Starost Korajzewski-Oppehn bat, von der Schaffung weiterer Instanzen abzusehen. Wenn in Zukunft die einzelnen Mitglieder an den zuständigen Kommissar, dieser an den Oberkommissar, dieser an den Starosten und dieser an den Hauptvorstand sich wenden werden sollten, so dürfte sich der gesamte Geschäftsverkehr so weitläufig und zeitraubend gestalten, daß unter Umständen Monate vergehen würden, ehe eine Sache erledigt werde.

Es wurde beschlossen, daß jeder Starost, der dies für seinen Kreis als nötig ansehe, für jeden Polizeidistrikt einen Oberkommissar ernennen solle. § 6<sup>1</sup> des Reglementsentwurfs wurde wie folgt abgeändert:

Die Starosten machen in ihren Kreisen die erforderliche Zahl Kommissare und nach Gutdünken Oberkommissare ausfindig, denen sie im Namen des Vorstandes ihre Attributionen übertragen.

In § 7 des Reglements soll diesem Beschluß entsprechend die Einleitung lauten:

„Den Oberkommissaren und Kommissaren stehen die gleichen Rechte und Pflichten in den Bezirken bzw. den Gemeinden zu, wie sie die Starosten in den Kreisen haben.“

Die weiteren Paragraphen des Reglementsentwurfs wurden unverändert angenommen; nur erhielt der § 9, der von den Aufgaben der kulturellen Sektion spricht, auf Vorschlag des Vorsitzenden dieser Sektion Rechtsanwalts v. Chrzanowski eine andere mehr spezielle Fassung, die ich jedoch, da Redner auf seinem weit von meinem Sitz entfernten Platze sehr leise sprach, wegen der in meiner Nachbarschaft herrschenden Unruhe nicht habe feststellen können.

Starost Krysiak-Berlin wünschte, daß in Zukunft die Starostenversammlung vor der jedesmaligen Generalversammlung stattfinde, damit man vor dieser die gemachten Erfahrungen austauschen könne.

Die Generalversammlung des Vereins soll künftig nicht im April, sondern zu einem gelegeneren Zeitpunkt, dessen Wahl dem Vorstand überlassen bleibt, einberufen werden.

Es folgte eine freie Aussprache.

v. Chlapowski-Bonikowo forderte eine Art Aufsicht über die Starosten. Diese sei nötig, einmal um sich über die von ihnen entfaltete Tätigkeit Gewißheit zu verschaffen, ferner aber um eine Revision der Kasse der Starosten vorzunehmen. Das sei der Ordnung wegen nötig, damit mit den Geldern nicht nach Willkür gehandelt werden könne und damit jedes Mitglied des Vereins sicher sei, daß keine Veruntreuung und Vergeudung der Vereinsmittel vorkommen könne. Auf diese Weise werde das Vertrauen der Vereinsmitglieder zu den Starosten gestärkt werden und letztere würden nach amtlicher Erteilung der Entlastung beruhigt sein.

Starost Krysiak war der Ansicht, daß die Kontrolle über die Starostenkasse von dem Vorsitzenden der Organisationskommission auf Grund der Mitgliederlisten ausgeübt werden könne.

Starost Brechan-Poln. Wilke meinte, die Kassenbücher der Starosten könnten von diesen ja zur Starostenversammlung mitgebracht und bei dieser Gelegenheit geprüft werden.

Starost Piecha-Zabrze begründete gleichfalls die Notwendigkeit der Kassenrevision. Er könne aus Erfahrung sprechen. Er sei seit Jahren Mitglied des Vorstands einer großen Arbeiterorganisation, und trotz sorgfältiger Aufsicht und Kontrolle gebe es immer noch



vielfach ungetreue Kassenverwalter, denen scharf auf die Finger gesehen werden müsse.

Die Vorschläge über die Regelung der Sache gingen auseinander. Während Starost Rubacki wünschte, daß der Hauptvorstand alljährlich drei Mitglieder jeder Kreisorganisation (in jedem Jahre andere) mit der Revision der Kasse und der Bücher der Starosten, sowie mit der Dechargeerteilung betrauen solle und Dr. Mizerski vorschlug, diese Revision durch eine aus Mitgliedern der Kreisorganisation gewählte Kommission jedesmal vor einer einzuberufenden Kreismitgliederversammlung vorzunehmen, war Starost v. Bogdanski-Orzeszkowo der Ansicht, daß dies nicht genügende Sicherheit biete; denn der Starost, der Geld veruntreuen wolle, könne dieser Kommission ja Listen vorlegen, die mit den tatsächlich geleisteten Zahlungen nicht übereinstimmen. Nur eine gemeinsame Prüfung der Bücher in Gegenwart aller Kommissare des Kreises biete vollkommene Garantie für die richtige Kassenführung.

Ein bindender Beschluß über die von dem Starosten v. Chlapowski aufgeworfene Frage wurde nicht gefaßt, es bleibt mithin jedem der Starosten überlassen, wie er sich mit der Frage der Revision der Kassenbücher und der Kasse abfinden will.

Starost Czajewski-Danzig wünschte Auskunft, welche geistlichen Starosten von dem Vereinsvorstand zur Niederlegung dieses Amtes hätten gezwungen werden müssen.

Der Vorsitzende des Organisationsausschusses v. Rzepecki erwiderte, nur zwei der geistlichen Starosten hätten dies Amt nicht freiwillig, sondern erst auf Ansuchen des Vorstandes niedergelegt. Der Vorstand habe sie darum ersucht, um sie vor kanonischen Strafen zu bewahren.

Starost Koraszewski-Oppeln berichtete, daß die Organisationsarbeit für den Verein in Oberschlesien sich nicht so vollziehen könne, wie hierzulande. In Oberschlesien stünden zu Versammlungszwecken dem Strazverein keine Säle zur Verfügung. Dort müsse die Agitation sich daher von Person zu Person vollziehen. Zu diesem Zwecke bedürfe man durchaus entsprechender Druckschriften. Nun seien aber die bisher zu diesem Zwecke vom Verein verwendeten Agitationschriften für Oberschlesien wenig verwendbar. Diese Schriften verstehe die dortige Bevölkerung nicht. Sie seien zu schwer stilisiert und wimmelten von Fremdwörtern. Ohne entsprechende Erläuterung könne der gemeine Mann in Oberschlesien den Sinn und Inhalt der meisten dieser Druckschriften nicht fassen. Notwendig sei daher die Herausgabe populär abgefaßter Broschüren; denn die Tageszeitungen seien nicht in der Lage, sich unausgesetzt durch breite Erörterungen über Zweck und Ziel des Strazvereins in dessen Dienst zu stellen.

Der Vorstand nahm diese Ausführungen Koraszewski's lediglich zur Kenntnis.

Der Starost Dr. v. Bolewski-Krotoschin brachte das erzbischöfliche Verbot in Sachen der Verwaltung der Starostenämter durch Geistliche zur Sprache. Er — v. Bolewski — frage den Vorstand, was die Starosten den Leuten sagen sollten, welche sie nach dieser Richtung hin interpellierten. Da trete ein einfacher Mann aus dem Volke, in dessen Hütte das Bild des Erzbischofs inmitten von Heiligenbildern hänge, der also den Erzbischof als eine verehrungswürdige Person anzusehen gewöhnt sei, an den Starosten heran und frage erstaunt: Wie sollen wir uns verhalten, wenn diese Person jedem Drucke der Regierung nachgibt und absolut Verzicht leistet?

In der ganzen Affäre sei der Umstand der schlimmste, daß eine Person in dieser Stellung solche völlige Abdikation übe und durch ihr Beispiel nach dieser Richtung hin den gemeinen Mann verwirre. Für den Redner bleibe die Person, von welcher jener Akt ausgegangen sei, außer Betracht, auf das energischste protestieren müsse man aber gegen den Geist der Abdikation. Weinen werde niemand über das Geschehene, habe man doch kaum etwas dadurch eingebüßt, daß die Geistlichen die Starostenämter hätten niederlegen müssen. Es sei dies sogar eine als günstig anzulehrende Tatsache von großer Tragweite, da sie eine Emanzipation von dem geistlichen Einfluß bedeute. Die Verdienste der Geistlichen in politischer und sozialer Hinsicht seien unbestritten; zugeben müsse man aber, daß in fast allen Vorständen von Organisationen des Volentums hierzulande zu viel Geistliche säßen, die zum großen Teil in diese Vorstände nur deshalb hineingewählt würden, weil sie eben Geistliche seien. Möglicherweise werde es sogar gut sein, daß das geistliche Element aus den leitenden Stellen in der Strazorganisation ausscheide. An seine Stelle würden wackere Elemente weltlichen Standes treten, die sich bisher vielfach darum im Hintergrunde gehalten hätten, weil Geistliche in den einschlägigen Organisationen die Hauptrolle spielten. Zu der Frage betreffend das Verbot des Erzbischofs Stellung zu nehmen, sei durchaus nötig, eben des Prinzips halber, das in diesem Akt zum Ausdruck gelangt sei. Sei es doch bereits dahin gekommen, daß ein einfacher Mann dem Redner gesagt habe: Wenn heut ein Kulturfampf ausbräche, würde wohl der Erzbischof der erste Geistliche sein, der von der Kirche abfiele.

Starost Czajewski-Danzig verlangte, die heut in der Strazversammlung gehaltenen Reden sollten in Broschürenform in zehn- und einigen Tausend Exemplaren unter der polnischen Gesamtheit verbreitet werden, um über Zwecke und Ziele des Vereins Aufklärung zu schaffen. Der Vereinsvorsitzende v. Koscielski nahm nunmehr das Wort zu folgender Erklärung:

Der Vorstand habe seine Anschauungen betreffend das erzbischöfliche Verbot vor einiger Zeit bereits in der Presse veröffentlicht. Wenn diese Erklärung als zu farblos angesehen werde, so werde vom Hauptvorstande offen zugegeben, daß er diese Ansicht teile; denn der Schritt, den der Erzbischof getan, sei tatsächlich ein unerhörter. Nun müsse aber in Betracht gezogen werden, daß die Leitung des Strazvereins es als ihre Aufgabe zu betrachten habe, zu lindern, nicht zu reizen, zu erbittern. Alle im Hauptvorstande dauerten den Schritt des Erzbischofs, und jeder müsse sich gewissermaßen einen Maulkorb anlegen, um alles das Bittere zurückzuhalten, was aus dem Herzen aufsteige und sich in scharfen Worten machen möchte. Die Abfassung jener erwähnten Erklärung des Hauptvorstandes habe viel Mühe verursacht. Wiederholt sei der Hauptvorstand zusammengetreten; verschiedene Formen von Protesten seien durchdiskutiert worden; doch hätten schließlich sogar die Elemente im Vorstand, welche ursprünglich das rücksichtsloseste Vorgehen gegen das Verbot forderten, sich zu der Einsicht bekehrt, daß sich keinesfalls eine Enuntiation empfehle, welche aufreizend wirke. Habe man doch noch übergenuß an dem Bruch, der vor Jahren die ganze Volksversammlung gespalten habe, und sei man doch glücklich darüber, daß dieser Bruch endlich überkleistert sei. Offen erkläre Redner, es gebe nur Wenige, welche den Schritt des Erzbischofs zu rechtfertigen, geschweige denn gar zu entschuldigen suchten, auch Redner müsse ihn als zum mindesten unnötig bezeichnen; doch halte er dafür



daß man die Sache nicht unnötig breittreten solle. Seien sich doch alle dessen bewußt, wer diesen Schritt des Erzbischofs beeinflußt habe, und sei man sich doch darüber einig, daß es im Grunde genommen gleichgültig sei, ob einige Geistliche in der Strazorganisation Starostenämter einnahmen. Jene Faktoren, die den Schritt des Erzbischofs veranlaßt hätten, sie hätten dies in der Absicht getan, die Polen untereinander zu entzweien; werde die Sache heut nun vor aller Öffentlichkeit breitgetreten, so würde dadurch nur den Intentionen jener Elemente entsprochen werden und ihre Aktion wäre von Erfolg begleitet. Kühle Überlegung und Entsagung seien mithin bei der Beurteilung des erzbischöflichen Verbots Pflicht gewesen. Alle sähen ein, daß die Erklärung des Strazvorstandes zu farblos sei; aber Rücksichtnahme auf die Umstände sei unbedingtes Gebot gewesen. Fünfundmal sei die Erklärung redigiert, jedesmal aber ihr Wortlaut als zu scharf befunden und verworfen worden. Allzugroße Bedeutung dürfe man der Sache nicht beimessen, — sie sei unangenehm, das müsse zugegeben werden, besonders unangenehm deshalb, weil das Schwert, das den Schlag geführt, aus polnischer Scheide stammte. Die Geistlichen würden nach wie vor dem Strazverein angehören und für ihn freudig arbeiten, dessen sei Redner gewiß, ihr Empfinden zu kontrollieren, sei niemand in der Lage, denn Gedanken seien eben zollfrei. Redner stelle nochmals fest, daß alle im Hauptvorstande gleich der Gesamtheit gefühlt hätten, daß eine scharfe Erklärung gegen das erzbischöfliche Verbot am Platze gewesen wäre: aber Zurückhaltung sei unter den obwaltenden Umständen absolute Pflicht gewesen. (Allseitiges Bravo!)

Starost v. Rozłowski-Plawinek meinte, es sei unnötig, über diese Sache noch mehr Worte zu verlieren. Man werde sich damit abfinden, ebenso, wie sich die polnische Volksgesamtheit mit jenem Hirtenbriefe abgefunden habe, der im Jahre 1867 von dem damaligen Erzbischof erlassen worden sei.

Starost Krysiak-Berlin glaubte noch schildern zu sollen, wie das erzbischöfliche Verbot auf die Landsleute in der Fremde gewirkt habe. Die Entrüstung der dortigen Landsleute über diesen Akt sei eine so lebhaft gewesen, daß man sie kaum habe im Zügel halten können. Eindringlich und hartnäckig sei die Veranstaltung einer großen Protestversammlung verlangt worden. Und dies sei verständlich. Habe doch diese Stellungnahme des Primas von Polen den Landsleuten in der Fremde fast die Hände gebunden gegenüber den dortigen geistlichen Germanisatoren. Im Gegensatz zu Herrn v. Koscielski meine Redner, daß das Schwert, welches diesen Schlag geführt, aus der deutschen Scheide stamme. Denjenigen Geistlichen, die trotz des Verbots bis zuletzt auf ihrem Posten ausgeharrt hätten, sei die polnische Volksgesamtheit die vollkommenste Anerkennung schuldig.

Hiermit hatte die Starosten-Versammlung nach zweistündiger Dauer ihr Ende erreicht.

Die Starosten begaben sich infolge einer erneuten Einladung des Herrn v. Koscielski in dessen Wohnung, um dort, wie der Genannte ankündigte, den guten Sachen zuzusprechen, die der Schatzmeister des Vereins, Weinändler Pfizner, freundlichst zur Verfügung gestellt hatte.

Güntner,  
Regl. Polizeisekretär.

## Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 17 der Praca (Posen)  
vom 29. April 1906:

### Boykott.

Seit mehr als einem Jahre erhielt sich hartnäckig das Gerücht, die Ansiedelungskommission untersage den auf ihren Ländereien Angesiedelten das Kaufen bei Polen. Es ging das Gerücht, der einschlägige Befehl sei an alle Personen ergangen, welche auf jene Ansiedler unmittelbaren Einfluß haben könnten oder in der Tat hätten. Diesen Befehl hat jedoch kein Pole, speziell keiner der polnischen Redakteure in die Hand bekommen.

Durch Zufall oder durch ein Spiel des Schicksals ist er auf unsern Redaktionstisch geflattert. Wir beschloßen, davon würdigen Gebrauch zu machen und geben ihn im Abdruck öffentlich zur Kenntnis. Auf unserem Abdruck (gemeint ist der hektographierte Abdruck der von dem Herrn Präsidenten der Ansiedelungskommission an die ihm unterstellten Gutsverwalter erlassenen Verfügung. Red. d. Ges.-Ab.) fehlen nur die Kanzleivermerke der Ansiedelungskommission. Wir haben diese Vermerke absichtlich vernichtet und uns nur eine Abschrift aufbewahrt zur Beglaubigung dessen, daß unser Dokument wahrheitsgemäß ist.

Doch sehen wir uns dies Dokument an:

Oben links ist die Firma „Königliche Ansiedelungskommission für Westpreußen und Posen“ abgedruckt.

### Königliche Kolonisation!

In der landläufigen Überzeugung des Volkes ist mit dem Begriff des Königtums der andre der Güte, der Geistes- und Herzensgröße, der Gerechtigkeit, oder sei es auch nur des Erbarmens, verknüpft. So . . . .

Aber so war es vielleicht einst . . . .

Die Zeiten haben sich geändert, es änderten sich die Menschen. Und obgleich allgemein gesagt wird, die Ideen der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit hätten in der Welt große Fortschritte gemacht, — welches Bild zeigt sich unsern Augen? Wir sehen einen alltäglichen, schrecklichen Kampf, einen Kampf, der uns der Rechte anderer Nationen beraubt, und der auf das Leidentum unseres nationalen Lebens das schreckliche Wort schreibt: Verzichtet auf die Zukunft! Hört auf, Polen zu sein! — das Wort der Verneinung, jenes verächtliche ministerielle „Ausrotten“! Das ist auch, wie wir uns aus dem dargebotenen Dokument überzeugen, das eigentliche Ziel der „Königlichen Ansiedelungskommission“. Zwar ist auf das Dokument das Datum des 15. Februar 1905 gesetzt, — und wir glauben, daß dies Dokument an diesem Tage ausgefertigt worden ist; aber wieviele solcher oder ähnlicher hat es vorher gegeben? Und wenn dies nicht der Fall war, bedürfen wir denn besserer Beweise dafür, worauf es die Königliche Ansiedelungskommission abgesehen hat, als die Reden der Minister und der deutschen Abgeordneten, welche ihren Landsleuten die Notwendigkeit neuer Fonds oder neuer Gesetze zur Bezwingung des ungebändigten Polentums darzutun suchen?



Dieses Dokument streift uns noch eine Schuppe mehr von den Augen. Es hat vielleicht vielen ge-  
schienen, daß die Königliche Ansiedelungskommission ausschließlich dazu bestimmt sei, Boden aus polnischen Händen aufzukaufen. So ist es tatsächlich nicht. Es handelt sich augenscheinlich — und als Beweis bieten wir unser Dokument, — darum, uns den Boden zu entreißen, sodann darum, uns des Brotes in Handel und Handwerk zu berauben, aus uns Sklaven zu machen, die zu der Ansiedelungskommission flehentlich die Hände emporstrecken um Arbeit und Brot. Aus jedem Worte, aus jedem Satz dieses Dokuments scheint die stille, in den Geheimnissen der Königlichen Kanzleien verborgene Losung hindurchzuleuchten: Aushungern der Polen! Sie aushungern, das bedeutet, diese moralische Kraft zerbrechen, welche sie entgegensetzen in der Verteidigung gegen die preußische Kultur, die sich in die Städtchen, Dörflein und polnischen Hütten drängt in Gestalt der Lutheranisierung und Germanisierung, und die i. Z. im deutschen Reichstag so schlagend gebrandmarkt worden ist.

(Es folgt die polnische Übersetzung der Ver-  
fügung).

Dieses eigenhändig von dem Präsidenten der Ansiedelungskommission unterzeichnete Dokument ist „an sämtliche Herren Gutsverwalter“ adressiert.

Dieses Dokument ist ein amtliches. Es bringt die „Hoffnung“, die „Erwartung“ zum Ausdruck, und es spricht nur vom „Nationalbewußtsein, welches verbietet“, von den Pflichten, deren Nichterfüllung nur der „Rücksicht der Ansiedelungskommission“ beraubt.

Wer Kanzleischreiben dieser Art kennt, wer da weiß, welcher Autorität sich alle höheren Behörden bei den sogenannten Gutsverwaltern und Ansiedlern erfreuen, der muß das Schreiben des Vorsitzenden der Königlichen Ansiedelungskommission ohne Umschweife ein Verbot des Kaufens bei polnischen Kaufleuten, Handwerkern und Gewerbetreibenden nennen.

Mit andern Worten: Es ist der letzte Ausdruck des brutalen Boykotts des polnischen Gewerbes und Handels seitens der Ansiedelungskommission.

Wie ist dieser Boykott zu beurteilen?

Wir müssen ihn beurteilen vom Gesichtspunkt des Gesetzes über die Ansiedelungskommission und vom Standpunkt des bei uns sich abspielenden Nationalitätenkampfes aus.

Vom Standpunkt des Gesetzes aus, kraft dessen die Ansiedelungskommission beschloffen und Allerhöchst bestätigt worden ist, hat diese Ansiedelungskommission nicht das Recht, einen Boykott des polnischen Gewerbes und Handels zu veranstalten. Sie ist dazu eingerichtet, um Boden aufzukaufen, um diesen Boden unter Ansiedler aufzuteilen, — aber damit ist nach dem Buchstaben des Gesetzes ihre Aufgabe auch zu Ende.

Obiges Dokument beweist uns, daß die Ansiedelungskommission der ihr zustehenden Rechte spottet und daß sie tut, was ihr gefällt.

Sollte die Ansiedelungskommission die berüchtigte Erklärung Bismarcks von den monarchischen Versprechungen und von ihrem Pfifferlingswert auch auf den Begriff „mit königlicher Unterschrift erlassener Gesetze“ ausdehnen wollen?

Fürwahr, es ist eine Ironie des Schicksals, daß die Polen die Nation der Philosophen auf die Grenzen der Gesetze aufmerksam machen müssen, der Gesetze, welche beschloffen worden sind von den Erwählten dieser Nation und welche von den Erwählten verachtet werden. Denn wer sich nicht streng an beschlossene Gesetze hält, wer deren Grenzen nicht achtet, der tritt sie mit Füßen, der mißachtet und verachtet sie.

Wir stellen fest, daß der Präsident der königlichen Ansiedelungskommission auf Grund des Gesetzes über die Ansiedelungskommission nicht das Recht hat, obiges Verbot zu erlassen.

Anders verhält sich die Sache vom Standpunkt des Nationalitätenkampfes aus. Von diesem Standpunkt aus ist dies Verbot uns verständlich. Das rechtfertigt es aber keineswegs.

Wir von unserm Standpunkt aus müssen das Verbot hundertmal verurteilen. Aber nicht genug damit. Unserer Entrüstung muß die Richtung der — Tat gegeben werden. Diese Tat ist die Ausbreitung der Losung „Der Landsmann zum Landsmann!“ Neugierig sind wir, was mit allen jüdischen und deutschen Kaufleuten im überwiegenden Teil unserer Landesteile geschehen würde, wenn kein Geistlicher, kein Edelmann, kein Kaufmann, kein Gewerbetreibender, kein Handwerker, kein Wirt, kein Arbeiter für einen Groschen von ihnen kaufen würde.

Die heutigen fetten Rinne und Bäuche würden ihnen arg einschrumpfen, der Stolz, der sie aufgeblasen macht, würde schwinden, schließlich würden sie mit dem Rest des Vermögens über alle Berge sich davon machen. Gebe Gott, daß unsere Volksgemeinschaft begriffe, welcher Segen es für uns wäre, wenn wir diese Blutegel, die unser Blut ausaugen und uns feindlich gesinnt sind, loswürden! Es wäre das eine gerechtfertigte und gerechte Vergeltung für die Bedrückung, die wir leiden. Aber bis dahin ist es noch weit. . . .

Wir können bei dieser nicht oft vorkommenden Gelegenheit, über solche Dokumente zu schreiben, noch einen Gedanken nicht außer Acht lassen. Es handelt sich hier um die Heuchelei, mit welcher dies ganze schändliche Germanisierungssystem verteidigt wird. Ihre Excellenzen, die Minister, Ihre Excellenzen, die Staatssekretäre, die Herren Abgeordneten und die hergelaufenen Kafatisten sagen, sie müßten das von dem polnischen Element bedrückte Deutschtum verteidigen. Wer bedrückt, und wer wehrt sich?

Das Dokument, das wir bieten, ein amtliches Dokument, das an sämtliche Herren Gutsverwalter gerichtet ist, welche einen übermächtigen Einfluß auf die Tausende während der zwanzig Jahre in unsere Landesteile gelockten Ansiedler haben, gibt uns eine klare, keinen Zweifel lassende Antwort. Die Deutschen bedrücken und die Polen wehren sich. Dieses Dokument reißt die Maske der Heuchelei herunter, mittelst deren sich bisher das bedrückte Deutschtum bedeckte. Dieses Dokument wird, so hoffen wir, gehörige Verwendung in den Händen unserer Abgeordneten finden, und wir werden daraus in Zukunft die entsprechenden praktischen Schlüsse ziehen.

Aus Nr. 95 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 26. April 1906:

### **Tadelnswerte Sitten.**

Es sind Fälle bekannt, in welchen leider gewisse „Politiker“ wiederholt in Überfällen auf der Straße oder sogar im Hause Beweisgründe für den politischen Kampf gefunden haben. Da die öffentliche Meinung den Angreifern bis zum gewissen Grade nicht nur solche Ausschreitungen verziehen, sondern sie wiederholt zu Ehrenämtern berufen hat, fängt die Schule der Angriffe sich immer weiter und höher auszuweiten an. Soeben schreibt uns der Abgeordnete Adalbert Korfanty selbst, daß er den Redakteur Piechalek vom Gorniołonzak „mit einer Heßperische durchgeprügelt habe“ für eine Beleidigung, welche angeblich seiner Frau durch Herrn Gzaplicki zuge-



fügt wurde. Dieser hat behauptet, daß Frau Korfanty Verkäuferin bei Barasch gewesen war und Herr Piechulek wollte dies nicht widerrufen und nicht abbitten. Wir teilen heute die nackte Tatsache mit und wollen warten, bis sie die ober-schlesischen Blätter von der anderen Seite beleuchten. Wir drücken heute nur das Bedauern aus, daß eine so hervorragende Persönlichkeit, wie ein Abgeordneter, welcher der polnischen Fraktion angehört, sich zu einer Tat hinreißen ließ, welche vielleicht auf dem Posener Pflaster akklimatisiert ist, aber jedenfalls in einer anständigen Gesellschaft und gegenüber der Würde eines Abgeordneten getadelt werden muß.

Der Polak des Herrn Korfanty, und der Gorniołsonzak, dessen Redakteur Herr Piechulek ist, sind heute nicht eingegangen.

Aus Nr. 97 des Dziennik Poznanski (Posen)

vom 28. April 1906:

### Familien-Verbände.

In einer Reihe von Artikeln haben wir alles zusammengestellt, was eine Übersicht über die polnischen Majorate, ihre soziale Bedeutung, die Ursachen ihrer Entwicklung und ihres Falles, geben konnte. Als Staat von einer großen Ausdehnung besaß Polen verhältnismäßig wenig Majorate, doch diese waren in ihrem Umfange und hinsichtlich des politischen Einflusses sehr groß, wie z. B. das Ostroger und Radziwill'sche Majorat. Gewöhnlich wird im Stiftungsakt ausbedungen, daß das Majorat für ewige Zeiten, durch nichts abgeändert und von niemanden angetastet, bestehen soll.

Dies ist nur eine relative Sicherung, denn wie übrigens in allem, so gibt es auch bei den Majoraten für die Zukunft keine Sicherheit und es kann auch keine geben. — Uns Polen interessiert vor allem die Frage, ob vom nationalen und sozialen Gesichtspunkte aus die Gründung von Majoraten empfehlenswert ist oder nicht. Diese Sache wurde schon seit je her erwogen und erläutert. Die Kenner und Lehrer der National-Ökonomie sprechen ihre Ansichten dahin aus, daß für die Allgemeinheit ein jedes Majorat schädlich sei, da es die Entwicklungsbedingungen der ganzen Allgemeinheit einenge und zu sehr den Einzelnen unterstütze. Wir bezeugen aber auch der Meinung, daß für uns Polen Majorate erwünscht sind, denn sie sichern uns den Landbesitz. Doch auch hier lehrt uns die traurige Erfahrung, daß eine solche Sicherstellung zugunsten des einzelnen sich gerade zu allgemein polnischen Ungunsten wenden kann. Es braucht nur ein Besitzer sich zu entnationalisieren — dann kann das ihm von seinen Vorfahren übertragene Majorat, obgleich durch Polen gegründet, für uns geradezu zu einer feindlichen Feste werden, zu einer für uns unerwünschten Pflanzstätte, in welche die antipolnischen Strömungen nicht nur eine Stütze, sondern einen neuen Ansporn finden werden. Polnische Majorate geben uns also keine genügende Gewähr dafür, daß die für sie verwendeten Güter stets in Händen von nationalgesinnten Polen verbleiben werden. Man muß also noch andere Mittel suchen.

Was könnte nun außerdem dazu beitragen, das Land in polnischen Händen zu befestigen? Jedenfalls vor allen Dingen die Sorge um die materielle Unabhängigkeit und im zweiten Grade das gehührende Bewußtsein der Pflichten, welche auf jedem Polen lasten. Da aber diese Bedingungen seitens der einzelnen nicht immer erfüllt werden,

so muß ihnen darin die vereinte Arbeit der ganzen Familie und wenigstens deren Hauptvertreter zu Hilfe kommen. Diese Mittel sind eigentlich bei anderen Völkern schon längst bekannt, bei uns wurden sie aber erst in den letzten Jahren zum Gegenstande einer näheren Erwägung.

Man jagt bei uns und speziell bei den Russen, daß ein Haufe ein großer Mann sei. Und wirklich: ein Stab ist leicht zu brechen, aber ein Bund, sei es nur aus Stäbchen, kann ohne Anstrengung nicht zerbrochen werden. Es ist also den einzelnen Familien-Mitgliedern leicht zu Falle zu kommen, aber wenn sie gebunden sein werden nicht nur durch Blutsverwandtschaft, sondern auch durch gegenseitige Interessen, dann werden sie jeder Widrigkeit weit mehr widerstehen können. Es handelt sich nur um die Form, in welcher diese Familienverbände, in Übereinstimmung mit den Landesgesetzen, am vorteilhaftesten bestehen und wirken könnten. Die entsprechendste Form hierfür erblicken wir in den sogenannten Familienstiftungen.

Diese Sache bildete bereits den Gegenstand einiger Artikel in unserer Presse. Der Gedanke einer Familienstiftung keimte bereits im Jahre 1888. Damals hatte bereits der verstorbene Justizrat Kasimir Szuman, Vorsitzender des Unterstützungsvereins der lernenden Jugend (Karl Marcinkowski-Verein) in Posen diese Idee unterstützt und ihr in seinem Testament praktische Formen gegeben. Diese Sache hatte später auch Herr Josef Krasicki berührt, ferner hat sie Herr Dr. Zygmunt Dziembowski aus Posen in der Presse und in Generalversammlungen besprochen. Schließlich nahm das Wort zu diesem Gegenstande ein gewisser hervorragender und wegen seiner Tätigkeit bekannter Gutsbesitzer aus der Kottener Gegend, sowie Herr Johann Szuman, Sohn des oben erwähnten verstorbenen Kasimir Szuman und endlich Herr Anwalt Komocki aus Posen. Die Bemerkungen und Diskussionen, die aus diesem Grunde entstanden, sind nicht ohne Erfolg geblieben. Von den Großgrundbesitzern haben sich zu diesem Zwecke die Chlapowskis zuerst zusammengeschlossen, und am 25. November 1902 haben die Herren Sigmunt v. Chlapowski aus Turwia, Dr. Alfred v. Chlapowski aus Bonikowo und Josef v. Chlapowski aus Rzegocin die erste Familienstiftung dieser Art in Posen gegründet. Dieser Stiftung gehören außer den erwähnten noch nachstehende Personen an: Frau Baronin Sophie v. Chlapowska, geb. v. Kurnatowska aus Szoldry, Frau Maria v. Chlapowska geb. Hornbaff aus Czernonawies, Herr Karl v. Chlapowski aus Kalifornien, Herr Dr. Franz v. Chlapowski aus Posen, Frau Maria v. Chlapowska geb. Sadkowska aus Lissa und Herr Kasimir v. Chlapowski aus Kopatichowo.

Dem Beispiele der Chlapowskis folgten die Zoltowski, welche unter dem 5. Januar 1903 ebenfalls in Posen einen „Familien-Verband der Zoltowskis“ gründeten. Ihm gehören an die Herren: Graf Adam Zoltowski aus Jarogniewic, Theodor v. Zoltowski aus Netta, Dr. Johann v. Zoltowski aus Ujast, Marcel v. Zoltowski aus Goduromo, Dr. St. v. Zoltowski aus Wargowo, Eduard v. Zoltowski aus Kocko, Johann v. Zoltowski aus Diacz und noch einige andere Mitglieder.

Die dritte Familienstiftung gründeten ebenfalls mit dem Sitz in Posen die Moszczenskis am 1. Oktober 1905. Gründer sind die Herren: Alexander v. Moszczenski aus Deutsch-Presse, Stanislaus v. Moszczenski aus Srebrna-Gora,



Mieczysław und Severin Moszczenski aus Posen. Dieser Stiftung gehören 15 Mitglieder an.

Der von dem verstorbenen Kasimir Szuman aufgeworfene Gedanke konnte infolgedessen, daß sich die Verhältnisse geändert hatten, nicht so durchgeführt werden, wie es der verstorbene Kasimir Szuman gewünscht hat. Deshalb bemüht sich auch Herr Johann Szuman, den letzten Willen seines Vaters zu verwirklichen, und sei es auch auf etwas veränderten Grundsätzen. Zu diesem Zwecke haben sich die Herren Johann Szuman, Dr. Heinrich Szuman, Stanislaus, Johann Nepomucen, Marian, Anton und Dr. Leon Szuman verständigt und sie wollen unverzüglich an die Ausführung des Vorhabens herantreten.

Auch die Familie Jastrzewski hat an dieser Sache Interesse.

Von anderen Bestrebungen auf diesem Gebiete ist uns nichts bekannt, wir zweifeln aber nicht daran, daß sich noch viele finden werden, welche diese Idee unterstützen werden. Wir wenden uns hauptsächlich an die in den Grenzgebieten lebenden Familien, welche mit vereinten Kräften noch viel Gutes leisten könnten.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nr. 96 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 27. April 1906:

#### Vom Präsidium des Strazvereins

erhalten wir nachstehende Mitteilung:

Auf das Schreiben des Herrn Stanislaus Krawzewski aus Charlottenburg in Nr. 92 des Dziennik Poznański vom 22. ds. Mts. antworten wir:

Das „schwarze Buch“ ist nicht vom Strazverein herausgegeben, unser Verein hat nur angesichts der Wichtigkeit einer solchen Publikation dem Verfasser eine bestimmte Subvention gewährt.

Wir bedauern aufrichtig, wenn sich in das „schwarze Buch“ eine Ungenauigkeit eingeschlichen hat, welche das Andenken des verstorbenen Johann Krawzewski beeinträchtigt; wir verstehen jedoch, daß angesichts der Unmasse des verwickelten Materials Mängel fast unvermeidlich gewesen sind.

Wenn der Autor eine Berichtigung der Fehler herausgeben wird, deren sich mehr finden können, wird der Strazverein dafür sorgen, daß sie den Käufern des „schwarzen Buches“ in der gleichen Anzahl von Exemplaren zugeht.

Das Präsidium des Strazvereins.

Josef v. Roscielski.

Dr. Ludwig Mizerski. Dr. Wlad. v. Mieczkowski.  
Stanislaus Pfitzner.

Aus Nr. 99 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 1. Mai 1906:

#### Das „schwarze Buch“.

Posen, den 28. April 1906.  
Erklärung.

Angeichts des Erscheinens und der Verbreitung der anonymen Broschüre betitelt „Czarna Księga“ (Das schwarze Buch) durch den Strazverein erklären wir nachstehend unterzeichneten Mitglieder nachstehendes:

1. Wir erachten die Methode der Veröffentlichung von anonymen, also aus dem Versteck geschleuderten, Einzelpersonen und Familien verdammenden Urteile

für unchristlich und unredlich. Jeden Menschen, welcher das Gefühl der Verantwortlichkeit für seine Worte und Taten besitzt, zwingt eine solche Methode, sich von der Beteiligung am Strazverein zurückzuziehen, welcher sich einer solchen Methode mittel- oder unmittelbar bedient.

2. Wir stellen fest, daß in dem sogenannten „schwarzen Buche“ bei sogar nur beiläufiger Durchsicht, eine Menge Ungenauigkeiten und nicht wenig geradezu unbegründeter Verleumdungen enthalten sind. Sich selbst achtende Leute werden keinen Groschen für ein Institut hergeben, das seine Fonds mißbraucht, um ein solches Pasquill zu verbreiten.

3. Angesichts des schweren Unrechts, das durch Verbreitung des „schwarzen Buches“ vielen unbescholtenen Leuten zugefügt wird, können wir uns mit der unzureichenden Art und Weise des Wiedergutmachens des Übels, wie sie vom Strazverein in der in Nr. 96 des Dziennik Poznański einem der Geschädigten erteilten Antwort vorgeschlagen worden ist, nicht solidarisieren.

4. Wir halten dafür, daß das einzige untrügliche und entschiedene Mittel, das Unrecht wieder gut zu machen, das geschehen ist und das jeden redlich fühlenden Menschen aufs Lebhafteste entrüsten muß, die vollständige und gänzliche Zurückziehung des getanen unglücklichen Schrittes, die Verleugnung und öffentliche Verurteilung des „schwarzen Buches“ durch den Vorstand des Strazvereins ist.

Das müssen wir kategorisch fordern, wenn wir weiterhin Mitglieder des Strazvereins bleiben sollen.

Heinrich v. Chlapowski. Kasimir v. Grabowski.  
Dr. Thaddäus v. Jackowski. Kasimir v. Krzyżtoporski.  
Stephan Graf Kwilecki. Kasimir v. Lipski.  
Dr. Thaddäus Szuldrzyński. Dr. Adam Graf Zolkowski.

Aus Nr. 100 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 2. Mai 1906:

#### Das „schwarze Buch“.

Vom Präsidium des Strazvereins erhalten wir die nachstehende Mitteilung:

Als der Strazverein den Herausgebern des „schwarzen Buches“ eine Subvention gewährte, kannte er weder den Inhalt, noch die Form dieser Publikation. Dem Vorstand wurde einzig versichert, es handele sich um eine populäre Darstellung der Tätigkeit der Ansiedelungskommission nebst Spezialisierung der Personen, welche ihre Güter verkauft hatten.

Mit Rücksicht darauf übernehmen wir keine Verantwortung für Inhalt und Form dieser Publikation; diese Verantwortung tragen einzig die Herausgeber. Da jedoch obige Publikation in unserer Volksgemeinschaft ernste Vorwürfe hervorgerufen hat, hielt es der Strazverein mit Rücksicht auf die gewährte Subvention für seine moralische Pflicht, die Herausgeber zu veranlassen, für die Vernichtung aller noch im Umlauf befindlichen Exemplare zu sorgen und in nächster Zeit eine Berichtigung aller vorgekommenen Irrtümer zu versenden, infolgederen bestimmte Personen ungerechtfertigter Weise ins „schwarze Buch“ aufgenommen worden sind.

Ein solcher Beschluß ist in der Sitzung des Hauptvorstandes des Strazvereins am 29. April 1906 gefaßt worden.

Posen, den 1. Mai 1906.

Das Präsidium des Strazvereins.  
(Unterschriften.)



Aus Nr. 101 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 3. Mai 1906.

### „Straz“ — Verbot.

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

„Angesichts des Erscheinens der durch die „Straz“ subventionierten und durch sie verbreiteten anonymen Broschüre „Das schwarze Buch“, welche die schätzbarsten Familien bzw. einzelne Mitglieder derselben verhöhnt und verspottet, und angesichts der seitens der letzten Versammlung der Starosten der „Straz“ gegen mich erfolgten Angriffe, die in verächtlicher Weise gegen meine Person gerichtet waren, bin ich gezwungen, und solches verlangen von mir einzelne Stimmen des Bürgertums, die hochwürdige Geistlichkeit meiner beiden Diözesen aufzufordern, sich von der Betätigung in der „Straz“ vollständig zurückzuziehen und ihr in Zukunft nicht beizutreten.

Die angesehensten weltlichen Bürger haben in dem am 28. April in öffentlichen Blättern bekanntgegebenen Aufrufe aus christlichem Empfinden diese Schrift und die Beteiligung der „Straz“ an der Verbreitung der Broschüre mit Recht verurteilt; umsoweniger geziemt es der Geistlichkeit, wenn auch mittelbar, durch weiteres Angehören zur „Straz“ die Verantwortung ungerechter und leichtfertiger Kränkung von Leuten auf sich zu laden, die an sich die allseitige Schätzung und Achtung der Gesamtheit verdienen.

Ich bin der Zuversicht, daß die ehrwürdige Geistlichkeit, soweit sie bisher der „Straz“ angehörte und aus ihr nicht freiwillig ausgetreten ist, die Billigkeit meines Aufrufes wohl verstehen und sich ihm ohne weiteres anpassen wird.

Die hochwürdigen Dekane werden den Aufruf via cursoria den Dekanatsgeistlichen zwecks Befolgung zur Kenntnis zustellen und spätestens binnen zwei Wochen mich davon benachrichtigen, daß meiner Anordnung Folge getan worden ist.

Posen, den 30. April 1906.

Der Erzbischof von Gnesen-Posen.

J. B.:

Bischof Likowski.

Aus Nr. 95 des Dziennik Poznański  
vom 26. April 1906:

### Folgen des Ansiedlungsgesetzes.

Aus Schrimm wird uns geschrieben:

Herr A. Zwierzehowski hat im vorigen Jahre in Schrimm in der Altstadt ein Fabrikgebäude erbaut, wozu er einen Konsens von der hiesigen Polizei erhalten hat, er hat sogar auch gleichzeitig die Erlaubnis erhalten, einen Gasmotor verwenden zu dürfen. Zu dieser Einrichtung ist jedoch neben dem Wächterhäuschen auch ein Bureau erforderlich, wenn der Eigentümer größere Verluste vermeiden will. Doch die Polizei erteilt keine Erlaubnis und behauptet, daß dies eine neue Ansiedlung sein würde, welche einer Erlaubnis des Regierungspräsidenten bedürfe.

Das Fabrikgebäude steht zwar nicht in unmittelbarer Nachbarschaft anderer Häuser, doch es ist in einiger Entfernung von Wohnhäusern umgeben, sodaß das Gebäude und das zu bauende Wächterhäuschen sich innerhalb der Stadtgebäude befinden und daneben geht sogar eine neue gepflasterte Straße der Stadt entlang.

Im Paragraph 18 des Ansiedlungsgesetzes ist gesagt, daß Gebäude an veränderten oder neu angelegten Straßen und Plätzen keiner Erlaubnis des Regierungspräsidenten bedürften. Es kann also keine Rede von einer „neuen“ Ansiedlung sein, da der neue Bau innerhalb der Stadtgrenze errichtet werden soll.

Was soll man nun über diese Sache denken?

Ein gewisser redlicher Deutscher hat sich dahin geäußert, daß es sich hier nicht darum handle, dem Gesetze gerecht zu werden, sondern um eine ausdrückliche Bedrückung des Polen, da durch die Verweigerung des Konsenses die Fabrik während der Feiertage und Nachts den Gefahren von Ausschreitungen und Unruhen von Seiten solcher Leute ausgesetzt sein wird, welche im Ausrichten eines möglichst großen Schadens durch Demolierung oder Brandstiftung Vergnügen finden.

Während anderen Bürgern die Behörden sogar dazu behilflich sind sich möglichst günstig einzurichten, müssen wir Polen stets in einigen Instanzen das uns sowieso schon nicht günstige Recht erkämpfen.

Herr J. hat am 4. April an den Kreisauschuß eine Beschwerde über die hiesige Polizei eingereicht und erhielt am 20. April das Urteil des Vorsitzenden des Kreisauschusses zugesandt, welches die polizeiliche Verordnung bestätigte und zwar unter Anführung von Paragraphen aus dem Ansiedlungsgesetz und mit der Bemerkung, daß dem Beschwerdeführenden das Recht zustehe, eine mündliche Verhandlung vor dem Kreisauschuß zu verlangen oder auch Berufung an den Bezirksauschuß einzulegen mit dem üblichen Vorbehalt.

Herr J. ist entschlossen, alle Instanzen durchzugehen, um endlich festzustellen, wo das Recht ist, ob in Büchern oder bei den Behörden?

Die Absicht, die Sache in die Länge zu ziehen und sie dem Beschwerdeführer zu verleiden, ist augenscheinlich. Ein Mann von schwacher Energie könnte einen solchen Kampf nicht durchführen und er müßte die ganze Sache unverrichteter Dinge aufgeben. Eine solche Handlungsweise vereinbart sich garnicht mit dem gepriesenen und wiederholten Lob, daß „Deutschtum Freiheit bedeute“.

Daß eine solche Dehnung der Gesetze nicht nur hauptsächlich jene gewerbetreibenden Bürger, gegen welche sie gerichtet sind, schädigen, sondern auch die Gemeinden selbst, das ist klar und deutlich und die Sache der Hebung des Wohlstandes und der Aufklärung muß leiden mit Rücksicht auf eine falsche Politik und infolge der Absicht, alles das, was nicht deutsch ist, zu vernichten.

Ich bitte alle polnischen und deutschen Blätter diese Korrespondenz zu wiederholen, denn es handelt sich hier nicht um eine einzelne Person, sondern um eine prinzipielle Sache.

Aus Nr. 92 des Dziennik Poznański  
vom 22. April 1906:

### Aus der Breschener Gegend.

Als ich vom Tode des Dr. Martin, des Direktors des Gnesener Gymnasiums, erfuhr, welcher aus dem gegen die polnischen Gymnasiasten im Jahre 1902 wegen geheimer Verbindungen geführten Prozesse bekannt ist, und welcher so manchem unter ihnen das Leben zum Entgleisen gebracht hat, habe ich mich an das Programm dieser Anstalt, welches zu Ostern jenes Jahres in üblicher Weise ausgegeben wurde, erinnert und es hervorgehoben. Ganz am Ende ließ sich der verstorbene Direktor wie folgt vernehmen:

(Rückübersehung).

Alle diejenigen, welche mit mir den Wunsch teilen, daß unser Gymnasium ein Gebiet wissenschaftlicher und sittlicher Bildung bleibe, ersuche ich dringend, von jedem Vorkommnis, welches auf eine geheime Tätigkeit oder auf das Entstehenwollen irgend einer verbotenen Schülerverbindung Bezug haben sollte, mir Mitteilung machen zu wollen.



Wissenschaftliche und sittliche Bildung kann bei einem Menschen, der nicht dem niedrigsten Pöbel angehört, ohne Kenntnis der Muttersprache, der Geschichte und der vaterländischen Literatur nicht vorhanden sein. Da aber der polnische Jüngling im Bereich des heutigen preussischen Gymnasiums, zu deren Erlernung keine Gelegenheit hat, so muß er sie aus Notwendigkeit, wenn er seine Würde ehrt, außerhalb der Schule suchen, was ihm niemand verargen kann.

Das Bilden von geheimen Verbindungen zu diesem Zwecke ist nicht gestattet und ist auch nicht gut, sei es auch nur deswegen, weil es die Teilnehmer schweren Strafen aussetzt, aber daran ist nicht die Jugend schuld, sondern die in Preußen herrschenden Verhältnisse. Aber wenn es auch eine Überschreitung der bestehenden Vorschriften ist, so ist es deswegen doch nichts häßliches oder gemeines, und es verdient sogar bei Menschen anderer Nationalität Anerkennung und Mitgefühl. Haben sich doch die polnischen Schüler nicht heimlich versammelt, wie es in Deutschland oft vorkam, um zu kneipen oder zwecks anderer Verirrungen, sondern um Sachen zu erlernen, die einem jeden Menschen teuer und heilig sind.

Direktor Martin mußte als preussischer Beamter die geheimen Verbindungen der Jünglinge verfolgen. Das versteht jeder recht gut und beschuldigt ihn deswegen auch nicht. Doch er begnügte sich damit nicht und ging weiter, denn er hat durch einen öffentlichen amtlichen Aufruf gefordert, daß die polnischen Schüler wegen der verbotenen Verbindungen seitens der Kollegen, Eltern oder anderer in die Sache eingeweihten Leute, sei es von Polen oder Deutschen, beobachtet und denunziert würden. Anders kann sein Aufruf nicht verstanden werden.

Wir wollen die Namen ändern und so sagen: ein Gymnasialdirektor in Rußland oder in Ungarn, ein Russe oder Magyar fordert öffentlich auf, ihm von den Gefühlen der Deutschen Anzeige zu erstatten, welche sich heimlich versammelten zwecks Erlernung der deutschen Sprache, Geschichte und deutscher Literatur, welche aus den russischen oder magyarischen Schulen ausgeschlossen sind. Welchen Namen würden die Deutschen einem solchen Pädagogen, einem solchen Führer der Jugend geben?

Obgleich Direktor Martin Protestant war, so wurde er doch in seiner Jugend durch den katholischen Geistlichen und polnischen Abgeordneten Respondek, einem geborenen Schlesier, unterstützt und er unterhielt ehemals Beziehungen mit polnischen Häusern. Man versichert sogar, daß er persönlich ein trefflicher Mensch war und sich früher von einer gewissen Gerechtigkeit leiten ließ, hauptsächlich beim Auslegen der Geschichte, wo man so schwer eine objektive Unparteilichkeit findet. Erst in den letzten Jahren hat man an ihm eine große Veränderung bemerkt. Der „vergiftete“ Geist der Jetztzeit hat auch sein Gemüt aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Nachfolger im Amte des Direktors Martin werden sich vielleicht noch einmal über einen Aufruf wundern, welchen er unterzeichnet hat, trotzdem er den elementaren Begriffen einer gesunden Pädagogik zuwiderlief.

Leider trüben Nebeneinflüsse, vor Menschengenossen verborgene Triebfedern, das sonst normale und gerechte Urteil.

Es ist sehr schade, daß wir dem verstorbenen Pädagogen nicht einen ebenso ehrenvollen Nachruf widmen konnten wie unseren früheren Professoren, deren Andenken wir trotz des Unterschiedes in der Nationalität und in der Religion dankbar im Herzen bewahrt haben.

Es ist der bestehenden Behörde gestattet, gewisse Erscheinungen, die ihr nicht gefallen, zu verbieten und zu strafen. Dura lex sed lex, und damit muß man

rechnen. Aber es ist auf die Gefahr hin, den Geist der Jugend zu vergiften und deren Begriffe zu verdrehen nicht gestattet aufzufordern, sich gegenseitig heimlich zu beobachten und zu denunzieren wegen Vergehen, die sich mit dem zeitweiligen geschriebenen Gesetze nicht vereinbaren, aber nicht schändlich sind, im Gegenteil von jedem edlen Menschen geschätzt werden. Die Anregung zu einer derartigen Denunziation ist ein pädagogisches Ungeheuer, das eines zivilisierten Menschen unwürdig ist, von einem gelehrten Mann, der beim Unterrichten der Jugend ergraut ist, garnicht zu reden!

Das sind Früchte des Systems!

Aus Nr. 17 der Praca (Posen)

vom 29. April 1906:

### Wolf und Lamm in der Fabel.

Von einem unserer Geistlichen erhalten wir nachstehendes:

Bekanntlich wollen die Berliner Geistlichen auf keinen Fall die polnischen Kinder für die ersten heiligen Sakramente in ihrer Muttersprache vorbereiten. Von einer Ansprache bei der heiligen Kommunion ist nicht die Rede. So sieht die Gerechtigkeit der Berliner deutschen Seelsorger aus.

Bei uns im Großherzogtum, in Sławie, hielt auf Wunsch des Bischofs Pfarrer Podkomorski an ein einzelnes Kind eine deutsche Ansprache, — in Schroda hält der Missionar Gaczynski für drei, sage und schreibe drei kommunizierende Kinder eine besondere Andacht ab und er richtet eine Ansprache in der Kultursprache an sie. Indes reicht dies den Schrodaer Deutschkatholiken nicht hin, — sie wollen die Kollegiatkirche zu ihrer Benutzung und alle Sonntage deutsche Bekanntmachungen haben.

Ein solcher Unterschied ist zwischen der deutschen und der polnischen Geistlichkeit, ein solcher Unterschied zwischen den Ansprüchen der Deutschkatholiken und den bescheidenen Wünschen der Polen.

Pfarrer . . . .

Aus Nr. 96 des Dziennik Poznański

vom 27. April 1906:

### Schulangelegenheiten.

Ist das wahr?

Aus der Stadt schreibt uns eine glaubwürdige Person:

Der geehrten Redaktion mache ich von einem für uns Polen traurigen Vorfall Mitteilung. Der Wirt Herr Andreas Szymanski aus Jankowo bei Schwerzenz meldete sein Söhnchen für das hiesige Friedrich-Wilhelms-Gymnasium an. Der Herr Direktor erklärte, er werde den Knaben aufnehmen, aber unter der Bedingung, daß er in einer deutschen Pension untergebracht wird. Der bekümmerte Vater war mit dieser Bedingung einverstanden. Der Herr Direktor wies den Vater an eine gewisse Frau Kort in der Kopernikusstraße. Dort ist es dem einzigen polnischen Knaben, der dazu schwach deutsch spricht, sehr unangenehm zu Mute. Wie wir hören, ist dieser Vorfall nicht vereinzelt, und er würde eine tiefere Prüfung erheischen.



Aus Nr. 97 des Dziennik Poznański  
vom 28. April 1906:

### Die polnische Sprache in den Posener Schulen.

Wir erhalten aus der Stadt die weitere Mitteilung, daß die Anträge betreffend die Erteilung des polnischen Sprachunterrichts in den Schulen ohne Erfolg bleiben.

Herr Josef Zygarski in Posen erhielt auf einen solchen Antrag vom Rektor der V. Stadtschule, Herrn Ziebe, die nachstehende kurze und bündige Antwort:  
(Rücküberetzung).

„Auf Ihr Schreiben vom 17. April 1906 teile ich Ihnen mit, daß in der Allerheiligen Schule kein polnischer Sprachunterricht erteilt wird.“

gez. Ziebe, Rektor.

Ähnlich hat auch Herr Franz Urbaniasz aus der St. Martinstraße 64 kein Resultat erzielt. Gleich nach den Ferien wandte er sich an den Rektor der IV. Stadtschule mit dem Antrage, daß seinem Sohne Alois, welcher die zweite Klasse besucht, der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt werde. Der Herr Rektor hat zwar den Antrag durchgesehen, hat ihn aber sofort dem Knaben ohne Berücksichtigung zurückgegeben.

Aus Nr. 98 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 29. April 1906:

### Die polnische Sprache in den Schulen des Großherzogtums Posen.

Immer mehr Dokumente erhalten wir, welche von der Geringschätzung des bekannten Ministerialerlasses zeugen, der die Erteilung von polnischem Sprachunterricht in einzelnen Abteilungen gestattet.

Sich jenen Erlaß vom 16. März 1894 zunutze machend, stellten Väter einer Schulgemeinde im Kreise Posen-Ost (aus leicht verständlichen Gründen nennen wir den Namen nicht) den Antrag, die Kinder zum polnischen Unterricht auf der Mittelstufe zuzulassen.

Zu diesen Anträgen verwendeten sie das bekannte Formular: „Ew. Wohlgeboren! Indem ich mich auf die Ministerialverfügung vom 16. März 1894 betreffend die Zulassung des Unterrichts der polnischen Sprache auf der Mittelstufe der Elementarschulen berufe, ersuche ich Sie als . . . . . d. . . . .  
ergebenst, d. . . . . selbe . . . . . an dem polnischen Unterricht teilnehmen lassen zu wollen.“

Achtungsvoll

Der Schulinspektor, Herr Brandenburger, hatte in früheren Jahren gleichlautende Anträge berücksichtigt. Doch was tut er in diesem Jahre? Er verfiel auf einen merkwürdigen Gedanken, der ein neuer Beitrag zu der Politik der Nadelstiche ist.

Dieser Tage erklärte der Lehrer in jener Ortschaft nämlich den Kindern, der Herr Schulinspektor gestatte nicht, polnischen Unterricht zu erteilen, weil in den Anträgen gesagt sei: „Unterricht in der polnischen Sprache“, während angeblich geschrieben werden solle: „Polnischer Lese- und Schreibunterricht“.

Es ist das höhere Logik und eine belohnenswerte Geistesstärke. Der Herr Kultusminister wird sich ohne Zweifel über die Denkfähigkeit seines Beamten freuen und ihn belohnen. Fürwahr, es bedarf großer Fertigkeit, um sich zu einem solchen Gedanken aufzuschwingen. Von Herrn Brandenburger können seine Kollegen lernen, die minder gelehrig sind in dem Placken der polnischen Bevölkerung.

Aus Nr. 93 des Wielkopolanin (Posen)  
vom 24. April 1906:

Głowno, den 20. April 1906.

Geehrte Redaktion: Uns interessiert hier eine gewisse Sache, für welche wir eine Erklärung nötig haben.

In unserem Dorfe Glowno bei Posen verwaltet der Pole Johann Wittowski, welcher zum Stellvertreter einen Sekretär, ebenfalls einen Polen hat, das Schulzen- und Standesamt. Früher wurden bei Geburtsanmeldungen die Namen der Mütter und der Neugeborenen neben den deutschen in polnischer Sprache mit der weiblichen Endung „ska“ eingetragen; seit einiger Zeit will man, ungeachtet der Proteste seitens der Männer und der Anmeldenden, nicht polnisch eintragen. Es wird z. B.: Jadwiga Popalska, J. Grajewska als Hedwig Popielski, H. Grajewski eingetragen usw. Wenn die Männer verlangen, daß ihre Frauen oder Kinder so eingetragen werden sollen, wie sie getauft worden seien, so antwortet Herr Wittowski darauf: Der Geistliche tauft lateinisch und ich trage preussisch ein! Wenn die Männer und Väter protestieren und schließlich ohne das Protokoll zu unterzeichnen davongehen, so hat es auch damit sein Ende! — Wir fragen also, darf die Behörde sich erlauben, den Namen des protestierenden Ehemannes, Vaters oder der Hebamme zu unterzeichnen? — In der Schule haben wir deklinieren gelernt: der, die, das, — in welchem Kopfe wurde nun das wunderliche Zeug ausgeheckt? der Mann, der Frau, der Kind.

Wir werden es nicht erlauben, daß man uns unsere schönsten, heiligen, polnischen Namen verdrehe und schände! Schande und Verachtung verdient jeder Pole, der mit seinen Schätzen schachert, damit schachert, was ihm das Teuerste sein müßte; der mit seinem Namen, seinem Eigentum schachert und schließlich seine Seele demjenigen abgibt, der darauf mit seinen Krallen wartet!

Im Namen der Väter und Mütter

Rozalia Terczewska, Hebamme.

Auf diesen Brief antworten wir, daß es nicht nötig ist, derartige Dokumente zu unterzeichnen, dagegen muß man sich bei der höheren Behörde darüber beschwerden. Es ist dies eine beschwerliche aber notwendige Sache, denn später werden infolge dieser falschen Eintragungen im Standesamts-Register die Namen in den späteren behördlichen Akten stets verdreht werden.

Aus Nr. 98 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 29. April 1906:

Kröben.

Auf dem hiesigen Marktplatz standen seit undenklichen Zeiten Heiligenfiguren, und zwar je eine an jeder Ecke. Im Laufe der Zeit verfaulten die hölzernen Säulen, auf denen die Heiligenfiguren angebracht waren, und sie stürzten um. Es fand sich niemand, der sie wieder aufgestellt hätte. Vor kurzem wurden auf einer Seite bei dem Eingang in die Stadt mit der Front nach dem Rathause durch freiwillige Gaben der hiesigen Parochianen zwei Figuren auf hohen gemauerten Unterfüßen ohne ersichtlichen künstlerischen Geschmack errichtet. Auf der entgegengesetzten Seite fehlen Figuren.

Nun fand sich ein Wohltäter, der auf eigene Kosten beide Figuren aufstellen wollte. Doch als die polizeiliche Genehmigung gefordert wurde, wurde die Wiederaufstellung der Figuren von dem hiesigen katholischen Bürgermeister „im öffentlichen Verkehrsinteresse“ nicht gestattet.



Die Figuren standen auf dem Marktplatz und waren vom öffentlichen Wege entfernt. In der Stadt gibt es keine Märkte, es liegt also nicht das mindeste Hindernis vor.

Die Personen, welche die Versagung eines so gottesfürchtigen Zwecks in der uralten polnisch-katholischen Stadt veranlaßt haben, haben fürwahr nicht zur Mehrung des Preises Gottes beigetragen.

Aus Nr. 96 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 27. April 1906:

#### Aus Neustadt bei Pinne

teilt man uns folgendes mit:

Hier hat sich eine Genossenschaft unter der Firma „Bank Ludowy, Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht“ gebildet. Sie beginnt ihre Tätigkeit mit dem 1. Mai 1906. Die Volksbank nimmt alle Sparbeträge von 1 Mark an als Deposit entgegen und zahlt von ihnen bei monatlicher Kündigung 3 $\frac{1}{2}$ %, bei vierteljährlicher 4 Prozent. Die Volksbank verleiht Geld auf Wechsel oder gegen sichere hypothekarische Unterlagen zu 5 Prozent. Das Bureau der Volksbank befindet sich in der Wohnung des Herrn A. Hoffmann, und ist einstweilen am Montag und Donnerstag von 1—3 Uhr nachmittags geöffnet.

Bank Ludowy, e. G. m. u. H.  
Dr. Blazejczyk. A. Hoffmann. J. Radomski.

Aus Nr. 92 des Lech (Gnesen)  
vom 25. April 1906:

Die Baugenossenschaft in Gnesen ist bereits in das Genossenschaftsregister eingetragen worden, sie wird demnächst ihre Tätigkeit beginnen. Zum Aufsichtsrate gehören u. a. die Herren Rechtsanwalt v. Szaniecki, Graf Zoltowski aus Niechanowo und der Baugewerksmeister L. Smielecki; im Vorstande befinden sich die Herren Spediteur Hoffmann und S. Olzewski.

Eine Genossenschaft, welche hauptsächlich die Aufgabe hat, sich um einen entsprechenden Saal für die hiesigen polnischen Vereine zu bemühen, ist sehr nötig, und wir hoffen, daß die begüterteren Bürger der Stadt und Umgegend ihr zahlreich beitreten werden, damit sie das Ziel, welches sie sich gesteckt hat, erreichen könnten.

Aus Nr. 100 der Gazeta Polska (Kösten)  
vom 2. Mai 1906:

Zu den bevorstehenden Wahlen für die Handwerkskammer bemerkt die Gazeta Polska u. a.:

Diese Wahlen sind für die Handwerker von großer Bedeutung. Die Handwerkskammer befaßt sich mit der Angelegenheit der Ausbildung der Lehrlinge, sie veranstaltet Meisterkurse, unterstützt die staatlichen Behörden durch die Zustellung von Nachrichten aus dem Gebiete des Handwerks; sie übt somit mittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung und verschiedene andere Angelegenheiten, welche das Handwerk betreffen, aus.

Möge daher keine Zünne, insbesondere die Zünnemeister, diese Angelegenheit vernachlässigen!

Bisher haben die Polen diese Wahlangelegenheit völlig gleichgültig traktiert und daher erklärt es sich auch, daß wir unter 30 Mitgliedern der Kammer nur acht Polen hatten. Überwiegend polnische Kreise werden

durch Deutsche und Juden vertreten. Ist das nicht ein offenkundiger Beweis unserer jüdischen Gleichgültigkeit? Es ist Zeit, Landsleute, mit ihr zu brechen!

Wählet nur Polen, sorget für Eure Interessen, denn weder die Deutschen noch die Juden werden die polnischen Handwerker verteidigen. Wählet fähige Leute, welche der deutschen Sprache mächtig sind, vor allem aber dreiste, energische Männer, die nicht nur Kopfnicker in der Kammer sein werden. Damit sich die Zahl der polnischen Vertreter erheblich vergrößere, müssen nur solche Kandidaten gewählt werden, welche durch das betreffende Komitee vorge schlagen worden sind.

Aus Nr. 100 der Gazeta Polska (Kösten)  
vom 2. Mai 1906:

#### Beigelegter Prozeß.

Seinerzeit haben wir in unserem Blatte die Namen aller derer aus Kösten veröffentlicht, die aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars ihrer Freude durch das Illuminieren Ausdruck verliehen hatten. Wir rügten damals diese „treu-ergebene“ Befundung des preussischen Loyalismus seitens der polnischen Handwerker und Kaufleute, und entsprechend der Ankündigung veröffentlichten wir sodann die Namen der Illuminatoren. Einer von ihnen fühlte sich augenscheinlich dadurch beleidigt und stellte gegen uns Strafantrag, worauf alsdann auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Verhöre vor dem Untersuchungsrichter stattfanden.

Solches geschah am Dienstag, den 10. April. Heute dagegen erhielten wir vom Ersten Staatsanwalt in Lissa die Nachricht, daß das gegen den Redakteur unseres Blattes eingeleitete Verfahren eingestellt worden sei, worüber wir uns sehr freuen. Augenscheinlich ist selbst der Staatsanwalt zu der Überzeugung gelangt, daß wir nichts Strafbares begangen haben, wenn wir die Namen derjenigen veröffentlichten, welche sich an den preussischen Festlichkeiten beteiligten.

#### Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 91 der Gazeta Torunska (Thorn)  
vom 22. April 1906:

#### Bauernfängerei

ist eine häßliche Sache, und sie wird nur von elenden Einzelpersonen betrieben, die ihre Taschen füllen wollen. Anständige Menschen meiden sorgfältig alles, was mit Bauernfängerei in Berührung steht, doch vor allen Dingen darf bei der Verteidigung unserer Nationalität keine Bauernfängerei getrieben werden.

Nicht überall wird in dieser Hinsicht genügend Vorsicht geübt. So lesen wir z. B. in einem der vom Strazverein unter das Volk geworfenen Aufrufe, daß der Strazverein eine jährliche Einnahme von  $\frac{1}{2}$  Million Mark haben könne, und dann heißt es wörtlich: „Welche Vorteile hat daher der Arbeiter vom Strazverein zu erwarten? Wenn er erkrankt, wenn er arbeitslos ist, wenn er einen Prozeß oder einen Konflikt mit den Behörden hat, wenn er etwas beginnen will, aber kein Geld dazu hat, dann möge er sich an seinen Kommissar des Strazvereins wenden. Sobald der Kommissar ihn empfiehlt, wird er Hilfe und Unterstützung erhalten, wird er einen Rechtsanwalt bekommen, der ihn kostenfrei belehren wird. Schon heute hilft der Strazverein, soweit seine Kräfte reichen.



Nun haben sich Leute behufs Erlangung von Geld an ihre Kommissare des Strazvereins gewendet, und da sie es nicht erhalten haben, verdächtigten sie die Kommissare des Mangels an Wohlwollen, ja geradezu der Unehrlichkeit, der Unterschlagung der für die Bittsteller bestimmten Gelder.

Um den Glauben an die Kapitalien des Strazvereins zu stärken, wurde neuerdings veröffentlicht, daß der Vorsitzende des Strazvereins, Herr v. Koscielski, dem Strazverein 50 000 Mark geschenkt hätte.

Diese Nachricht hat der Drendownik sofort bestritten, indem er ausführte, daß Herr v. Koscielski dem Strazverein 50 000 Mark leihen wollte, wenn andere sichere Bürger ihm für diese Summe Sicherheit leisteten.

Ein anderes Posener (polnisches) Blatt schreibt in dieser Angelegenheit:

„Einige Blätter haben die Nachricht gebracht, daß Herr Joseph v. Koscielski die Absicht habe, dem Strazverein 50 000 Mark zur Unterstützung des polnischen Gewerbes geben zu wollen.“ Demgegenüber bemerkt der Drendownik, daß Herr v. Koscielski diese Summe geben wolle, doch solle ihm eine Reihe von Bürgern dafür Sicherheit leisten. Die Erklärung des Drendownik können wir insofern ergänzen, daß auf Grund der Sicherheitsleistung einer ganzen Reihe von Bürgern jede Bank nicht nur 50 000, sondern 100 000 Mark zur Unterstützung des polnischen Handels und Gewerbes hergeben würde. Anstatt sich immer und ewig nach begüterten Einzelpersonen umzusehen, wäre es besser, wenn die ganze polnische Volksgesamtheit **eine große Bank für Handel und Gewerbe** gründen würde. Dieser Gedanke, der vor ungefähr 1½ Jahren von einigen hervorragenden Männern aufgeworfen wurde, hat seine Ausführung dem Strazverein überlassen, der die Pflicht auf sich genommen hat, die polnische Volksgesamtheit in politischer und materieller Hinsicht zu retten.

In seinen zu Anfang sehr prahlerischen Aufrufen hat der Vorstand des Strazvereins verkündet, daß er den Handwerkern, Kaufleuten, Landwirten usw. Unterstützung gewähren werde; dieser und jener begab sich, angeregt durch die Aufrufe, in das Bureau des Strazvereins, um eine Unterstützung oder Geld geliehen zu erhalten, doch er wurde mit leeren Händen abgefertigt; und das ist auch garnicht verwunderlich, denn woher soll der Strazverein die Gelder hernehmen, um alles das in den Aufrufen Versprochene zu erfüllen?

Von den Mitgliedsbeiträgen müssen die Kosten für das Bureau, für den Sekretär, für die vielen Druckfachen, für Reisen usw. gedeckt werden; es kann also keine Rede davon sein, daß die Kasse des Strazvereins schon jetzt oder in kurzer Zeit den Handwerkern Unterstützung wird gewähren können. Allerdings hätte der Vorstand nicht Versprechungen machen sollen, die zu halten die Kräfte und Mittel des Strazvereins übersteigen.

Angeichts dieser Sachlage mußte man **die Gründung einer Bank für den polnischen Handel und das polnische Gewerbe gründlich erwägen**, die unseren Kaufleuten und Handwerkern Kredit gegen niedrigen Zinsfuß gewähren solle. Wenn man in Betracht zieht, daß die Banken für verliehenes Geld 6 Prozent, die Juden und Wucherer gar 10 und 12 Prozent nehmen, so muß man sich durchaus bemühen, dem polnischen Gewerbetreibenden einen billigen Kredit zu 2 oder 3 Prozent zu verschaffen, und ihm auf längere Zeit bequeme Zahlungsbedingungen einzuräumen.

Nach unserer Kenntnis ist für die ganze Übertreibung in der Strazvereinsangelegenheit nicht der Vorstand sondern die Organisationskommission, und

im besonderen deren Vorsitzender, **Herr Karl v. Rzepecki, der Direktor der Praca, verantwortlich.**

Aus Nr. 92 des Lech (Gnesen)  
vom 2. Mai 1906:

### Bauernfängerei

nennt die Gazeta Torunska die prahlerischen Ankündigungen der „Straz“ über die Unterstützungen usw. Wenn wir auch zugeben, daß die „Straz“ hier in gutem Sinne wirkt, so sind wir doch gezwungen, zu bekennen, daß sie Sachen versprochen hat, die sie niemals wird erfüllen können. Ihre Aufrufe waren nach dem Muster jüdischer Reklame zugeschnitten und werden noch viel böses Blut machen.

Aus Nr. 94 der Gazeta Torunska (Thorn)  
vom 26. April 1906:

über den

### Strazverein

lesen wir im Gnesener Lech:

„Bauernfängerei nennt die Gazeta Torunska die prahlerischen Versprechungen des Strazvereins über die Unterstützungen usw. Wenn wir auch zugeben, daß der Strazverein hier im guten Glauben gehandelt hat, so sind wir doch gezwungen zu erklären, daß er Sachen versprochen hat, die er niemals wird halten können. Seine Aufrufe nähern sich der jüdischen Reklame und werden noch viel böses Blut erregen.“

Soviel der Gnesener Lech. Wir haben schon einmal ausgeführt, daß nach der uns zugegangenen Information für die Aufrufe des Strazvereins nicht der Vorstand, sondern der garnicht dem Vorstande angehörende Vorsitzende der Organisationskommission, Herr Karl von Rzepecki, verantwortlich sei, in dem sich das Schreiertum des Bauernadels, der nach dem Willen des Herrn Wojewoden spricht, mit französischer Großprahlerie vereinigt, ohne weder nach den Mitteln zur Ausführung der Versprechungen, noch nach den Folgen zu fragen, sondern der sich mit dem Widerhall und den Augenblickserfolgen begnügt. Herr von Rzepecki verdankt seinem französischen Temperament, daß ihm verschiedene Posener Wojewoden den Vorzug vor dem Rest des örtlichen Bauernadels geben, denn mit seiner Hilfe werden sie nicht nur Heerführer (hetmany), sondern sie beherrschen sogar verschiedene Finanzinstitute und streichen fette Gehälter und Tantiemen ein. Nur in der Bank Parcelachynj ist ihm dieses Kunststück nicht gelungen, denn der Bauernadel ist sehr ungeschickt vorgegangen und hat sich und verschiedene Wojewoden kompromittiert. Als derselbe Bauernadel die Sache in der Bank Parcelachynj verspielt hatte, der Bauernadel, der sich vornehmlich aus verschiedenen Genies ohne Portefeuille zusammensetzt, aus Rechtsanwälten ohne Klienten, aus Ärzten ohne Patienten, die auf dem Posener Straßenpflaster sitzen, ohne sich in der Provinz eine Existenz und eine soziale Stellung erringen zu müssen, umgab er den neuen Strazverein mit seiner Fürsorge, um ihn gewissermaßen zu einer **Nationalregierung** umzuarbeiten und die ganze Polonia im preußischen Anteil und der preußischen Emigration zu regieren.

**Ob es dem Strazverein nicht schließlich gelingen wird, sich von dem Einflusse verschiedener Ausbeuter des Patriotismus zu befreien?** Das Interesse der Volksgesamtheit und des Strazvereins selbst würde das unbedingt erfordern.



## Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 50 des Polak (Kattowitz)

vom 26. April 1906:

### Aufruf.

Brüder Arbeiter!

Kameraden! Die Uneinigkeit, die noch vor kurzer Zeit unter uns geherrscht hat, und die Zwistigkeiten, die uns trennten, haben aufgehört, die aufgeregten Gemüter haben sich besänftigt, die Gegensätze in unserer Volksgeamtheit verschwinden, die politischen Anschauungen nähern sich langsam einander, und man darf hoffen, daß der Friede in unserem Lager für immer festen Fuß fassen wird. Der Sturm, durch den unsere Organisation leider am meisten gelitten hat, ist vorübergegangen. Jetzt ist es unsere Aufgabe, den von diesem Sturm angerichteten Schaden wieder gutzumachen, woran wir uns mit Eifer wieder herannachen müssen. Die Lage der Arbeiter hat sich fast gar nicht gebessert, das sehen wir z. B. an dem neuen Berggesetz, an der Knappschaftsreform, über welche gegenwärtig im preussischen Landtag Verhandlungen schweben, deren Verlauf kein glänzendes Ergebnis verspricht, und an Gesetzen anderer Art.

Die Bergleute fordern noch mehr Verbesserungen, denn es ist noch sehr viel zu bessern.

Das umfangreiche und weite Feld der Zustände in den Hütten läßt noch viel zu wünschen übrig, was die Arbeiter in den Hütten, in den Zink-, Kupfer- und anderen Werken sehr gut wissen.

Nachdem jetzt der Friede unter uns plaggegriffen, dürfen wir uns nicht länger zurückziehen und eine so wichtige Pflicht vernachlässigen, von der uns nichts zu befreien vermag, wir müssen uns vielmehr die Verbesserung unserer Organisation angelegen sein lassen, die mit so vielen offenen und geheimen Feinden und Gegnern kämpfen muß. Sehr viele Mitglieder wünschen die Einführung von Reformen im Verbands, Verbesserungen und vervollkommnungen in der Organisation. Sehr gut, wir sind damit einverstanden, und der Vorstand befaßt sich augenblicklich schon mit einer Änderung der bisherigen Verbandsstatuten; man muß aber wissen, daß zur Durchführung dieser Verbesserungen entsprechende Fonds notwendig sind, die gegenwärtig nicht genügend vorhanden sind, denn bei einer so spärlichen Zahl von Mitgliedern und bei so kleinen Monatsbeiträgen kann man vom Verbands keine außerordentlichen Kraftanstrengungen verlangen. Zur Schaffung entsprechender Geldfonds für die Streik- und Arbeitslosenkasse, zur Deckung der Verlags- und Unterhaltungskosten eines eigenen Verbandsorgans ist durchaus eine bedeutend größere Mitgliederzahl und ein größerer Beitrag notwendig, ein Beitrag, wie ihn die Mitglieder in anderen Organisationen zahlen, in denen die Wochenbeiträge ebensoviel oder mehr betragen, als in unserem Verbands die Monatsbeiträge. Der Hinweis auf die besseren Einrichtungen in uns fremden Organisationen und auf die Einführung solcher in unserem Verbands ist zwecklos, wenn nicht jeder unserer polnischen Arbeiter in Oberschlesien mit Lust und Aufopferung zugunsten unserer guten Sache ans Werk geht. Nur mehr Lust und Liebe, Verständnis und Aufopferung für die so wichtige Angelegenheit ist bei unseren Arbeitern nötig, und es wird nicht lange dauern, so werden wir allen anderen deutschen Verbänden

gleichkommen, ja wir werden sie sogar übertreffen. Fort also mit der Nachlässigkeit, Saumlässigkeit und Schläfrigkeit, die zur Vergrößerung unseres Mißgeschicks beitragen. Wir alle empfinden deutlich und schmerzlich dieses unser Mißgeschick, und wer hat sich bisher unser erbarmt? Wer hat uns die Hand gereicht, um uns aus diesem Abgrund emporzuhelfen? Niemand! Nach wem sollen wir uns umsehen, daß er uns zu Hilfe herbeispringe? Die Antwort ist sehr einfach: Hilf dir selbst, und Gott wird dir helfen! Wozu sollen wir uns nach anderen Organisationen umsehen, deren Leiter unsere Arbeiter nur an sich ziehen und locken, nicht um ihnen zu helfen, sondern um sie auszubeuten. Wozu brauchen wir uns in deutsche Organisationen, sei es in den Bochumer, Hirsch-Dünckerischen oder Berliner Verband hineinzudrängen und ihnen mit unserem Gelde Dienste zu erweisen? Wir wissen es ja aus täglicher Erfahrung, wie uns die Deutschen lieben, denn wir empfinden das an unserer eigenen Haut, wir sollten daher aus eigener Erfahrung wissen, was wir von ihnen zu hoffen haben.

Als katholische und polnisch-oberschlesische Arbeiter mußten wir uns sowohl von solchen Verbänden fernhalten, wie der Bochumer und Hirsch-Dünckerische Verband sind, die nicht christlich sind, aber ebenso auch von dem Berliner Verbands, der deutsch ist und danach strebt, die bis jetzt noch unaufgeklärten Arbeiter, wie schon vordem gesagt wurde, für seine eigenen politischen Zwecke zu verwenden, um sie vor den Wagen des deutsch-katholischen Klerikalismus zu spannen. Nach so langen Dienstleistungen, für die wir als Belohnung einen Fußtritt erhielten, ist es höchste Zeit, daß wir uns auf unsere eigenen Füße stellen. Wir sehen heute die Folgen unserer Dienstfertigkeit, denn wir dürfen nicht einmal zur Agitation für unsere Organisation Versammlungen veranstalten, während der Berliner Verband daraus Nutzen zieht und in Versammlungen durch seine Agitatoren das Ansehen unseres Verbandes durch Verkündigung verdreht, erdachter und unwahrer Tatsachen bei den Arbeitern untergräbt und sie auf die gemeinste Art auf den Leim zu führen sucht, indem er ihnen goldene Berge verspricht.

Arbeiter! Wozu sollen wir in den Berliner Verband gehen und Hilfe in Berlin suchen, woher man überhaupt nichts Gutes erwarten darf, wenn wir diese Hilfe bei der Hand haben? Der Seine zum Seinen! Der Berliner Verband ist nicht für uns, und wir sind nicht für ihn.

Wie sollen wir auf ihn Rücksicht nehmen und ihm Vertrauen entgegenbringen, wenn sogar deutsche Katholiken zu ihm kein Vertrauen hegen, da sie von ihm nicht mehr Tausende oder Hunderten, sondern zu ganzen Tausenden abfallen, weil er ihnen nicht bequem ist. Wenn dem so ist, so ist er um so weniger für uns geeignet. Drum fort mit dem Berliner Verbands. Auf den von Agitatoren des Berliner Verbandes gegen unseren Verband erhobenen Vorwurf, daß er sich nicht um die religiöse Bildung seiner Mitglieder kümmert, können wir ruhig antworten, daß dies nicht Pflicht des Verbandes, einer Berufsorganisation ist, die sich ebenso wenig mit religiösen, wie mit politischen Angelegenheiten befaßt, denn das ist die Aufgabe der heiligen Kirche und ihrer Diener, der Geistlichkeit. Der Berliner Verband kann dem Verbands gegenseitiger Hilfe nicht den Vorwurf machen, daß er unchristlich sei, denn unser Verband ruht auf dem Fundament christlicher Grundsätze im Sinne der



Enzyklika des verstorbenen hl. Vaters Leo XIII. vom 15. Mai 1891, und zu seinen Gründern gehörte der frühzeitig verstorbene und unvergessliche Herr Pfarrer Bonezek aus Beuthen, der als Priester nichts schlechter ist, als die Protektoren des Berliner Verbandes, und darum sind auch die Mitglieder des Verbandes gegenseitiger Hilfe durchaus keine schlechteren Katholiken als die des Berliner Verbandes.

Wir haben unsere eigene Organisation, an ihr laßt uns festhalten, ihr schließen wir uns an, sie unterstützen wir mit allen Kräften, ohne uns nach den Vorteilen uns fremder Organisationen umzusehen. Euer in fremde Verbände gezahltes Geld möge von jetzt ab, Brüder Arbeiter, dem „Verbande gegenseitiger Hilfe“ zufließen, ihm schließt Euch an, in ihn laßt Euch eintragen, in ihm schließt Euch zusammen, und Ihr werdet es nicht bedauern, denn wir werden stark und mächtig werden, und wir werden der Welt zeigen, daß wir uns ohne fremde Hilfe zu regieren verstehen.

Wir wollen hier nicht alle Vorteile aufzählen, die Euch der Verband bieten kann, wie dies z. B. der Berliner Verband tut, wenn er seine Vorteile mit denen des Verbandes gegenseitiger Hilfe vergleicht; denn es hängt allein von Euch ab, wie Ihr Euch in Zukunft der Organisation anschließen werdet, wir können Euch aber versichern, daß Ihr, wenn Ihr aufrichtig und eifrig für sie eintreten werdet, in kurzer Zeit die Vorteile unserer gemeinsamen Arbeit kennen lernen werdet.

Uns alle drückt das Mißgeschick, daher müssen wir auch alle an seiner Besserung mitarbeiten. Die Zeit ist gekommen, wo wir unsere Lebensinteressen verteidigen müßten und nicht eher ruhen dürften, bis es uns gelingt, alle von unserem Gelde und Schweiß fett werdenden Schmaroher irgend eines, sei es des Bochumer, Kirsch-Dunkerschens oder Berliner Verbandes, zu verdrängen.

Wir können zur Ausbreitung unserer Organisation Versammlungen nicht veranstalten, weil man nirgends einen Saal bekommen kann. Die vielgepriesene preussische Freiheit knebelt uns, so daß wir uns nicht frei bewegen können. Alle anderen dürfen über ihr Los beratschlagen, sogar die Sozialdemokraten erfahren nicht soviel Unannehmlichkeiten bei der Veranstaltung ihrer Versammlungen, nur uns polnischen Arbeitern ist die Abhaltung von Versammlungen verboten. Gegenüber einer so schreienden Ungerechtigkeit müssen wir in anderer Weise unseren Schutz suchen. Mögen unsere Mitglieder bei jeder Gelegenheit ihre Mitbrüder zum Beitritt in die Organisation, zum Zusammenschluß ermuntern, mögen sie eifrige Förderer unseres Verbandes werden, und ebenso müßte jeder in den Verband neu aufgenommene Arbeiter das Gleiche tun, und die Arbeit wird nicht vergeblich sein. Trotz unserer Knebelung werden wir imstande sein, an die Oberfläche zu gelangen. Vorwärts also ans Werk. Helfen wir uns selbst, wie wir es vermögen, und auch Gott wird uns seine Hilfe nicht verjagen.

Der Vorstand  
des Verbandes gegenseitiger Hilfe  
für christliche Arbeiter in Oberschlesien.

Krolif.

Aus Nr. 94 des Gornoślazak (Kattowitz)

vom 26. April 1906:

### In Sachen der Herren Czapliski und Korfanty.

In der Dienstagnummer unseres Blattes brachten wir aus journalistischer Pflicht ein Schreiben des uns durch seine bürgerliche Rechtsschaffenheit allgemein bekannten Herrn Vinzent Czapliski ohne jeglichen Vorbehalt von unserer Seite. Herr Adalbert Korfanty, ebenfalls ein allgemein bekannter Bürger aus Kattowitz, übersandte uns als Erwiderung für Herrn Czapliski nachstehende Berichtigung, die wir ebenfalls aus journalistischer Pflicht ohne jegliche Änderungen wiedergeben. Wir bemerken ausdrücklich, daß sich die Redaktion des Gornoślazak an dieser unter polnischen Kaufleuten entstandenen Polemik nicht beteiligt. Die Berichtigung lautet wie folgt:

1. Es ist nicht wahr, daß mir jemand mitgeteilt hat, Herr Vinzent Czapliski stehe zu dem gegen mich und mein Blatt Polak gerichteten Artikel des Postemp in keiner Beziehung. Dagegen ist es wahr, daß Herr Czapliski in der Stadt herumgegangen sei und gedroht habe, daß er mich im Postemp angreifen werde.

2. Es ist nicht wahr, daß meine Frau jemals Verkäuferin bei Barasch in Beuthen gewesen ist. Dagegen ist es wahr, daß meine Frau nirgends und nie Verkäuferin war.

3. Es ist nicht wahr, daß meine Frau die polnische Sprache nicht gekannt hat. Dagegen ist es wahr, daß sie im Elternhause polnisch sprach, wofür der beste Beweis das ist, daß ihr Vater die deutsche Sprache überhaupt nicht kennt.

So viel Herr Korfanty.

Aus Nr. 98 des Gornoślazak (Kattowitz)

vom 1. Mai 1906:

### In Sachen des Herrn Korfanty

und des Herrn Czapliski erhalten wir von Herrn Czapliski nachstehendes Schreiben mit der Bitte, es zu veröffentlichen:

1. Es ist nicht richtig, daß die Herren Siemianowski, Direktor Szyperski und Malolepszy Herrn Korfanty darauf hingewiesen hätten, er habe unrecht gehandelt, daß er die Prämien für seine Leser im Warenhause der Gebrüder Barasch ausgestellt habe.

2. Es ist ferner nicht wahr, daß ich in der Stadt umhergegangen sei und die Drohung ausgesprochen hätte, daß ich Herrn Korfanty im Postemp angreifen werde. Ich sagte nur im Geschäft des Herrn Malczewski, daß es sich lohnen würde, das nichtpolnische Verhalten des polnischen Abgeordneten im Dziennik Poznański zur Sprache zu bringen.

3. Die Behauptung des Herrn Korfanty, meine Frau sei nie und nirgends Verkäuferin gewesen, entspricht nicht der Wahrheit. Ich war persönlich in der Firma der Gebrüder Taterka in Beuthen, welche erklärten, daß Frau Korfanty, frühere Elise Sprot, in ihrem Geschäft 2 Jahre beschäftigt worden sei. Nach Aufgabe dieser Stellung habe sie die Stelle einer Verkäuferin bei den Gebrüdern Barasch in Beuthen angenommen, was mir diese Firma telephonisch bestätigt hat.

Ich wundere mich daher sehr, wie Herr Korfanty den Mut haben konnte, etwas unwahr zu nennen, was hier allgemein bekannt ist. Ich be-



merke ausdrücklich, daß ich darin nichts Schlimmes erblicke, wenn die Frau eines Bürgers einst Verkäuferin war, denn auch meine Frau war Verkäuferin. Indem ich meine Frau mit der des Herrn Abgeordneten verglich, dachte ich gar nicht daran, daß sich der Herr Abgeordnete Korfanty durch diesen Vergleich beleidigt fühlen könnte.

Ich behauptete nie, daß die Frau des Herrn Korfanty die polnische Sprache nicht gekannt habe, dagegen ist es wahr, daß sie früher, als sie im Vienhabertheater eines gewissen deutschen Vereins in Boguskius auftrat, als Deutsche galt.

Vinzent Czapliski.

Aus Nr. 98 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 1. Mai 1906:

### In Sachen unseres Redakteurs Piechulek

halten wir es für angemessen, folgendes zu veröffentlichen:

Im Pöjener Postemp wurde Herr Korfanty deswegen gerügt, weil er für seine Leser im Warenhaufe der Gebrüder Barasch in Kattowitz Preise ausgestellt hatte. Infolgedessen geriet Herr Korfanty in großen Zorn und brachte in seinem Polak einen Artikel, in welchem er u. a. dem Kaufmann Herrn Czapliski aus Kattowitz den Vorwurf macht, daß er der Informator des Postemp gewesen sei. Er beleidigte ihn schwer, indem er ihm vorwarf, er sei Pole unter Polen und Deutscher unter Deutschen. Auch der Frau des Herrn Czapliski hält er vor, daß sie eine Deutsche sei.

Herr Czapliski fühlte sich durch diesen Artikel verletzt, und er kam in unsere Redaktion mit der Bitte, einen Brief zur eigenen Abwehr zu veröffentlichen. Er unterzeichnete diesen Brief mit seinem Namen und nahm auf diese Weise die ganze Verantwortung auf sich. Der Brief des Herrn Czapliski ist unseren Lesern bekannt, und wir brauchen ihn nicht noch einmal zu wiederholen. Wir greifen nur den letzten Abschnitt aus seinem Briefe heraus, in welchem er einen Vergleich zwischen seiner Frau und der des Herrn Korfanty zieht. Er bemerkt dort, daß seine und Herrn Korfanty's Frau Oberfleisierinnen seien, und er stellt zugleich fest, daß sie, bevor sie heirateten, ihr Brot selbst verdient hätten. Dieser letzte Abschnitt versetzte Herrn Korfanty in die äußerste Wut, obgleich darin kein nächstern denkender Mensch eine Entehrung für jene Damen erblickt. Herr Korfanty ist doch Demokrat, d. h. er macht keinen Unterschied zwischen Leuten physischer Arbeit und solchen, die mit dem Geist tätig sind. Nach seinem Verhalten führt jedoch Herr Korfanty seinen Demokratismus nur im Munde, in Wirklichkeit aber hegt er in seinem Herzen gegen Leute physischer Arbeit augenscheinlich Verachtung. Denn wenn dem so nicht wäre, würde er über den Redakteur Herrn Piechulek nicht in so heftigen Zorn geraten sein, weil er den Brief des Herrn Czapliski im Gornoslazak hat veröffentlichen lassen.

Pflicht eines jeden Redakteurs ist es zu erlauben, daß sich zu Unrecht Angegriffene in ihrem Blatte verteidigen, ungeachtet dessen, ob der Angegriffene ein Arbeiter, ein Reicher oder ein Edelmann ist.

Was tut aber Herr Korfanty? Anstatt sich zu freuen, daß seine Frau einst ihr Brot selbst verdient hat, geriet er in eine solche Wut, daß er alles Gleichgewicht verlor und in unerhörter und brutaler Weise unseren Redakteur, Herrn Piechulek, überfiel. Sofort nach dem Erscheinen der Nummer des Gornoslazak, in welcher der Brief des Herrn Czapliski veröffentlicht war, rennt er wie ein Wahnsinniger in einen Laden

und kauft eine Hundepeitsche, wie sie die Radfahrer zur Vertreibung von sie belästigenden Leuten und Hunden verwenden, und er läuft in die Redaktion des Gornoslazak, um Herrn Piechulek durchzuprügeln, wie er sich vor den Deutschen rühmte; wofür aber? Deshalb, weil er einen unschuldig Angegriffenen in Schutz nahm und ihm die Spalten seines Blattes zur Verfügung stellte.

Er traf Herrn Piechulek in seinem Bureau in Gesellschaft seiner Mitarbeiter aus der Expedition an. Als er den Wunsch äußerte, er wolle mit Herrn Piechulek unter vier Augen reden, bat ihn Herr Piechulek in seine Privatwohnung, die sich im Vorderhause befindet, wo die Redaktion des Gornoslazak untergebracht ist. Dort stellte Herr Korfanty die Forderung, Herr Piechulek solle seiner Frau öffentlich Abbitte leisten. Herr Piechulek lehnte dies jedoch ab, und zwar aus zwei Gründen, erstens weil die Verantwortung für den Brief Herr Czapliski übernommen und ihn mit seinem Namen unterzeichnet hatte, zweitens weil der Brief keine Beleidigung der Frau des Herrn Korfanty enthält. In seinem Eigendünkel war aber Herr Korfanty damit nicht zufrieden, sondern er zog plötzlich jene Hundepeitsche aus der Tasche und schlug Herrn Piechulek auf den Rücken. Durch den unerhofften Überfall überrascht, gelang es Herrn Piechulek nicht mehr, Herrn Korfanty für seinen brutalen Überfall gebührend zu strafen, weil Herr Korfanty den Umstand benützte, daß die Tür offen stand und sofort entfloh.

Herr Piechulek ergriff ein daliegenes Buch, lief Herrn Korfanty nach und warf ihm, da er ihn nicht mehr einholen konnte, das Buch zweimal an den Kopf. Herrn Korfanty überkam plötzlich ein solcher Mut, daß er sogar noch auf der Straße so schnell lief, daß er die Aufmerksamkeit zahlreicher Vorübergehenden auf sich lenkte.

Wir haben nicht Worte genug, um diesen so unerhörten Überfall gebührend zu verurteilen. Herr Korfanty hat in der Person des Herrn Piechulek auch unsere Leser beleidigt, und sie werden wohl einstimmig seine Tat verurteilen. Herr Piechulek wird diese Gelegenheit nicht ungeküht lassen, und was sich daraus ergeben wird, werden wir unseren Lesern mitteilen. Wir hätten die Sache nicht öffentlich zur Sprache gebracht, wenn sie Herr Korfanty nicht selbst polnischen und deutschen Blättern hinterbracht und wenn er sich seiner nichtswürdigen Tat nicht noch gerühmt hätte.

Aus Nr. 94 des Dziennik Śląski (Bentzen D.-S.)

vom 25. April 1906:

### Der Sokolverein in Kattowitz

Ist wiederum ohne Obdach. Seit längerer Zeit hielt er seine Versammlungen und Turnstunden in einem Lokale ab, in welchem sich vordem eine Werkstatt befand. Am verflossenen Sonntag sollte dort die Monatsversammlung dieses Vereins stattfinden. Bevor aber die Versammlung eröffnet wurde, trat an den Vorsitzenden des Sokolvereins, Kameraden Szyperski, Direktor der Kattowitzer Volksbank, der Polizeikommissar Herndt aus Kattowitz heran und erklärte ihm, daß er auf unbeschränkte Zeit die weiteren Versammlungen und Turnstunden des Sokolvereins suspendiere, weil das Lokal den baupolizeilichen Vorschriften nicht entspreche.

So ist also der Kattowitzer Sokolverein wiederum des Daches und des Raumes beraubt, in welchem er Versammlungen veranstalten und seinen Geist an nützlichen Vorträgen stärken konnte. Daher dürfen Ver-



sammlungen des Rattowitzer Turnvereins „Sokol“ sowie des „Geselligen Zirkels“ und der „Frauenbibliothek“ in dem bisherigen Lokale nicht mehr stattfinden. Traurige und schwere Zeiten. Die Vögelin haben ihre Nester, die Tiere ihre Lagerstätten, nur wir Polen, wir Oberschlesier, wissen nicht, wo wir unsere Häupter hinlegen sollen, wiewohl wir auf unserem eigenen polnischen Boden wohnen. Nichtsdestoweniger lasse, liebe Sokolschar, den Mut nicht sinken. Es naht der Sommer und mit ihm die schönen zu Ausflügen einladenden Tage. Wenn wir nicht Versammlungen abhalten können, so laßt uns gemeinsame Ausflüge unternehmen, denn das steht uns doch frei. Belehren wir uns gegenseitig über die nationalen Pflichten und so Gott will, werden auch diese schweren Zeiten vorübergehen.

Aus Nr. 95 des Gornoslazak (Rattowitz)  
vom 27. April 1906:

Katibor.

In der letzten Stadtverordnetenitzung wurde hier sehr viel von der deutschen und germanischen Bibliothek gesprochen, welche die Stadt zu gründen beabsichtigt. Der Magistrat forderte zu diesem Zwecke vorläufig 1000 Mark, die auch bewilligt wurden. Es wurde ferner beschlossen, eine aus dem Herrn Pfarrer Bresler aus Altdorf, Pastor Pohl, Rabbiner Dienemann und noch anderen Herren zusammengesetzte Kommission zu wählen, welche die Bücher auf ihren Inhalt hin prüfen soll. In diese Kommission wurde ein katholischer Geistlicher ausersehen, um, wie gesagt wurde, die Waffe denjenigen aus der Hand zu nehmen, die gegen solche Bibliotheken deshalb vorgehen, weil diese das Deutschtum fördern. Der katholische Geistliche soll also eine Art Lockspeise für das Volk sein! Ein Geistlicher soll an der Bibliothek angestellt werden, damit das Volk zu der Bibliothek und zu der aus ihr entspringenden Germanisierung Vertrauen hätte. Das ist keine große Klugheit, denn die Geistlichen wurden schon wiederholt zu solchen Zwecken mißbraucht. Wir werden aber die für das polnische Volk bestimmten deutschen Bibliotheken weiter bekämpfen, ohne Rücksicht darauf, ob dort ein Geistlicher ist oder nicht. Wir bekämpfen die Germanisation, nicht etwa etwas anderes, Germanisation wird aber von deutschen Bibliotheken stets ausgehen, sogar dann, wenn bei jeder solcher Bibliothek 100 Geistliche, Pastoren und Rabbiner wären.

Aus Nr. 95 des Gornoslazak (Rattowitz)  
vom 27. April 1906:

Sohrau.

In allen polnischen Anteilen des Deutschen Reichs kann man Klagen hören und sie in Blättern lesen. Die Leute klagen über Germanisierung, die dann am schlimmsten ist, wenn sie sich in unsere Gotteshäuser einschleicht. Es scheint, als ob der krenzritterliche Geist alle Kräfte aufböte, um die polnische Bevölkerung zu germanisieren. Dagegen müssen wir uns wehren. In einem unserer Nachbardörfer vertrat ein emeritierter Pfarrer den kranken Ortspfarrer. Dieser stellvertretende Pfarrer sagte an einem Sonntage nach der Andacht vom Altare aus zum Volke etwa Folgendes: Ich bin von Geburt ein Deutscher, ich hatte aber das Glück, eure Sprache zu erlernen und seitdem liebe ich sie. Ich war auch schon in verschiedenen Kirchen und Gegenden, niemals aber hörte ich so schönen Gesang wie bei Euch. Blutenden Herzens muß ich Euch aber sagen, daß eine Zeit kommen wird, wo dieser Euer schöne polnische Gesang in den Kirchen verstummen wird. — So sprach dieser Priester, und diese Worte fallen mir ein, so oft ich an uns Sohrauer denke.

In keiner Parochie nämlich hat das Deutschtum eine so gute Ernte wie bei uns in Sohrau. Seit undenklichen Zeiten wurden die Passionen am Palmsonntag und Karfreitag polnisch gesungen. Im verflossenen Jahre wurde dieser unser schöne Brauch kassiert. Wir dachten, daß in diesem Jahre diese Gewohnheit erneut werden wird, wir täuschten uns aber. Gern hätten Bürger die Rolle von Sängern übernommen, weil die Lehrer nicht mehr singen wollten.

In diesem Jahre fand bei uns auch zum ersten Male eine deutsche Predigt am Karfreitag statt, obgleich man hier die ersten Deutschen an den Fingern zählen könnte. Daher verließen auch die Polen, besonders die Männer, scharenweise das Gotteshaus vor Beginn der deutschen Predigt. — Ehre gebührt Euch dafür, denn Ihr habt gezeigt, daß Ihr des Deutschtums schon satt seid. Im verflossenen Jahre bestand bei uns auch noch die gerechte Gewohnheit, daß während der Frühmesse mit dem Priester für die Seelen im Jenseiter an den Sonntagen abwechselnd polnisch und deutsch gebetet wurde; jetzt wird nur noch deutsch gebetet. — Hier ist auch kein Vorsänger vorhanden, wie in allen anderen Kirchen; wenn also bei uns nach der Frühmesse nicht Stundengebete verrichtet würden, so wäre es in der Kirche ganz still. Es wird vielleicht allen scheinen, daß dies nur Kleinigkeiten sind; gut, aber für uns sind das keine Kleinigkeiten. Wir sehen, daß uns immer mehr Kleinigkeiten entzogen werden, bis man uns langsam alles Polnische wegnehmen wird. Auf einmal kann man uns nicht alles Polnische nehmen, daher wird dies langsam gemacht, Jahr für Jahr etwas. Unser verehrte Herr Pfarrer ist schon sehr alt, und er kann sich nicht mehr um alles so kümmern, wie früher. Hier müßte also das polnische Volk selbst seine Sache in die Hand nehmen. Ich bitte daher alle polnischen Parochianen und fordere sie auf: Verteidiget eure kostbaren von Euren Vorfahren übernommenen Schätze! Laßt Euch sie nicht rauben. Wendet Euch in allem an den Herrn Pfarrer, auf daß uns unsere bisherigen Bräuche nicht genommen würden. Machen wir zugunsten des Deutschtums nicht die geringsten Zugeständnisse!

Ein Wachsjamer.

Aus Nr. 50 des Katolik (Beuthen D.-S.)  
vom 28. April 1906:

#### Aus dem Kreise Namslau

in Mittelschlesien wird uns geschrieben: Ich las einmal in Eurem Blatte, daß Euch an Nachrichten über die hiesige polnische Bevölkerung viel gelegen ist. Ich muß Euch nun auch etwas mitteilen und Euch gleich am Anfang eingestehen, daß auch hier schon viel Leute ins Deutschtum vernarrt sind, sodaß sie schon ihre eigene Kinder von Jugend an germanisieren. Wir haben aber auch noch viele solche wackere polnische Bürger, die am Polentum, d. i. an dem Glauben und an der Sprache unserer Vorfahren festhalten. Die Kinder in den benachbarten mir bekannten Dörfern pflegen zu den heiligen Sakramenten nur deutsch vorbereitet zu werden. Diese Parochien führe ich hier an: Reichthal, Kreuzendorf, Schmograu, Kaulwitz, Michelsdorf. Zu diesen Parochien gehören viel Gemeinden und Dörfer, und die Kinder in allen diesen Ortschaften pflegen zu den hl. Sakramenten deutsch vorbereitet zu werden, obgleich es hier viel polnische Kinder gibt. In den ersten Jahren achteten die Eltern, als hier der deutsche Unterricht eingeführt wurde, nicht auf diese Gefahr, ja sie schickten sogar freiwillig ihre Kinder in den deutschen Unterricht, obgleich damals auch noch polnisch unterrichtet wurde.



Die Kinder wünschten es so, und die Eltern erlaubten es. Erst jetzt, nachdem sich die Germanisation auch in der Kirche stark auszubreiten begann, gingen allen die Augen auf. Wenn aber auch jetzt die Eltern ihre Kinder in den polnischen Unterricht schicken möchten, so wollen die Geistlichen die Kinder nicht aufnehmen. Mehr als die Eltern haben hier die Geistlichen verschuldet, weil sie große Germanisatoren sind; sie loben und unterstützen dieses Deutschtum sehr. Die Predigten werden schon jetzt zum größten Teil in deutscher Sprache gehalten, denn angeblich beichten mehr Leute deutsch als polnisch. Der Kirchengesang ist fast immer deutsch. Wir wissen nicht mehr, was wir jetzt tun sollen, denn wenn wir unsere Rechte geltend machen, so heißen uns die Geistlichen nur in allem gehorjam sein. Und doch gibt es hier Dörfer, in denen man die Deutschen an den Fingern zählen könnte. Wieviel polnische und wieviel deutsche Kinder hier sind, das ist schwer zu erfahren, denn zu den hl. Sakramenten werden alle zusammen vorbereitet. (Den Schluß der Korrespondenz werden wir etwas später bringen. Vorläufig danken wir dem Korrespondenten für seine Mitteilungen aus ganzem Herzen. — Die Red.)

Aus Nr. 17 der Praca (Beuthen D. S.)  
vom 24. April 1906:

### Vericht

über die Tätigkeit des „Verbands gegenseitiger Hilfe“  
für den Monat März 1906.

|                                                                           |     |
|---------------------------------------------------------------------------|-----|
| Rechtshilfe wurde erteilt und folgende Zahl von Angelegenheiten erledigt: |     |
| im Bureau zu Beuthen.....                                                 | 438 |
| „ „ „ Zabrze.....                                                         | 257 |
| „ „ „ Gleiwitz.....                                                       | 38  |
| „ „ „ Rattowitz.....                                                      | 216 |
| „ „ „ Rybnik.....                                                         | 109 |

Zusammen... 1058

An Sterbegeldern wurden in 11 Todesfällen an Mitglieder (bezw. ihre Frauen) zusammen 415 Mark. ausgezahlt.

Der Vorstand  
des Verbandes gegenseitiger Hilfe  
christlicher Arbeiter Oberschlesiens  
in Beuthen.

Aus Nr. 51 des Polak (Rattowitz)  
vom 28. April 1906:

### Mokrolohna.

### In Sachen des Vereins „Straz“.

Ich ersuche ergebenst diejenigen, welche das Amt eines Kommissars des Vereins „Straz“ annehmen wollen, sich möglichst bald bei mir mündlich oder schriftlich zu melden, denn bis jetzt haben sich sehr wenige gemeldet. Manche glauben, daß sie zu diesem Amt nicht befähigt sind, wie mir einer brieflich mitteilt. Ich erkläre, daß man höhere Bildung nicht zu besitzen braucht, wenn man Kommissar des Vereins „Straz“ werden will. Ich erteile jedem genaue Instruktionen und gebe ihm das notwendige Material zur Eintragung der Mitglieder und Quittungen für diejenigen, die ihren Beitrag für den Verein „Straz“ bezahlen. Ich bitte also um möglichst zahlreiche und baldige Anmeldungen.

Ezechiel Krzemyski,  
Starost für den Kreis Groß-Strehlitz.

Aus Nr. 50 des Polak (Rattowitz)  
vom 26. April 1906:

### Der Gornoslonszak

ist gegen uns sehr aufgebracht, weil wir auf Grund von Berichten Wilnaer Blätter die Mitteilung brachten,

daß dort in Wilna Herr Kowalczyk weder gesehen, noch von seiner Verhaftung etwas vernommen worden sei. Er beschuldigt uns, daß wir uns mit einem deutschen Reporter verabredet und zusammen mit ihm die Nachricht falsifizierten Blättern hinterbracht hätten. Weil der Gornoslonszak Herrn Korsanty deswegen angreift und behauptet, Herr Korsanty habe jenen Reporter beauftragt, diese Nachricht zu schreiben, und weil sich der Gornoslonszak darauf beruft, daß dies jener Reporter selbst gesagt habe, so begab sich Herr Korsanty persönlich zu diesem Reporter und verlangte Aufklärung über die Sache. Der Reporter erklärte auf Ehrenwort, er habe mit Herrn Piechulek kein Wort darüber gesprochen, daß er von Herrn Korsanty die Informationen über die vom „Kurier Litewski“ gebrachte und von Herrn Piechulek wiederholte Nachricht erhalten habe. So sehen in Wirklichkeit die dreisten Behauptungen des Herrn Piechulek im Gornoslonszak aus. Dagegen erklärte uns der Reporter, Herr Piechulek habe wiederholt an ihn telephonierte und sich bemüht, in deutschen Blättern für sich günstige Nachrichten zu veröffentlichen.

Aus Nr. 50 des Polak (Rattowitz)  
vom 26. April 1906:

### Königshütte.

In einer benachbarten Gemeinde wurde unter großen Opfern ein Jugendheim erbaut, zu dessen Unterhaltung jährlich 1000 Mark bewilligt wurden. Es ist bekannt, daß solche Häuser in unseren Gegenden einen Germanisierungszweck verfolgen. Indes hielt sich die Jugend von dem Jugendheim fern. Da aber die Deutschen das Haus durchaus besetzt sehen wollten, kamen sie auf einen merkwürdigen Einfall: sie stellten vor dem Hause einen Wächter auf, der die Jünglinge in das Haus hineinkieß, diejenigen aber, welche es verlassen wollten, nicht hinausließ. Den Jünglingen gefiel aber ein Paradies von solcher Art nicht, und sie verloren völlig die Lust für dieses Haus, so daß dem Jugendheim ein völliger Bankrott bevorsteht. Es wäre besser, wenn man sich darum kümmerte, daß wir freie Versammlungen abhalten und polnische Vereine gründen könnten, mit deren Hilfe wir versittlichend und veredelnd auf das Volk einwirken könnten. Verschiedene germanisatorische Einfälle sind unnatürlich, und sie werden das Ziel stets verfehlen.

Aus Nr. 50 des Katolik (Beuthen D. S.)  
vom 28. April 1906:

### Bilanz

vom 3. März 1906.

| Aktiva.          |           | Passiva.          |           |
|------------------|-----------|-------------------|-----------|
|                  | Wł.       |                   | Wł.       |
| Kassenbestand .. | 834,41    | Kapital (Anteile) | 4 512,75  |
| Waren .....      | 10 272,—  | Reservefonds ..   | 1 359,31  |
| Utenzilen .....  | 1 774,—   | Spezialreserve-   |           |
| Schuldner .....  | 523,38    | fonds .....       | 2 172,49  |
| Verlust .....    | 12 036,61 | Gläubiger .....   | 17 395,85 |
|                  | 25 440,40 |                   | 25 440,40 |

Bis zum 3. März 1906 sind 1772 Mitglieder mit 1796 Geschäftsanteilen à 10 Wł. eingetragen. Die Haftsumme beträgt 35 920 Wł.

Konsum Unitas e. G. m. b. H.  
in Liquidation.

H. v. Kiełpinski. Wnukowski. W. Rajewski.



## Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 97 des Dziennik Berliński (Berlin)  
vom 29. April 1906:

### In der St. Marienkirche werden polnische Predigten nicht gehalten.

Wie wir heute erfahren haben, verbreiten deutsche Katholiken in einer gewissen Fabrik die Nachricht, daß in der St. Marienkirche keine polnischen Predigten gehalten werden würden, denn ein gewisser Deutscher aus Westfalen habe dieser Kirche  $\frac{1}{2}$  Million Mark geschenkt mit dem Vorbehalte, daß in ihr niemals polnisch gepredigt werden solle. Und das nennt sich Katholizismus! Für  $\frac{1}{2}$  Million also nimmt man Tausenden von Gläubigen die Möglichkeit, das Wort Gottes in der Muttersprache zu hören.

Wenn das wahr sein sollte, dann möchten wir doch daran zweifeln, daß dem lieben Gott dies Opfer genehm sein wird. Christus begründete die Kirche für alle Völker, er befahl, alle Völker in ihren Sprachen zu lehren; er jagte: Ein guter Hirte läßt sein Leben für sein Schaf. Indessen geschieht's anders. Für  $\frac{1}{2}$  Million verkauft man das Gewissen, man verletzt das religiöse Empfinden, wenn dasselbe bei den betreffenden Faktoren überhaupt noch vorhanden ist.

Die betreffenden kirchlichen Faktoren sollten hierzu durchaus Aufklärung geben.

Aus Nr. 18 der Breme (Bremen)  
vom 29. April 1906:

Bremen. Der Vikar Görsmann an der St. Marienkirche wurde in diesen Tagen durch den Erzbischof aus Osnabrück nach Wölflinghausen berufen. Wie wohl allen bekannt ist, gehört zu dieser Pfarodie fast das ganze Bremer Polentum.

Pfarrer Görsmann hat sich während seiner mehrjährigen Amtstätigkeit in dieser Pfarodie uns gegenüber sehr wohlwollend gezeigt.

Die dankbaren Parochianen veranstalteten am Donnerstag den 19. April einen Abschiedsabend, zu dem auch eine größere Anzahl von Landsleuten (Polen) erschienen war.

Es muß bemerkt werden, daß Pfarrer Görsmann seiner Zeit eine polnische Bibliothek gegründet hat, die er vom Volksleseverein aus Posen erhielt.

Mit einem Worte, er tat alles, denn es lag in seiner Macht, als Pfarrer den Polen zu Hilfe zu kommen, sei es in religiöser, sei es in privater Beziehung.

Des Pfarrers Görsmann werden wir lange gedenken, wir wünschen ihm fernerhin Wohlergehen, auf daß seine Arbeit die besten Früchte trage.

Wir bemerken noch, daß man die Bibliothek, die der zukünftige Vikar übernehmen wird, auch fernerhin benutzen kann.

Aus Nr. 95 des Dziennik Polski (Dortmund)  
vom 27. April 1906:

Herne. Landsleute! Die **Stadtverordnetenwahlen** finden am 25., 26., 27. und 31. April d. Js. statt. Wir Polen haben in einer Versammlung beschlossen, selbständig Stadtverordnete zu wählen und keinerlei Kompromisse zu schließen. Es ist Pflicht eines jeden Polen, seine Stimme den polnischen Kandidaten zu geben, und zwar den Herren **Joseph Wisniewski**, **Joseph Hellich** und **Peter Knif**.

Wir sind der Meinung, daß Ihr alle wie ein Mann zu den Wahlen erscheinen und Eure Stimme den obengenannten Kandidaten geben werdet. Aus Werk, Landsleute! Entfaltet die eifrigste Agitation — und der Erfolg wird Eure Arbeit krönen!

Das Wahlkomitee.

Aus Nr. 92 des Wiarus Polski (Bochum)  
vom 24. April 1906:

Achtung,  
Landsleute in Osterfeld!

Am Dienstag, den 24. April finden von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends die Gewerbegerichtswahlen statt. Unsere Kandidaten sind:

Für den VIII. Bezirk Kamerad  
**Anton Smolarzewicz**,  
Osterfeld, Westerholzstraße 30.

Zu diesem Bezirke gehört der westliche Teil von der Bahn nach Oberhausen-Dorsten. Wahllokal Kalvermann; für den IX. Bezirk

**Karl Duda**,  
Osterfeld, Armelerstr. 3.

Zu diesem Bezirke gehört der östliche Teil von der Bahn nach Oberhausen-Dorsten. Wahllokal Hufemann.

Landsleute! Unsere Kandidaten sind Euch gewiß als national-gefinnte Polen und Arbeiter bekannt, die Euch als Reifiger aufrichtig verteidigen werden. Landsleute, die deutschen „Verbandsmitglieder“ haben auch einen Polen aufgestellt, einen germanisierten. Haben denn die Polen in der Fremde heutzutage nicht genug Leute aus ihren Reihen, die ihrer Nationalität treu sind? Landsleute, wir bitten Euch im Namen aller Polen in der Fremde, daß niemand diesen Kandidaten die Stimme gebe, denn das sind Sozialisten und hakatistische Zentrumsleute. Fort mit den Fremden, fort mit den Hakatisten, fort mit den Germanisatoren! Es leben unsere Kandidaten! Verhelst ihnen zum Siege, Landsleute, und Ihr erfüllet Eure Pflicht als Polen in der Fremde.

„Polnische Berufsvereinigung“.

## Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 159 des Slowo Polskie (Lemberg)  
vom 11. April 1906:

### Unter dem Losungsworte der Solidarität

werden die bevorstehenden Wahlen in dem Wahlkreise Beuthen-Tarnowitz stattfinden. In Betreff der Kandidatur des Herrn Napieralski äußerte sich die polnische Presse im preußischen Anteil dahin, daß der Beschluß des Wahlkomitees von dem guten politischen Sinn der schlesischen Wahlbehörde zeuge.

In ähnlichem Sinne äußern sich die ober-schlesischen Blätter. Zu einem einmütigen Vorgehen forderten sogar Organe auf, welche vor der Komiteesitzung sich für die Kandidatur des Dr. Stenslicki erklärten, namentlich der Polak und der Głos Slonski. Der Polak, das Blatt des Abgeordneten Korjanty, forderte seine Leser dringend auf, das Vergangene zu vergessen und tapfer für den Sieg des p. Napieralski zu kämpfen.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Katolik aus der Stellung des Wahlkomitees und dem Verhalten der Nationalpresse, die er unlängst noch bekämpfte, die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen und in Zukunft sich durch aufrichtige Solidarität und rückhaltlose Disziplin revanchieren werde.



Wir heben dies um so mehr hervor, als eins der Posener angesehenen Blätter die Aufstellung der Kandidatur Napieralski als Genugtuung bezeichnete, welche ihm, dem Katolik, für die Unannehmlichkeiten, welche er früher von der Nationalbewegung erfuhr, zuteil wurde.

Uns scheint es im Gegenteil, daß der Nationalbewegung und somit der ganzen Gesellschaft eine Genugtuung von Napieralski und vom Katolik gebührte. Herr Napieralski kann sie erst später, als Abgeordneter geben; die Abgeordneten kandidatur übertrug ihm das Wahlkomitee, wenn wir uns so ausdrücken dürfen, auf politischen Kredit. Sollen wir dem Katolik deshalb schmeicheln, weil er wieder zum politischen Trumpf wurde? Die Schmeichelei bekommt niemandem.

Aus Nr. 88 der Nowa Reforma (Kraakau)  
vom 18. April 1906:

### Epilog oder Prolog?

Die Konferenz in Algieras endete zwar einmütig und feierlich, es scheint jedoch, daß ihre Folgen einen weniger friedlichen Charakter haben werden. Deutschland nahm anscheinend ihr Ergebnis mit guter Miene auf, heute fängt es jedoch auf seine Weise an, offen zu zeigen, wie schmerzlich es die ihm in der Konferenz zuteil gewordene Demütigung empfunden hat. Mit dem ihm eigenen Temperament teilt Wilhelm jetzt nach allen Seiten, je nach dem er auf Unterstützung oder auf Hindernisse stieß, Schmeicheleien und Hiebe aus.

Schmeicheleien wurden eigentlich nur Österreich-Ungarn und hauptsächlich dem Grafen Goluchowski zuteil. Das bereits aus den Freitagsdepechen bekannte Dankfagnungs-Telegramm Wilhelms II. an den Grafen Goluchowski wurde gewissermaßen zur Tagesensation. Es ist noch nicht vorgekommen, daß der Monarch irgend eines Staates in dieser Weise einem fremden Minister öffentlich seinen Dank ausgesprochen hätte. Diese Handlung Wilhelms II. fällt angesichts seines Verhaltens den anderen auf der Konferenz in Algieras vertretenen Staaten gegenüber, vielmehr angesichts der ihnen erteilten Hiebe umso mehr auf. Für die Unterstützung Frankreichs wurde Rußland der Geldmarkt für die neue Anleihe geschlossen, Italien gegenüber zeigte Wilhelm II. seine Unzufriedenheit vor allen Dingen dadurch, daß er als der einzige von den Monarchen dem Könige von Italien sein Beileid anlässlich des Ausbruches des Beswus nicht ausdrückte. Die italienische Presse vergleicht denn auch schon mit offener Ironie die Auszeichnung Goluchowskis mit dem tiefen Schweigen Wilhelms der italienischen Regierung gegenüber.

Die deutsche chauvinistische Presse nahm ebenfalls keinen Anstand, die Depeche mit dem entsprechenden Kommentare zu versehen. Sie hebt nachdrücklich hervor, daß sie wahrscheinlich nicht nur in Paris, sondern auch in einer anderen Residenzstadt Unzufriedenheit hervorgerufen werde, daß sie die maßgebenden Kreise dieser Residenzstadt zu Betrachtungen über die Treue für den Bundesgenossen anregen müßte. Offenbar kann die Presse nur Rom meinen.

Das amtliche Italien schweigt vorläufig. Dagegen hat die Regierung des Zaren Wilhelm eine sehr deutliche Antwort gegeben. Sie besteht in der außerordentlichen Auszeichnung des Vertreters Rußlands in Algieras, des Grafen Cassini, und in der bestimmten Betonung des Umstandes, daß Rußland es für seine Pflicht gehalten habe, für Frankreich einzutreten.

Ein scharfes Kreuzfeuer hat demnach bereits ernstlich begonnen.

Ob Graf Goluchowski aufrichtig mit der Auszeichnung seitens des Kaisers Wilhelm zufrieden ist,

kann vorläufig bezweifelt werden. Mit vollem Recht schreibt die Wiener „Zeit“, daß die Anerkennung Wilhelms für Österreich-Ungarn geradezu demütigend sei. Sie beweise nämlich, daß die österreichisch-ungarische Monarchie tatsächlich nur die Rolle eines abhängigen Handlungers Deutschlands sogar in solchen Sachen spiele, in welchen es sich hauptsächlich um deutsche Interessen handle.

Wir werden wahrscheinlich nicht fehlgehen, wenn wir heute die Vermutung aussprechen, daß dieser Epilog der Konferenz in Algieras sich zu einem Prolog für sehr wichtige Veränderungen in dem europäischen Kongerte verwandeln kann.

Aus Nr. 172 des Dziennik Polski (Lemberg)  
vom 20. April 1906:

### Graf Goluchowski und Kaiser Wilhelm.

Wien, den 17. April.

Zwei Ereignisse sind merkwürdigerweise gleichzeitig eingetreten, welche schwerlich mit einander in Einklang gebracht werden können: die Beteiligung Österreichs an der russischen Anleihe und das Telegramm Kaiser Wilhelms an den Grafen Goluchowski.

Die Beteiligung Österreichs an der russischen Anleihe muß von zwei Gesichtspunkten aus beurteilt werden, nämlich vom wirtschaftlichen und politischen. Wirtschaftlich stellt sich die Anleihe zweifellos günstig dar. Bei einem Kurse von 88 verzinst sich ein fünfprozentiges Papier in Wirklichkeit mit 5,67, im Falle aber einer höchstwahrscheinlichen Konversion gewinnt der Besitzer einer Schuldburkunde, außer der günstigen fünfprozentigen Kapitalsanlage, an dem Kapital selbst 12 v. H. Vom staatswirtschaftlichen Standpunkte aus stellt sich die Anleihe ebenfalls günstig dar, weil Österreich dafür bedeutende Bestellungen für seine Industriebetriebe erhalten wird.

Dieser Gesichtspunkt würde für die Banken und die Bankiers, welchen lediglich an einer vorteilhaften Kapitalsanlage gelegen ist, entscheidend sein. Bei auswärtigen Anleihen jedoch entscheiden noch andere Rücksichten. Die Anleihe würde ohne das Einverständnis der gemeinsamen Regierung nicht möglich sein, weil sie dann weder die österreichische noch die ungarische Regierung zur Börse zulassen würde und auch sonst sich an der Anleihe keine Bank beteiligen würde, wenn gegen sie der Hauptkredit, nämlich die eigene Regierung, protestierte. Übrigens wird die russische Anleihe vom politischen Standpunkte aus sogar in Finanzkreisen beurteilt, ein Beweis hierfür ist der, daß eine der Wiener Banken, sowie die Firma Rothschild sich von der Beteiligung lediglich wegen der Judenverfolgungen in Rußland zurückgezogen haben. Was soll man da erst von der Regierung sagen? Die gemeinschaftliche Regierung und die Österreichs haben zwar sicherlich die Anleihebedingungen von der finanziellen Seite geprüft, und sie hätten sich mit ihr nicht einverstanden erklärt, wenn sie ungünstig oder gar gefährlich wäre, aber es steht fest, daß die Regierung — namentlich die gemeinschaftliche — selbst unter den günstigsten Bedingungen sich mit der Anleihe nicht einverstanden erklärt haben würde, wenn die auswärtige Politik der Monarchie einer derartigen Transaktion widerspräche.

Ein sicherlich maßgebender Mann, der ehemalige Chef der Kreditabteilung im Finanzministerium, Liebauer, bestätigt in der N. Fr. Presse — obwohl er persönlich gegen die Anleihe ist —, daß der betreffende Beschluß nicht so sehr in dem österreichischen Finanzministerium, als vielmehr im Ministerium des Innern gefaßt worden sei, daß also Graf Goluchowski offenbar eingesehen habe, daß die Rußland gewährte finanzielle Hilfe sich



vollständig im Einklang mit seiner auswärtigen Politik befände. Es fehlt sogar nicht an Stimmen, welche behaupten, daß der erste Gedanke der Beteiligung Österreichs an der Anleihe gerade auf dem Ballplatze entstanden sei.

Und doch haben „unser“ Freunde in Berlin eine ganz andere Stellung eingenommen. Die Berliner Börse hat, unter dem Einfluß der Regierung, von vornherein ihre Beteiligung verjagt, die deutsche Presse aber offen zugestanden, daß die Absage sich auf politische Rücksichten stütze, eine Rache für das Verhalten Rußlands in der marokkanischen Angelegenheit und eine Drohung anläßlich der Annäherung Rußlands an England sei.

Zwischen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Politik trat also deutlich ein Unterschied, und zwar ein sehr großer Unterschied in die Erscheinung. Österreich-Ungarn reicht Rußland seine hilfreiche Hand in einem Augenblick, in welchem Deutschland sie zurückzieht.

Obendrein sendet fast gleichzeitig Kaiser Wilhelm an den Grafen Goluchowski ein Telegramm, in welchem er zu ihm beinahe wie zu einem Minister des eigenen Staates spricht! Man könnte fast glauben, daß der deutsche Kaiser durch dieses Telegramm die Loyalität des Grafen Goluchowski Rußland gegenüber bloßstellen wollte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Österreich-Ungarn sich auf der Konferenz in Algeciras Deutschland gegenüber so verhalten hat, wie es einem loyalen Bundesgenossen zutraf, und diese Tatsache mit seinem Verhalten in der Anleihefrage Rußland gegenüber vergleichend, ist es klar, daß Graf Goluchowski sehr korrekt verfahren ist, weil er für Deutschland dort eintrat, wo daraus für die Interessen des eigenen Landes eine Kollision nicht entstehen konnte, dagegen aber einen anderen, ja sogar einen entgegengesetzten Weg in einer Sache einschlug, wo das Interesse Österreich-Ungarns dem Interesse Deutschlands widerspricht. Unter diesen Umständen könnte das Telegramm Wilhelms als die Sündenvergebung für die Beteiligung an der russischen Anleihe, als das Bestreben, der Welt gegenüber zu beweisen, daß trotz alledem Deutschland nicht vereinsamt dastehe, denn nichts könne das Bündnis mit Österreich schwächen, gedeutet werden.

Es gibt jedoch noch eine andere Deutung. In Berlin erzählt man sich nämlich, daß das Telegramm an den Grafen Goluchowski tatsächlich nur der Ausfluß der impulsiven Natur des Kaisers gewesen sei, daß das Reichskanzleramt nichts davon gewußt habe, mit einem Wort, daß eine Torheit geschehen sei. Tatsache ist es, daß die amtliche Presse anfänglich nichts von dem Telegramm gewußt hat und es erst auf den ausdrücklichen, angeblich in sehr zorniger Form ausgedrückten Wunsch des Kaisers veröffentlicht hat. Das Telegramm hindert übrigens die inspirierte Berliner Presse nicht, an den bössartigen Bemerkungen gegen Österreich anläßlich der Beteiligung an der Anleihe, und zwar nicht nur die halbamtliche, sondern auch die Presse, welche vor allen Dingen den wirtschaftlichen Interessen dient. Die deutsche Industrie, deren Hauptabnehmer Rußland ist, fürchtet auf verschiedenen Gebieten, und zwar mit Recht, den österreichisch-ungarischen Wettbewerb. Deutschland behütet seine wirtschaftlichen Interessen sehr fleißig und raffelt mit dem Säbel, sobald ihm auch nur der geringste Verlust der Ausfuhr nach irgend einem wilden Ländchen, geschweige denn der der mächtigen Ausfuhr nach Rußland droht!

Wie dem auch sein mag, vom staatlichen Gesichtspunkte aus hat die wirtschaftliche Annäherung Rußlands eine positive Bedeutung, denn sie beweist einerseits, daß Österreich-Ungarn trotz des Märchens seine eigene, namentlich von Berlin unabhängige Politik hat, andererseits öffnet sie die Aussicht auf eine Periode des Aufschwungs für die österreichische Industrie.

Aus Nr. 166 des *Slowo Polskie* (Lemberg)

vom 17. April 1906:

## Der polnische Berufsverband.

Posen, im April 1906.

Ein interessantes Schauspiel: der polnische Berufsverband im Kampfe mit den übrigen Berufsorganisationen, namentlich mit dem sozialdemokratischen Zentralverbande, mit dem christlichen und dem Hirsch-Dunckerischen Verbanne; Gegenstand des Kampfes: der polnische Arbeiter.

Die durch den Maurerstreik in Posen hervorgerufene Lage stellt vortrefflich die Bestrebungen der erwähnten Berufsorganisationen dar und beweist deutlich, daß die vor einigen Jahren erfolgte Gründung des auf nationaler Grundlage sich aufbauenden „Polnischen Berufsverbandes“ eine nationale Notwendigkeit war und im direkten wirtschaftlichen Interesse des polnischen Arbeiters lag. Wir machen darauf die betreffenden Kreise in Galizien aufmerksam, welche sich für die Arbeiterfrage interessieren, die verhängnisvolle, sklavische Abhängigkeit des galizischen Arbeiters von der Wiener Zentrale sehen und an dessen Befreiung aus den Fesseln der Wiener Ausbeuter denken.

Wir haben gewöhnlich das Empfinden, daß zum Beispiel in den Posener Verhältnissen die polnische Arbeiterorganisation unserer Gesellschaft indirekt nationalpolitische Vorteile einbringt. Selten jedoch will man es in Galizien einsehen, daß gleichfalls ein indirektes wirtschaftliches Interesse des polnischen Arbeiters eine auf nationaler Unterlage aufgebaute Organisation erheische.

Wir wollen deshalb dem Posener Maurerstreik einige belangreiche Bemerkungen widmen. Möge die Lebenspraxis diejenigen überzeugen, für die theoretische Argumente nicht die genügende Überzeugungskraft haben.

Der Kampf zwischen dem polnischen Berufsverbande und den übrigen Organisationen entbrannte unter folgenden Bedingungen:

Der bisherige Tarif, nach welchem sowohl die Maurer, als auch die Zimmerer 49 oder 50 Pf. für die Stunde erhielten, war bis zum 1. April d. Js. gültig. Der Zentralverband forderte eine Lohn-erhöhung von 5 Pf. für die Stunde. Der eigentliche Zweck der sozialistischen Agitatoren trat gleich zu Anfang in die Erscheinung.

Dem Zentralverband schloß sich der christliche Verband an, ja er verschmähte sogar den Hirsch-Dunckerischen Gewerbeverein, dem kaum 50 — allerdings deutsche — Maurer angehören, nicht. Dagegen wurde dem „Polnischen Berufsverbande“ mit seinen 200 Maurern keine Beachtung geschenkt. Das war eins.

Ferner wurden 5 Pf. mehr verlangt, um für Posen günstigere Lohnbedingungen zu erkämpfen, als sie zurzeit außerhalb unseres Landes in Deutschland üblich sind. Diese Änderung würde natürlich einen rasenden Zufluß auswärtiger Arbeitskräfte nach Posen zur Folge haben und zum mindesten eine teilweise Verdrängung der hiesigen Kräfte verursachen.

Ein ganz gleicher Prozeß fand vor einigen Jahren im Stuckateurberufe statt. Der Zentralverband „ordnete“ zwar an, daß der Zufluß aus dem Westen aufgehalten werde; als jedoch diese Anordnung erfolglos blieb und man sich nochmals an die Zentrale wendete, ging die Antwort ein, daß man doch die Freizügigkeit nicht hindern könnte. Unsere naiven Gesellen haben zu spät eingesehen, daß sie mit ihrer allzu hohen Lohnforderung hineingefallen sind.

Das gleiche Los würde jetzt die Maurer und Zimmerer treffen. Vergleichen wir einmal den Posener Tarif mit den in vielen Großstädten Deutschlands



herrschenden Verhältnissen. Der Arbeitsverdienst der Posener Maurer stieg seit dem Jahre 1895 um  $66\frac{2}{3}$  v. H. und beträgt gegenwärtig 49 bis 50 Pf. für die Stunde. Dieselbe Höhe erreichte der Arbeitsverdienst der Zimmerer, welcher früher 28 Pf. betrug. Die Arbeitsdauer beträgt zehn Stunden. Posen zählt 130 000 Einwohner. Vergleichen wir: München, 500 000 Einwohner, 10 Stunden Arbeitszeit, 50 Pf., Breslau, 434 000 Einwohner, 10 Stunden, 50 Pf., Dresden, 400 000 Einwohner, 10 Stunden, 45 bis 51 Pf., Chemnitz, 230 000 Einwohner, 11 Stunden, 42 Pf., Danzig, 150 000 Einwohner, 9 Stunden, der Maurer 47 Pf., der Zimmermann 43 Pf. usw.

Diese Zahlen beweisen deutlich, daß im Falle der Lohnerhöhung in Posen auf 55 Pf. für die Stunde der hiesige Arbeitsmarkt mit fremden, deutschen Kräften überschwemmt werden würde. Der minder arbeitsfähige hiesige Arbeiter würde keine Beschäftigung erhalten, dadurch würden die über ganz Deutschland sich erstreckenden Organisationen nicht nur nichts verlieren, sondern im Gegenteil, indem sie den Wettbewerber, nämlich den „Polnischen Berufsverband“, welchem ausschließlich der polnische Arbeiter angehört, schwächen, ein gutes Geschäft machen. Die zuziehenden Elemente würden natürlich deutsch sein. Die Verhandlungen der Verbandskommissionen: des Zentral-, des christlichen und des Hirsch-Dunckerischen Verbandes mit der Arbeitgeber-Organisation dauerten 4 Monate — stets mit Übergehung des „Polnischen Berufsverbandes“. Von Erfolg gekrönt waren die Verhandlungen nicht.

Mit der Forderung, die Arbeitslöhne um 5 Pf. zu erhöhen und mit einer Menge anderer hochgeschraubter Forderungen konnten sich die Arbeitgeber zurzeit nicht einverstanden erklären. Die ungünstige Lage des Baugewerbes beweist die Überproduktion von Wohnungen und Geschäftsläden (am 1. Januar gab es 1972 leerstehende Wohnungen und 311 nicht vermietete Läden), der Bankrott von 42 Bauunternehmensfirmen, sowie 185 Zwangsverkäufe im Jahre 1905.

Die Verhandlungen scheiterten. Die Folge davon mußte der Streik sein. Nunmehr forderte der „Polnische Berufsverband“ die Vorstände des christlichen und des Hirsch-Dunckerischen Verbandes zu Unterhandlungen auf. Erschienen war nur der Hirsch-Dunckerische Verband, der christliche Verband ignorierte nach wie vor den polnischen Verband und dessen Bemühungen. Die Hirsch-Dunckerianer erklärten sich im Grundsatz mit dem polnischen Verbands einverstanden und versprachen, nach erfolgter Verständigung mit ihren Mitgliedern, binnen drei Tagen eine endgültige Antwort zu geben, was jedoch bis jetzt infolge sozialdemokratischer Einflüsse nicht geschehen ist.

Jetzt mußte der polnische Verband auf eigene Hand handeln. Die Organisation der Arbeitgeber, durch die übertriebenen Forderungen der drei vereinten Verbände gereizt, antwortete indes auf die gegebene Lösung zur Arbeitseinstellung mit dem Arbeitsausschluß aller, welche den bisherigen Tarif nicht auf die Dauer von zwei Jahren unterschrieben. Diese kategorische Bedingung wurde dadurch begründet, daß die Bauten gewöhnlich zwei Jahre dauerten und die Verträge stets auf zwei Jahre abgeschlossen worden wären.

Der „Polnische Berufsverband“ hat nach angestregten, fruchtlosen Bemühungen um gewisse mäßige Zugeständnisse den bisherigen Tarif auf zwei Jahre unterschrieben. Der leitende Gedanke des polnischen Verbandes war der, dem zur Zeit unmöglichen Streik, welcher dem hiesigen Arbeiter keine Vorteile, sondern schwere Verluste bringen würde, vorzubeugen.

Daß die Forderung einer Lohnerhöhung von 5 Pf. für die Stunde während des jetzt im Baugewerbe herrschenden Stillstandes ein leichtfertiger Streich und eine leichtsinnige Schädigung des Arbeiters war, räumen jetzt tief in ihrer Seele die Leiter sowohl des christlichen Verbandes, als auch die des Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereins ein. Sie verzichteten deshalb schleunigst auf diese Forderung und bestanden ausschließlich auf der einjährigen, anstatt der von dem Arbeitgeber-Verbande geforderten zweijährigen Kontraktszeit. Und dies bildet den Gegenstand des Streikes.

Der „Polnische Berufsverband“ zog sich natürlich von jener Seite den Vorwurf des „Verrats“ zu. Diesen Vorwurf machen dieselben Leute, welche bis zum letzten Augenblick den polnischen Verband ignorierten; und sie ignorierten ihn, um ihn zu boykottieren. Dieser Vorwurf wird gegen den polnischen Verband erhoben, welcher dessenungeachtet dem Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine und dem christlichen Verbands die Hand zur Ausöhnung reichte.

Übrigens hat der christliche Verband sich und das ganze Vorgehen in einem, dem hiesigen halbamtslichen Posener Tageblatte überbrachten Artikel verhängnisvoll demaskiert.

In dem Artikel stellt die Organisation, deren überwiegende Mehrheit in unserem Lande die polnischen Arbeiter bilden, mit Entrüstung fest, daß es eine Beleidigung für die deutschen Maurer sei, sich den Beschlüssen der deutschen und der polnischen Arbeitgeber mit dem polnischen Verbands zu fügen, daß die Verhandlungen mit einem rein großpolnischen Verbands der „Verdrängung“ des Deutschtums gleichkämen usw.

Eine sehr bezeichnende Äußerung! In Wirklichkeit geht es den Arbeitgebern nicht um den „Polnischen Berufsverband“, sondern um die vertragsmäßige Annahme des Arbeiters. Da weder die Mitglieder des christlichen Verbandes, noch die des Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereins — ganz abgesehen von den Mitgliedern des Zentralverbandes — den Vertrag unterschrieben haben, so verlangen die Arbeitgeber von den Maurern eine Legitimation des Polnischen Verbandes. Infolgedessen melden sich naturgemäß die arbeitswilligen Mitglieder der Oppositions-Organisationen bei dem Polnischen Berufsverbands. Daran sind nicht die Arbeitgeber, sondern die Oppositionellen schuldig.

Zur Zeit des Streikausbruchs arbeiteten 200 Maurer aus dem polnischen Verbands, feierten dagegen etwa 600 Mitglieder der anderen Organisationen. Mit jedem Tage wächst die Zahl der Arbeitswilligen und somit die Zahl der Mitglieder des Polnischen Berufsverbandes.

Es bestätigt sich das Sprichwort: „Wer jemandem eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“ —



$$3086 / 632.00 = 20,5$$

$$\begin{array}{r} 6172 \\ 14800 \end{array}$$

$$3086 / 2217.00 = 72,2$$

$$\begin{array}{r} 21672 \\ 5680 \\ 6136 \\ 8040 \end{array}$$

$$3086 / 23600 = 7,6$$

$$\begin{array}{r} 21602 \\ 19980 \end{array}$$

$$3367 / 635.00 = 19$$

$$\begin{array}{r} 3367 \\ 29830 \end{array}$$

$$3367 / 2572.00 = 74,2$$

$$\begin{array}{r} 23569 \\ 15510 \end{array}$$

$$3367 / 22000 = 6,8$$

$$\begin{array}{r} 22000 \\ 19202 \\ 27980 \end{array}$$